N/0012/016/001 004
ANDREAS WISCHNER
PRINZREGENTENSTR.46
D-1000 BERLIN 31

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: ASH-Krebsmühle 6370 Oberursel Nr. 16 / Jahrgang 3 Januar '86 3.00 DM

Ökobank: Vorgenossenschaft gegründet!

Am 18. Dezember 1985 wurde in Frankfurt die Vorgenossenschaft der Ökobank e.G. gegründet.
Auf einer zweitägigen Sitzung Ende November hatte der Vorstand des Ökobank-Vereins beschlossen, die Vorgenossenschaft noch vor Ablauf des Jahres 1985 zu gründen.

Aus einem Zeitplan, den Torsten Martin aufgrund der Erkenntnisse seiner bisherigen Verhandlungen mit dem Bundesaufsichtsamt in Berlin und dem hessischen Genossenschaftsverband erstellt hatte, war deutlich geworden, wie wichtig die Gründung zu diesem Termin ist, wenn die Ökobank wie geplant im März 1987 ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen soll.

Größtes Gewicht hatte dabei für den Vorstand, schon mit der Gründung dieser Vorgenossenschaft in aller Öffentlichkeit deutlich zu machen, wie ernst er die politischen Erwartungen nimmt, die von den bisher über 7.000 Treugeldgebern in die Arbeit der zukünftigen Bank gesetzt werden. Schon in der Zusammensetzung der Gründergenossen, darüber bestand Einigkeit. müsse sichtbar werden, daß die zukünftige Ökobank keine Spezialbank einer bestimmten politischen Gruppierung wird, sondern die Bank einer gesellschaftlichen Bewegung, die nach neuen Ansätzen im Wirtschafts- und Finanzverkehr miteinander sucht.

Der Vorstand stellte sich also die Aufgabe, ein Gremium zusammenzustellen, in dem alle Strömungen des Vereins sich repräsentiert sehen, und das gleichzeitig arbeitsfähig ist.

Fortsetzung auf Seite 8

Übrigens: ... wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, hat die Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen nach verlorenen Landtagswahlen aus Gründen der Kostenersparnis die CONTRASTE abbestellt. Wir bitten um Spenden!

Soziale Absicherung

in Kollektivbetrieben

Red. Bremen **Unter diesem Titel erschien bereits im November '84 im Vorläufer der CONTRASTE, dem WANDELSBLATT, ein längerer Beitrag, mit dem Ziel, Fragen aufzuwerfen und über Alternativen nachzudenken. Dieser Beitrag ist auf großes Interesse gestoßen und aus diesem Grunde haben wir dieses Thema erneut zum Schwerpunkt gemacht.**

In dieser und der Februar-Ausgabe von CONTRASTE soll als Schwerpunktthema die Problematik, die sich für selbstverwaltete Betriebe stellt, aktualisiert und unter Einbeziehung der inzwischen vielerorts stattgefundenen Diskussionen über Krankenversicherung, Invalidität und Altersvorsorge, erneut dargestellt werden.

Ziel dieser Beiträge ist, dem Bereich der Vorsorge bei Betriebsgründungen und auch bei bestehenden Kollektiven einen anderen, wesentlich höheren Stellenwert beizumessen. Neben Problemen der Finanzierung, Gesellschaftsform und den Steuern findet bislang gerade dieser Bereich wenig Beachtung. Anders arbeiten und leben, nämlich kollektiv und selbstbestimmt, bedeutet aber auch gemeinsam Verantwortungsbewußtsein für die einzelne Person im Kollektiv zu entwickeln, sich darüber Gedanken machen, wie damit umgehen, wenn ein Mitglied des Kollektivs nicht mehr arbeiten kann?

Sich ökonomische Basen zu schaffen zur Veränderung der Gesellschaft bedeutet auch, zu verhindern, aufgrund von „Wechselfällen des Lebens" in die Abhängigkeit zurückzufallen, aus der man gerade heraus wollte. Aber nur mit der Absicherung ist es auch nicht getan. Warum Staat und Konzernen Geld in den Rachen werfen? Gibt es nicht auch die Möglichkeit, sich eigene Versorgungseinrichtungen zu schaffen und diese Gelder – wie auch immer – aufgrund Verfügungsgewalt für eigene Ziele einzusetzen?

Fortsetzung auf den Seiten 6,7 und in der Februar-Ausgabe

Genossenschaften

Selbstverwaltete Betriebe, die sich die Rechtsform einer Genossenschaft geben wollen, haben es nicht leicht. Obwohl viele selbstverwaltete Betriebe durchaus in der Tradition zu den früheren Genossenschaftsgründungen stehen, werden sie durch die genossenschaftlichen Prüfungsverbände oftmals schon im Vorfeld behindert. In seinem Beitrag über selbstverwaltete Betriebe und genossenschaftliche Prüfungsverbände beschäftigt sich Burghard Flieger mit dieser Problematik und schlägt seinerseits eine „neutrale" Clearing-Stelle als Vermittler zwischen Betrieben und Genossenschaftsverbänden vor. Seite 3

CONTRASTE-Kreditaktion

Inzwischen haben wir nunmehr die 15 000 DM-Marke überschritten. Das ist im Vergleich zu anderen Kreditvermittlungen nicht gerade viel, angesichts der kleinen Stückelung von 200-DM-Krediten ein recht beachtlicher Erfolg. Es haben sich bisher immerhin 63 Personen aus allen Teilen der Bundesrepublik beteiligt. Wir hoffen natürlich auf weitere 5 000 DM, wobei wir uns aber im klaren darüber sind, das der Zulauf nun langsamer sein wird. Auch die Fristigkeit ist sehr gestreut. Während ein Drittel das offengelassen hat und mit einer gesetzlichen Frist von 90 Tagen (wenn nichts anderes vereinbart wurde) kündigen kann, haben 1/7 ihren Betrag 2 Jahre, 1/10 drei Jahre und 1/7 vier und mehr Jahre festgelegt. Ein Viertel der Verträge ist noch unterwegs – also da ist die Fristigkeit noch unbekannt.

BUNTE SEITEN

Im Monat März/April sollen sie nun herauskommen, die BUNTEN SEITEN der CONTRASTE.
Mehrmals wurde der Redaktionsschluß verschoben, weil angekündigte Inserate der Betriebe nicht oder zu spät kamen und weil das ergänzende Adressenmaterial noch nicht vollständig ist.
Endgültiger und letzter Termin ist jetzt der 30. Januar 1986. Wer also noch hinein will, der sollte nicht mehr länger zögern. Näheres auf Seite 15

Berichtigung

In der letzten Ausgabe der CONTRASTE haben wir leider den Hinweis vergessen, daß es sich bei dem auf Seite 4 im Rahmen des Schwerpunktes ABM abgedruckten Forderungskataloges des ABM-Forums in Bremen an den Senator für Arbeit um eine Diskussionsvorlage handelt, die so noch nicht beschlossen ist.
Redaktion Bremen

In dieser Ausgabe:

Sektgelage und Sicherheitsmaßnahmen
Über fünf Wochen sendet Radio Dreyeckland nun schon wieder, bislang unbehelligt aus Freiburg. Täglich sechs Stunden Programm. Bedeutet dieses jetzt „Tolerierung" des Senders oder gibt es derzeit nur Polizeitaktische Gründe für die Duldung? **Seite 2**

Schläge unter die Gürtellinie
In Augsburg hat ein Schlagabtausch zwischen dem Obermeister der Elektroinnung und der selbstverwalteten Elektrowerkstatt „Blitzblume" begonnen. **Seite 2**

Genossenschaften in Zimbabwe
Über die 1983 gegründete Bewegung der Kollektivgenossenschaften (OCCZIM) berichtet Bernd Lowin **auf Seite 4**

Kollektiv & Recht
In der ersten Folge unserer neuen Rubrik behandeln wir das Thema Arbeitsverhältnisse im Betrieb **Seite 5**
Auf der gleichen Seite außerdem Vorstellungen der „Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute" und der Bremer Arbeitslosenhilfe e.V. (BRAS).

Wirtschaftsstrategien für einen Stadtteil
„Ein Schuß in den Ofen" war offensichtlich eine vom Berliner Senat in Auftrag gegebene Untersuchung an neun Berater, um „Wirtschaftsstrategien für Kreuzberg" zu entwickeln. Zwei der Berater kamen aus der Szene. Aus ihrem 50-seitigen Papier veröffentlichen wir exclusiv die Beiträge über Förderproblematik und eine Einschätzung des selbstverwalteten Wirtschaftssektors in Kreuzberg. **Seiten 10/11**

Berlin, ist immer noch eine (Kongreß-) Reise wert?
Ein Bericht der STATTwerke über den in Berlin abgehaltenen Finanzierungskongreß. **Seite 11**

Außerdem noch:
Über die Beendigung des Konfliktes zwischen dem Berliner Netzwerk und der UFA-Fabrik (Seite 12), unsere Sportrubrik (gleichfalls Seite 12) und auf den Seiten 14/15 Buchbesprechungen unserer Kasseler Kultur-Redaktion.

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 24.– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.– (incl. Versand).
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** wiederrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorrauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an Bärbel Delto, c/o ASH-Krebsmühle, 6370 Oberursel einsenden.

Im Dezember 1985 wurde durch die absolute CDU-Mehrheit im baden-württembergischen Landtag das Landesmediengesetz verabschiedet. Vor der schon erwarteten Verabschiedung bekam der Ministerpräsident noch einen offenen Brief durch den Freundeskreis Radio Dreyeckland e.V., den wir hier dokumentieren:

An den Ministerpräsidenten des
Landes Baden-Württemberg
Herrn Dr. Lothar Späth
Staatsministerium

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
der Freundeskreis Radio Dreyeckland e.V. versucht sich seit Jahren für die Legalisierung Freier Radios und in Südbaden für Radio Dreyeckland einzusetzen.

Seit dem 22.11.84 haben wir Ihnen verschiedene Möglichkeiten erarbeitet und zukommen lassen, die ein Senden von Radio Dreyeckland aus Freiburg ohne strafrechtliche Verfolgung ermöglicht hätte.

Leider sind alle Initiativen von Ihnen und der Regierenden CDU ohne medienpolitische Auseinandersetzung und gründliche Prüfung abgelehnt worden.

Radio Dreyeckland ist in Freiburg und in der Region zu einem kulturpolitischen Faktor herangewachsen, der für seine Hörer/innenbeteiligung und seine demokratische Weiterentwicklung des Rundfunkes sowohl bundesweit, wie international Beachtung und Anerkennung findet. RDL steht in der Rundfunkdiskussion für das erfolgreiche Modell eines Gesellschaftsrundfunkes, der mit nichtkommerzieller Finanzierung und unmittelbarer Kontrolle und Beteiligung der Hörer/innen am Programm, grundsätzliche Entwicklungschancen aufweist.

Über 500 Leute haben sich in Freiburg schon im Verein RDL e.V. organisiert. Über 8000 Menschen haben seit dem 1. September 1985 schon aus Freiburg und Umgebung sich in die Unterschriftenlisten mit der Forderung nach einer Frequenz für RDL und gegen eine Kriminalisierung des Projektes eingeschrieben. Die Hälfte des Freiburger Gemeinderates hat sich für RDL ausgesprochen. Tausende haben schon für das Freie Radio demonstriert. Und hunderte entwikkeln täglich den Sendebetrieb von Radio Dreyeckland konkret weiter. Viele Bürger/innen der Stadt, Stadträte, Kreis- und Landtagsabgeordnete, Mandatsträger aus dem Bundestag und dem Europaparlament, Menschen aus allen Gesellschaftsbereichen engagieren sich aktiv beim „Senden und Rundfunkmachen" aus Freiburg. Das tägliche 6-Stunden-Programm zeigt eine Vielfalt und Kreativität, wie sie bisher beispiellos in einem solchen Rundfunkrahmen in dieser Republik entwickelt wurde. Die letzten aktuellen Programme von RDL liegen diesem Schreiben für Sie zur Ansicht bei.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
Radio Dreyeckland legt mit diesem offenen, unmittelbar demokratischen Rundfunkprojekt tatsächlich soviel Eigeninitiative, demokratisches Engagement, Kreativität und Vielfalt im lokalen und regionalen Nahraum des Bürgers frei, wie es zur Entwicklung in einer demokratischen Gesellschaft eigentlich nur wünschenswert sein kann. Hier entsteht praktisch konkret mehr Kommunikation und werden neue Umgangsformen mit dem Rundfunk entwickelt.

Die Menschen hier in Freiburg und in der Region wissen, was sie sich mit RDL erarbeitet haben und kämpfen entsprechend entschieden für ihr Recht auf Meinungsfreiheit im Äther.

Das Rechtsbewußtsein dieser Menschen trifft es umso mehr, wenn die Landesregierung versucht, dieses Rundfunkprojekt zu kriminalisieren und eine Legalisierung zu verhindern. Niemand glaubt hier vor Ort mehr der Regierung, wenn sie behauptet, sie hätte keine Möglichkeit RDL sofort eine Versuchslizenz zu erteilen.

Sie, Herr Ministerpräsident und die CDU-Regierung, haben allzu offensichtlich vorexerziert, was möglich ist, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Sie haben, selbst ohne Rücksicht auf die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes zu nehmen, sehr schnell die rundfunkpolitische Unbedenklichkeit z.B. zur Einspeisung des SAT 1 ins Kabelnetz, den Stadtradios in Ulm und Freiburg, der Verlängerung der Kabelpilotversuche in Ludwigshafen, bescheinigt und entsprechende Gesetzesgrundlagen geschaffen. Als weiteren Schritt in diese Richtung hat die Landesregierung jetzt einen Landesmediengesetz-Entwurf vorgelegt, in dem sie zuletzt in der zweiten Lesung im § 18 die Zulassungsbedingungen zugunsten finanzstarker kommerzieller Rundfunkanbieter nochmals verbesserte und für nichtkommerzielle Projekte nochmals die Bedingungen verschärfte.

Und dies gerade vor dem Hintergrund, daß Sie sich systematisch geweigert haben, nichtkommerzielle Radios in Form einer Versuchslizenz die Gelegenheit einzuräumen, ihre Existenzmöglichkeiten unter Beweis zu stellen.

Auch jedem unbefangenen Beobachter muß Ihr praktisches Verhalten als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und gegen ihre Pflicht zur Gewährleistung der Rundfunkfreiheit ins Auge springen.

Wundert es Sie jetzt noch, Herr Ministerpräsident, daß Ihre Antworten aus den letzten Schriftwechseln mit dem Staatsministerium in der Region nicht akzeptiert und verstanden werden konnten?

Sie haben anstatt auf die Wünsche aus der Region einzugehen, eine medienpolitische Auseinandersetzung, überhaupt Gespräche darüber abgelehnt und den Bürgern mit Polizei und Justiz geantwortet.

Dieser Konflikt um ein demokratisches Rundfunkmodell kann aber nicht mit Strafverfahren über das Fernmeldeanlagengesetz gelöst werden. Die Menschen in Freiburg und Umgebung nehmen ihr Recht auf Meinungsfreiheit und der Rundfunkfreiheit so ernst, daß sie einen begrenzten Regelverstoß dafür in Kauf nehmen, einen Regelverstoß, der im übrigen niemanden Schaden zufügt.

Der Sendebetrieb seit dem 17. Nov. 1985 von Radio Dreyeckland mit seinem umfangreichen Programm und der vielschichtigen Beteiligung daran, ist ein weiterer Beweis dafür, wie selbstverständlich die Leute mit ihrem Radio umgehen, es entwickeln und die Zukunft sichern möchten; daß eben eine strafrechtliche Verfolgung und Unterdrückung den konkreten Wunsch nach RDL und das „Radiomachen" nicht beseitigen kann.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lassen Sie in Freiburg nicht wieder schwerbewaffnete Polizei auffahren und das Klima in der Stadt und der Region vergiften. Die Polizei und die Justiz sind die falschen Adressaten für medienpolitische Entscheidungen. Hier ist die Landesregierung gefordert, endlich auf die Vorstellungen der Menschen um RDL einzugehen. Gespräche unter den beteiligten Gruppierungen an diesem medienpolitischen Konflikt wären ein erster Schritt zu einer politischen Lösung.

Nehmen Sie selbst, Herr Ministerpräsident, die Chancen wahr, die ein von Bürgern aus Freiburg und Umgebung beispielhaft entwickeltes Rundfunkmodell auch für Baden-Württemberg bietet, zerschlagen Sie nicht Bürgerengagement, sondern unterstützen Sie es.

Erteilen Sie mit der CDU-Landesregierung sofort für Radio Dreyeckland eine Versuchs-Lizenz für ein nichtkommerzielles Rundfunkprojekt. Kriminalisieren Sie nicht weiter Bürger in Baden-Württemberg, die engagiert für ihre Grundrechte kämpfen.

Entsprechende Regelungen für nichtkommerzielle Rundfunksender sind übrigens bei unseren Nachbarn in der Schweiz und in Frankreich längst verwirklicht.

Mit freundlichen Grüßen
Vorstand Freundeskreis
Radio Dreyeckland e.V.
gez. Traudel Günnel

RADIO DREYECKLAND AKTUELL

Sektgelage und Sicherheitsmaßnahmen

Abstriche von einer Selbstverständlichkeit

Montag, 9. Dezember: Korkenknallen, Tanzmusik aus dem Radioapparat, Klirren von Gläsern, zwischendurch ein helles Lachen: 100 Stunden freies Radio, aus Freiburg ausgestrahlt, in Freiburg und Umgebung mal gut, mal schlecht, mal miserabel zu empfangen: doch immerhin so lange, daß es manche gar nicht glauben mögen. Und schulterklopfend dann die Frage: „Na, geschafft? Habt Ihr die Frequenz sicher?" Und in der Badischen Zeitung stands auch: „Lizenz in Aussicht gestellt", die Bullen bleiben ruhig, das Radio laut; also alles gebongt, oder?

Fast! Nur eine Kleinigkeit noch, eine winzige, aber immerhin: Die realen Sendebedingungen! Denn zwischen dem Gläserklirren immer noch das störende Motorgeräusch des Peilwagens, beim Luftschnappen vor dem Studio immer noch introvertierte junge Herren in deutschen Qualitätsfahrzeugen; und dann noch die 4 dicken Akten, die beim Schöffengericht auf Verhandlung und auf Zuwachs warten.

Ist das „Tolerierung", „erträgt" uns der Staat?

Sein Oberst-Anwalt Huber-Stentrup gab dem Südwestfunk deutlich Auskunft: täglich wechselnde Sendeorte, zu unübersichtliche Häuser; dann noch eine inzwischen-leidergeübete Konspirativität und die polizeilichen Schlappen im Frühjahr und Sommer. Polizeitaktische Gründe also, ein militärisches Patt, erstmal!

Natürlich sind wir auch dem eigentlichen Ziel nähergekommen: Letzte Woche mußte Lothar Späth 10 000 Unterschriften gegen die Kriminalisierung und für eine Frequenz entgegennehmen, RDL–MacherInnen werden im Landtag nicht mehr als bloße Verbrecher denunziert, und eine Lizenz, wenn auch so nicht in Aussicht gestellt, muß in Stuttgart weiterhin auf dem Tisch bleiben. Parallel dazu haben sich inzwischen auch in Heilbronn und Tübingen Initiativen für freie Radios gebildet.

Für uns heißt das: weitermachen, täglich senden, freies Radio in Freiburg erlebbar machen! Sechs Stunden täglich mit einem Kern von 30 Leuten ist zwar der Wahn, aber bisher war es ja auch so. Außerdem erarbeiten und produzieren die Freiburger Gruppen immer autonomer ihre eigenen Sendungen.

Letztlich abhängig ist es davon, welche finanzielle und nominelle Unterstützung wir bekommen (ganz dringend mehr Freundeskreismitglieder und ganz dringend mehr Kohle!!!), und wer sich noch personell an dem Projekt beteiligt (oberdringend redaktionelle Mitarbeit: öffentliche Sitzungen dienstags im Jos Fritz, Freiburg).

Nach acht Jahren Senden und kurz vor Inkrafttreten eines immer gefährlicher werdenden Handels-Mediengesetzes ist Radio Dreyecksland so stark wie noch nie, werden Freie-Radios-Rekorde in der BRD gebrochen. Wenn's Euch recht ist, und Ihr mitmacht, machen wir weiter!

Und wenn auch noch verhalten (damit die Spitzel es nicht orten können), jetzt, nach 130 Stunden: Korkenknallen, Gläserklirren, helles Lachen und Tanzmusik aus dem Radioapparat auf 100,7 Mhz (bzw. im Stadtgebiet Freiburg auch auf 106 Mhz)!

der Weihnachtsmann
im Aktionsbündnis
Vier Jahreszeiten

In unserer nächsten Ausgabe bringen wir eine Einschätzung über die Auswirkungen des baden-württembergischen Landesmediengesetzes für Freie Radios und einen Kommentar zur mittlerweile erfolgten Verfassungsklage des Süddeutschen Rundfunks gegen dieses Gesetz.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Schläge unter die Gürtellinie

In Augsburg hat ein Schlagabtausch zwischen dem Obermeister der Elektroinnung Augsburg (berufsständige Vertretung für das gesamte Elektrohandwerk) und der „Blitzblume" Elektrowerkstatt SvB (= Selbstverwalteter Betrieb), „Meisterbetrieb des Handwerks" begonnen.

Die Fakten
In der Sendung „Zeitspiegel" des Bayrischen Rundfunks im Frühjahr 1985 wurde ein Beitrag über die Blitzblume gezeigt.

In dieser Sendung wurde der Obermeister der Elektro-Innung Augsburg, Baumeister, befragt, was er von der Blitzblume hält. Unter anderem gab er zur Antwort: „... diese Leute von à la Blitzblume, die sind Reparateure auf eigene Art und meistens leidet die Sicherheit drunter und dann bekommt's der zu spüren, der mit diesen Leuten zu tun hat ..." Außerdem ist er sich sicher, daß das keine Zukunft habe.

Dies sagte er als Vertreter der Elektrobetriebe Augsburgs und das war erst der Anfang!

Bei der Eröffnung einer Elektrotechnik-Messe hat er sich noch Schlimmeres nicht verkneifen können. Sogar in die direkten Interessen der Blitzblume greift er inzwischen ungeniert ein: So bekam ein Architekt, welcher der Blitzblume einen Installationsauftrag geben wollte und sich vorher bei der Elektro-Innung über den Kollektivbetrieb erkundigte, dort die Auskunft, daß da Sicherheitsbedenken angebracht seien. – Und das ist wohl nur die Spitze des Eisbergs?!

Nach so vielen Knüppeln hat sich die Blitzblume gewehrt.

Zuerst außergerichtlich, dann vor Gericht, wollten sie diesem Innungsmeister untersagen, weiterhin Äußerungen, wie die in der Fernsehsendung, zu machen.

Vor der Verhandlung gab's dann den üblichen Schriftwechsel. Darin begründete Baumeister seine Vorwürfe u.a. damit, daß „sich bei der Blitzblume jeder für seine Arbeit verantwortlich fühlt" – dann müsse ja wohl die Sicherheit leiden. Eine Breitseite gegen jede selbstbestimmte Arbeit und den Selbstverwaltungsgedanken an sich.

Auch der ökologische Anspruch des Kollektivs, Geräte – wenn möglich – mit überprüften gebrauchten Ersatzteilen zu reparieren, wird blind angegriffen und es wird behauptet, daß gebrauchte Ersatzzeile von vorneherein ein Sicherheitsrisiko darstellen. Konsum- und Wegwerfideologie lachen uns hier unverhohlen entgegen. Dabei werden mit entsprechenden Meßgeräten objektive Werte über die Tauglichkeit der gebrauchten Ersatzzeile ermittelt.

Die Verhandlung
Der Richter sieht in den Äußerungen von Baumeister keinen Verstoß gegen das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG) und weist – nach äußerst kurzer Behandlung – die Klage ab. Der Innungsobermeister habe „nur" seine freie Meinung geäußert.

Was nun?
Der ganze „Verhandlungsspaß" hat die acht selbstbestimmten Elektriker ca. 5.500 DM gekostet. 'Ne Stange Geld, wenn man/frau bedenkt, daß sie nur zur Bedürfnisdeckung arbeiten und soviel nicht „auf der hohen Kante" haben.

Eine Berufungsverhandlung durchzustehen birgt weiter das Risiko von nochmal 6.000 bis 7.000 Mark und das ist für den 2 Jahre alten Kollektivbetrieb entschieden zuviel.

Die Zeit läuft
Bis spätestens 5. Februar muß die Entscheidung, ob Berufung oder nicht, gefallen sein.

Neben der juristischen Prüfung hat die Knete zentrale Bedeutung, ob der Betrieb weitermachen kann.

Deshalb sammelt das Netzwerk Augsburg Spenden, um die Prozeßkosten aufzubringen.

Also:
Netzwerk Selbsthilfe e.V. Augsburg
Konto 2226 40-809 bei
Postscheckamt München
BLZ 700 100 80
Verseht Eure Spenden mit dem Vermerk „Innungsprozeß".

Heinz

Selbstverwaltete Betriebe und genossenschaftliche Prüfungsverbände

Überlegungen zu einer »Clearing-Stelle«!?

Neugründungen von Selbstverwaltungsbetrieben (in allen westeuropäischen Ländern zu beobachten) weisen trotz einiger Unterschiede viele Parallelen mit den früheren Genossenschaftsgründungen auf. Häufig wird deshalb auch von einer neuen Genossenschaftsbewegung gesprochen. Allerdings ist das Verhältnis zu den traditionellen Genossenschaftsverbänden in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In Staaten, in denen eine langjährige Existenz von Produktivgenossenschaften und funktionierende, „offene" Revisionsverbände vorhanden sind, tragen diese oftmals direkt zur Entstehung der neuen selbstverwalteten Betriebe bei. Hier werden traditionelle Institutionalisierungsangebote zur Kooperationsabsicherung bereitwillig aufgegriffen. Dagegen wird in Ländern, in denen eine stützende Infrastruktur nicht (mehr) gegeben ist, von den neuen Betrieben trotz ihres genossenschaftlichen Charakters die Rechtsform der Genossenschaft kaum noch gewählt. Letzteres gilt in besonderem Maße für die Bundesrepublik Deutschland. Dort nahmen traditionelle Genossenschaftsverbände Neugründungen genossenschaftlicher Betriebe, meist in anderen Rechtsformen, jahrelang nicht einmal wahr. Erst in neuster Zeit beginnt eine vorsichtige Beschäftigung innerhalb der Verbände mit diesem Thema.

Gründe für die „Verdrängung" von Selbstverwaltungsbetrieben aus dem Themenkatalog traditioneller Genossenschaftsverbände sind nicht zuletzt in deren aktueller Praxis und Wirkungsweise zu suchen. Historisch entstanden sie als Interessensverband und Lobby der Genossenschaften und als Organisation freiwilliger Selbstkontrolle. Neben der politischen Vertretung halfen sie genossenschaftlichen Unternehmen bei der Behebung typischer Probleme wie Kapitalmangel, Absatzschwierigkeiten oder fehlendem juristischem und kaufmännischem Wissen. Dies geschah durch Beratung und die Übernahme von Ausbildungsaufgaben, beides Funktionen, die sie auch heute noch ausüben.

Im Vergleich zu ihrer Entstehungszeit wandelte sich allerdings die Aufgabenstruktur der Genossenschaftsverbände erheblich. Ihr „Klientel", die traditionellen Genossenschaften, entwickelten sich vom Selbsthilfebetrieb zum konkurrenzstarken Marktunternehmen. Diese Veränderung wurde von den Genossenschaftsverbänden nicht nur begleitet, sondern erheblich forciert. Noch heute drängen sie manchmal kleinere Genossenschaften zur Fusion mit genossenschaftlichen Großunternehmen. Im Laufe der Veränderung richten sie sich immer weniger bei ihrer Interessensvertretung und Aufgabengestaltung auf wirtschaftlich schwache Betriebe und Gesellschaftsmitglieder aus. Gewachsene und weiterexpandierende Unternehmen mit teilweise marktbeherrschenden Stellungen entsprechen zunehmend ihrem wirtschaftspolitischen Leitbild. Unterschiede zu den Unternehmen der übrigen Wirtschaft, die eine optimale Kapitalverwertung anstreben, werden von den Revisionsverbänden heute nicht nur ignoriert, sondern aktiv unterbunden. Schwierigkeiten von Großgenossenschaften unter der Obhut zentraler Verbände mit dem Wettbewerbsgesetz und der Kartellaufsichtsbehörde kommen deshalb nicht von ungefähr.

Mit diesem Wandel entwickelte sich bei den Verbänden ein Eigeninteresse, das ihrer ursprünglichen Intention entgegensteht. Sie handeln als Interessensorgan der bestehenden konsolidierten Genossenschaften. Auf diese Weise erhalten sie eine Art Closed-Shop-Charakter trotz formal „offener Mitgliedschaft", wie sie gesetzlich vorgeschrieben ist. Neugründungen wirtschaftlich Schwacher, die an die alten sozialen, politischen und kulturellen Traditionen früherer Genossenschaftsgründungen anknüpfen, sind ihnen suspekt. Mit deren Aufnahme in den Genossenschaftsverband befürchten sie, ihren „guten Ruf" als solide, kreditwürdige Unternehmensform zu verlieren. Denn die Konkursgefährdung bei neugegründeten Betrieben liegt unabhängig von ihrer Rechtsform in den ersten Jahren erheblich über dem der übrigen Wirtschaft. Sie scheint bei vielen Alternativbetrieben aufgrund ihrer unorthodoxen und wenig professionellen Wirtschaftsweise eher noch höher zu liegen, wobei dieser Schein trügt.

Außerdem sind Kleinbetriebe bei einem eher hohen Prüfungs- und Beratungsaufwand bei gleichzeitig niedrigem Beitragssatz aus ökonomischer Sicht wenig lukrativ. So erstaunt es nicht, daß die Prüfungsverbände keinerlei Werbungen für Neugründungen machen. Dabei nimmt die Zahl bestehender Genossenschaften durch Fusionen, aber auch durch Rechtsformenumwandlung ständig ab. Trotzdem weisen die Genossenschaftverbände in den jährlichen Verbandsberichten selbstzufrieden auf den gleichzeitig zu verzeichnenden, wachsenden Umsatz.

Im Vergleich zu den traditionellen Genossenschaften, die sich an die bestehenden Wirtschaftsstrukturen angepaßt haben, sticht bei den neuen Selbstverwaltungsbetrieben als ein Merkmal der „relative Mangel an Form" hervor. Sie machen von bestehenden Angeboten heutiger Gesellschafts- und Betriebsverfassungen wenig Gebrauch. Dies gilt bei den Hierarchie- und Herrschaftsmustern, bei den privaten Eigentumsformen, den differenzierenden Statusangeboten für die Mitglieder der Betriebe, der Arbeitsteilung, bei der Vorrangigkeit der Konkurrenz vor der Kooperation und vielem mehr. Neben dieser bewußten Ablehnung vorgegebener Strukturen und Formen kommt hinzu, daß die meisten Alternativbetriebe nicht von kaufmännisch ausgebildeten Personen gegründet werden. Sie betreiben ähnlich den ersten Genossenschaftsgründungen im vorigen Jahrhundert Laienökonomie. Entsprechend viele Mängel sind auch bei der „Führung" der Betriebe in der Organisation, der Buchhaltung, der Einhaltung vieler rechtlicher Auflagen und bei der Finanzierung zu beobachten.

Unter Einbeziehung der „Laienhaftigkeit" der Alternativbetriebe hat sich ihre Bestandsfähigkeit bisher als erstaunlich hoch erwiesen. Außerdem läßt sich bei den schon länger existierenden Betrieben eine zunehmende Professionalisierung beobachten. Eigene Gesellschaftsvertragskonstrukte von ausgeklügeltem Charakter, neue Finanzierungsmodelle, einspielen effektiver Arbeitsstrukturen und zunehmende aktive Marktbearbeitung unterstreichen ihre Erneuerungsfähigkeit genossenschaftlichen Gedankengutes. Auch die Entwicklung eigener Vernetzungsstrukturen, Branchentreffen zwecks intensiven Austauschs und eine wachsende „alternative" Beratergilde sind Ausdruck davon.

Trotz dieser zunehmenden Professionalität und der besonderen Eignung der Rechtsform der Genossenschaft für gleichberechtigtes Arbeiten wird sie nur von wenigen Selbstverwaltungsbetrieben gewählt. Projekte, die in dieser Rechtsform wirtschaften, sind mit ihrer Wahl teilweise unzufrieden. Den Ausschlag hierfür gibt nicht zuletzt die notwendige Pflichtmitgliedschaft in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband. Sie stellt die Voraussetzung für die Erlangung der Rechtsfähigkeit dar. Auf beiden Seiten überwiegen schlechte Einschätzungen und ablehnende Haltungen, die oft auf Vorurteilen beruhen. Diese haben schnell zur Folge, daß Bestätigung für die ablehnende Haltung gegenüber dem anderen jeweils gesucht und gefunden wird. Das Ganze erhält so den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeihung.

Als Lösung hierzu einen eigenen Genossenschaftsverband für Selbstverwaltungsbetriebe zu gründen, eine häufig formulierte Idee, stellt kurzfristig keine vertretbare Alternative dar. Vorzuziehen ist das Ingangsetzen eines bewußten Annäherungs- und Akzeptanzprozesses zwischen beiden „Kulturen". Für die Gründung eines eigenen Verbandes fehlt es an finanziellen Mitteln. Auch reicht die erforderliche Qualifikation möglicher Verbands-„Träger" nicht aus. Benötigt werden Wirtschaftsprüfer, ganz abgesehen von der bürokratischen Prozedur der Durchsetzung eines solchen Verbandes. Außerdem übersehen Befürworter eines eigenen Verbandes mehrere wichtige Gesichtspunkte. In den traditionellen Genossenschaften gibt es viele Menschen, die selbst die Verdrängung alter genossenschaftlicher Denk- und Verhaltensweisen bedauern. Sie könnten „externe" Unterstützung gebrauchen. Zudem ist es politisch unklug darauf zu verzichten, gegenüber Genossenschaften und Prüfungsverbänden traditionelle Prinzipien offensiv einzuklagen. Ohne die Verwirklichung von Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung hat die Genossenschaft als eigenständige Rechtsform keine Berechtigung. Dies politisch nicht zu fordern, bedeutet den Verzicht auf Auseinandersetzung mit der genossenschaftlichen Vergangenheit und vielleicht auch der eigenen zukünftigen Geschichte.

Infolge der wechselseitigen Verhärtung und den unterschiedlichen Denkweisen, ist zur Zeit keine Annäherung der alten und der neuen Genossenschaftsbewegung zu erwarten. Dabei könnten beide Seiten einander gut „gebrauchen". Käme es zu einer Annäherung bzw. zu einem gegenseitigen Austausch, wäre die soziale Innovationsfähigkeit der „Neuen" und die ökonomische Professionalität der „Alten" eine fruchtbare Verbindung. Sie könnte vielleicht sogar Bewegung in die herkömmliche Wirtschaft bringen. Die traditionelle Genossenschaftsbewegung würde von der Experimentierfreudigkeit, der kulturellen Identität und dem politischen Elan der Alternativbetriebe profitieren. Eine Lösung aus ihrer Erstarrung wäre möglich. Neue Genossenschaftsbetriebe dagegen könnten harte Erfahrungen und Rückschläge, die sie durch das Fehlen wirtschaftlichen Grundwissens machen, teilweise überspringen oder zumindest schneller, mit weniger „Blessuren" durchlaufen.

Für einen solchen fruchtbaren Annäherungsprozess wirkt die vorhandene „Blockbildung" mit den jeweils vorhandenen Stereotypen allerdings verhindernd. Abhilfe könnte neben gemeinsamen Veranstaltungen vielleicht eine Zwischeninstanz schaffen. Diese müßte als eine Art Vermittler oder „Neutraler" von beiden Seiten akzeptiert werden. Sie würde als „Clearingstelle" zwischen den Prüfungsverbänden und den neuen Selbstverwaltungsbetrieben fungieren, die die Rechtsform der Genossenschaft angenommen haben oder anstreben.

Die Aufgaben einer solchen „Clearing-Stelle" ließen sich sehr weit fassen. Von vorrangiger Bedeutung wäre es, ein wechselseitiges Verständnis für die unterschiedlichen Denk- und Herangehensweisen beim Aufbau genossenschaftlicher Wirtschaftsbetriebe zu schaffen. Neben dieser mentalen Vermittlerfunktion stünde eine wohlwollende Beratung vor der Wahl der genossenschaftlichen Rechtsform im Vordergrund. Ebenfalls zu deren Verständnis sollten Hilfestellung bei der eigentlichen Gründung gehören, so daß formale Fehler nicht zu unnötigen Verzögerungen führen. Wichtiger als die Vermeidung von Formfehlern dürften Unterstützungen bei der Wirtschaftlichkeitsplanung sein. Gleiches gilt für die Erstellung einer Satzung, die den Vorstellungen der Neugründer und den gesetzlichen Bestimmungen gleichzeitig entspricht.

Neben diesen „Dienstleistungen" könnte die „Clearing-Stelle" auch Patenschaften zwischen alten und neuen Genossenschaften initiieren. Dies würde ein wechselseitig grösseres Verständnis fördern und den Neuen über Erfahrungsaustausch praxisbezogene Hilfen eröffnen. Als letzter Punkt dieses vorläufigen Aufgabenkataloges wäre die kontinuierliche Bestandsaufnahme von Neugründungen zu nennen. Diese würde zur Kontaktvermittlung zwischen Genossenschaften ähnlicher Branchen und mit vergleichbaren Strukturen dienen, um ebenfalls einen stützenden Austausch zu ermöglichen. Inwieweit eine solche Stelle auch Öffentlichkeitsarbeit oder wissenschaftliche Forschungsaufgaben übernimmt oder sogar aktiv an der Erarbeitung und Erprobung betriebsdemokratischer Modelle mitwirkt, müßte bei einer genaueren Abklärung bzw. Detaillierung der Zielsetzungen einer solchen „Institution" geklärt werden.

Die intensive Beratung und Betreuung der neuen Genossenschaftsbetriebe ließe sich eventuell mit der Vermittlung von kürzeren Fortbildungslehrgängen verknüpfen. Auf diese Weise könnte eine solche „Clearing-Stelle" dazu beitragen, die von den Prüfungsverbänden angegebenen Hintergründe für eine Anerkennung nicht allein durch kritische Hinweise, sondern durch positives Aufzeigen von Lösungen zu beseitigen. Gleiches gilt für den bei ersten Prüfungen anfallenden, meist umfangreichen Mängelkatalog. Hierdurch eröffnet sich die Möglichkeit, einen intensiven Austausch zwischen beiden Seiten anzuregen, ohne die Autonomie der Selbstverwaltungsbetriebe oder die Aufsichts- bzw. Prüfungspflicht der Revisionsverbände zu unterlaufen. Vielleicht wird so ein wechselseitiges Verständnis für die Sicht des anderen erzeugt, vor allem aber hoffentlich die starre Haltung der Genossenschaftsverbände gegenüber wirtschaftlichen Experimenten in der Rechtsform der Genossenschaften durchbrochen.

Entscheidendes Problem einer solchen „Clearing-Stelle" ist die Finanzierung und die Angliederung. Ihre Arbeitsfähigkeit wird hierdurch bestimmt und die Glaubwürdigkeit als Vermittlungs- und Anlaufstelle dokumentiert. Beteiligt sein müßten auf jeden Fall ein oder mehrere Organisationen der traditionellen Genossenschaften. Dies wäre vergleichsweise unproblematisch, falls sich innerhalb des ZENTGENO, der regionalen Prüfungsverbände oder des Revisionsverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften Einzelpersonen mit Einfluß bereit erklären, Initiativ- und Promotorenfunktion zu übernehmen.

Da es im Alternativbereich vergleichbar ausgeprägte Verbandsstrukturen nicht gibt und ein Zusammenschluß von Selbstverwaltungsbetrieben in der Rechtsform der Genossenschaften nicht existiert, wird hier eine „offizielle" Einbeziehung schwieriger. Wichtig wäre die Unterstützung des Aufbaus einer „Clearing-Stelle" durch aktive Netzwerke und die vereinzelt bestehenden, regionalen Verbände selbstverwalteter Betriebe. Die Finanzierung dürfte dann nicht paritätisch sein, sondern müßte nach den finanziellen Möglichkeiten geregelt werden, gestützt über weitere Finanzierungsquellen wie ABM, staatliche Beratungszuschüsse, Ökofonds, Grüne, SPD usw.

Bevor es allerdings zu einer solchen Konkretisierung kommt, wäre eine öffentliche Diskussion wünschenswert. Über Anregungen, Hohngelächter, Verdammungen, stützende Kritik usw. in der CONTRASTE freut sich deshalb

Burghard Flieger
Erwinstr. 29
78 Freiburg

Betriebe und Projekte in der Rechtsform der Genossenschaft, auch in Gründung:

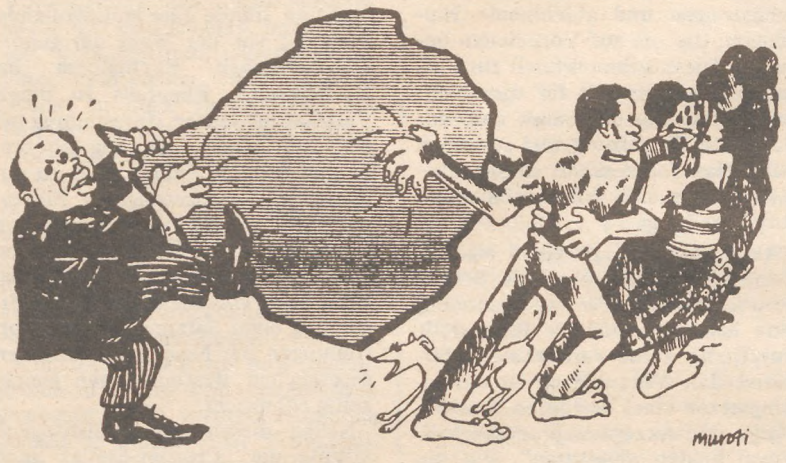
Ich bemühe mich gerade, die Erschwernisse bei Genossenschaftsgründungen durch die Revisionsverbände und das Registergericht genauer in Erfahrung zu bringen, um auf politischem Wege deren Beseitigung durchzusetzen. An einer Kontaktaufnahme hierzu, bzw. die Zusendung von Material wie Ablehnungsbescheide, Prüfungsgutachten, Erfahrungsberichte, Briefwechsel usw. bin ich deshalb sehr interssiert. Betriebe mit aktuellen Schwierigkeiten bei der Gründung können juristische Unterstützung erhalten.

Burghard Flieger (AG SPAK)
Erwinstr. 29
7800 Freiburg
Tel.: 0761/709023

Genossenschaften in Zimbabwe

Seit über fünf Jahren ist Zimbabwe unabhängig. Die Versöhnungspolitik von Ministerpräsident Robert Mugabe stimmte anfänglich die Berichterstatter der hiesigen Medien positiv, bald schlug die Einschätzung wieder um, überschattet von dem blutigen Konflikt im Matabeleland. Hinter den Terrormeldungen blieben soziale und wirtschaftliche Fortschritte in Zimbabwe weitgehend verborgen, so auch die Bewegung der Kollektivgenossenschaften (OCCZIM), die sich im September 1983 bildete.

OCCZIM besteht inzwischen aus rund 400 Genossenschaften, die jeweils zwischen einigen Dutzend und einigen hundert Mitgliedern haben. Die Mehrzahl der OCCZIM-Genossenschaften wurden in der Landwirtschaft gegründet. Hier spielen sie eine wichtige Rolle bei der Übernahme der teilweise hochmodernen Großfarmen europäischer Siedler. Diese haben ihre Farmen, Durchschnittsgröße 2500 ha, durch zahlreiche Landgesetze, gestützt auf militärische und Polizeigewalt, auf den besten Böden aufgebaut. Sie vertrieben die schwarze Bevölkerung aus ihren Gebieten und eigneten sich in der 90-jährigen Kolonial-Geschichte rund 50% des Bodens an. Die Schwarzen mußten in vier- bis fünffach übervölkerten „Stammesgebieten", heute Gemeinschaftsland genannt, leben. Diese Situation hat sich bis heute nur in Ansätzen zugunsten der Schwarzen verbessert. Nach der im Lancaster-House-Abkommen – das unter Federführung der alten Kolonialmacht England 1979 abgeschlossen wurde – vereinbarten Staatsverfassung ist eine Zwangsenteignung der weißen Siedler nicht möglich. Zwar gibt es viele Landbesetzungen, die von der Regierung toleriert wurden, offen fördern konnte und wollte sie sie jedoch nicht. In einigen Fällen mußte sie sogar aufgrund von Gerichtsbeschlüssen gegen die „Squatter" mit Gewalt vorgehen. Die Regierung entwickelte ihrerseits ein Umsiedlungsprogramm, das neben Geld- und Personalmangel auch an administrativer Schwerfälligkeit krankt. So ist es weit hinter den gesteckten Zielen zurückgeblieben.



The Fight for the Land Continues

Aus dieser Situation heraus entstanden zahlreiche nichtstaatliche Initiativen. Transportunternehmen, Einzelhandelsgeschäfte, handwerkliche und kleinindustrielle Betriebe und Bergbauunternehmen, auch kollektiv geführte Restaurants, Discotheken, eine Wach- und Schließgesellschaft, eine Druckerei. Sie alle wurden Mitglieder bei OCCZIM.

Die zimbabwesche Regierung begrüßt die Bewegung der Kollektivgenossenschaften. So erklärte Mugabe auf dem Parteitag 1984 der regierenden Zanu-Partei: „Die Genossenschaftsbewegung hat durch die Energie und den Enthusiasmus Tausender von EX-Kombattanten einen enormen Aufschwung erfahren... Diese Genossenschaften haben in der Tat alle wirtschaftlichen Sektoren durchdrungen."

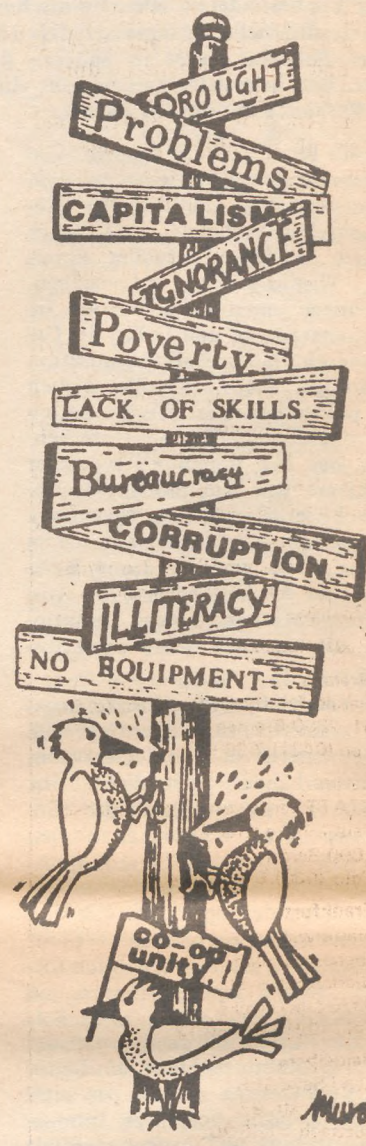
Die Bewegung der Kollektivgenossenschaften in Zimbabwe zeichnet einige Besonderheiten aus. Im Befreiungskrieg sind unter den Ex-Guerilla neue zwischenmenschliche Beziehungen gereift, die für den Erfolg einer Produktionsgenossenschaft wichtig sind. Der politische Anspruch, im „zweiten Befreiungskampf" um die ökonomische und zentrale Befreiung an zentraler Stelle zu stehen und sich im Klassenkampf gegen die starken kapitalistischen Kräfte in Zimbabwe auch politisch durchsetzen zu müssen, ist eine deutliche Triebfeder der Bewegung. Die Bewegung ist auch nicht wie in vielen anderen Ländern staatlich verordnet, sondern beruht auf Freiwilligkeit. Hoch einzuschätzen ist auch die Tatsache, daß sich in den Einzelgenossenschaften und in dem Dachverband Anhänger beider ehemaliger Befreiungsarmeen zusammengefunden haben und dies in einer Zeit, in der stammesmäßige Trennlinien eher schärfer geworden sind.

Auch die Frauen, die in den Befreiungsarmeen eine emanzipierte Stellung errungen hatten, sich aber nach der Unabhängigkeit in eine stark patriarchalische Gesellschaft zurückgestoßen sahen, finden in den Kollektivgenossenschaften sehr viel bessere Bedingungen der Selbstverwirklichung als in der restlichen Gesellschaft. Die Zusammenschlüsse von Frauen in Frauenclubs ist allgemein eine der stärksten sozialen Bewegungen in Zimbabwe nach der Unabhängigkeit.

Die Probleme der OCCZIM-Genossenschaften sind gleichwohl riesig, es mangelt an Geld zum Kauf wichtiger Produktionsmittel. Vor allem aber fehlt den Mitgliedern häufig die notwendige Fachausbildung und Erfahrung, denn Jahre ihrer Jugend haben sie dem Befreiungskampf geopfert, während andere ihrer Ausbildung nachgehen konnten. Die von weißen Siedlern und ausländischem Kapital immer noch dominierte Geschäftswelt hegt keine Sympathie für die Kollektivgenossenschaften. – Auch in der staatlichen Verwaltung arbeiten noch viele Beamte aus der Kolonialzeit. Hinzu kommen die Folgen der schweren Dürre der letzten drei Jahre.

Das Zimbabwe-Netzwerk hatte im November vergangenen Jahres eine Gruppe von OCCZIM-Vertretern eingeladen. Sie haben eine Rundreise durch die BRD und Westberlin, Österreich und die Schweiz gemacht. Auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen berichteten sie über ihre Arbeit, ihre Erfolge und Schwierigkeiten und versuchten, Freunde und Unterstützer für OCCZIM zu gewinnen.
Interessenten/innen wenden sich bitte an folgende Anschrift:
Bernd Lowin
Dammschanze 9
2900 Oldenburg

Allgemeine Informationen über Zimbabwe bei:
Zimbabwe-Netzwerk
c/o Ausbildungswerkstatt e.V.
Brabantstr. 73
5100 Aachen



Burghard Flieger (Hg.)

PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFTEN

oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung

ISBN 3-923126-26-3
340 Seiten, DM 24.–
Bestellung über den Buchhandel oder über:
AG SPAK
Publikationsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Frischluft für Beziehungsklamotten

Supervision für's Kollektiv

Das Konzept der „Politischen Supervision" von Reinald Weiß ist ursprünglich für psychosoziale Arbeitsteams geschrieben, d.h. für Sozialarbeiter/innen in der Drogentherapie, das Personal psychiatrischer Kliniken usw. Weiß sucht eine Alternative zum „Gemischtwarenladen" der bloß „pragmatischen Supervision", die sich auf die Reparatur inner- und interpsychischer „Getriebestörungen" beschränkt. Die herkömmliche Supervision konzentriert sich auf die Beziehungen zwischen Therapeut und Klient und vernachlässigt die Arbeitsbedingungen innerhalb der psycho-sozialen Institutionen, erst recht die Verhältnisse, unter denen die hilfesuchenden Klienten arbeiten. **Politische Supervision will hingegen nicht nur das Verhalten der Personen verändern, sondern auch die Verhältnisse, in denen sie arbeiten und leben.** Für selbstverwaltete Betriebe und selbstorganisierte Projekte galt bisher, daß die Kollektive ihre Psychoprobleme selbst in den Griff bekommen. In manchen verfahrenen Situationen haben Projekte auch schon Hilfe „von außen" angefordert. Kann „politische Supervision" dazu beitragen, Beziehungsverkrustungen zu lockern und Leiden im Kollektiv zu einer produktiven Kraft umzuwandeln?

Die politische Supervision setzt bei den Beziehungskisten an. Das Leiden des Einzelnen in Arbeitsgruppe oder Team soll durch Techniken des Psychodramas und des Lehrstücktheaters bearbeitbar werden, um das Erleben dem „subjektiven Verblendungszusammenhang" zu entreißen. Für den Selbstverwaltungsbetrieb könnte dies heißen, daß die subjektiven Spannungen, Depressionen und gegenseitigen Aggressionen gemeinsamen Erlebens auf der Bühne der politischen Supervision zugänglich werden. Dabei könnten die verworrenen Wechselwirkungen zwischen den Gefühlen in der Gruppe und den ökonomischen und sozialen Zwängen in der Projektumwelt herausgearbeitet werden. Mit Hilfe der psychologischen Gruppenarbeit soll der/die Einzelne in die Lage versetzt werden, seine Kräfte im Abarbeiten an Ökonomie und Beziehung realistisch einzuschätzen, Kreativität und Power weiterzuentwickeln und die Arbeits- und Lebensbeziehungen im Kollektiv auszubauen.

Im packenden (und für mich als Theater-Unkundigen überfordernden) ersten Kapitel wird die Entwicklung des Dramas von der Antike zur Neuzeit dargestellt. Wurde bei den Alten Griechen die Person des **auf der Bühne Handelnden** im dramatischen Geschehen verändert, geht es im Mittelalter darum, dem **Zuschauer** zu einer schärferen Gesellschaftserkenntnis zu verhelfen, wobei die Identität des **Schauspielers** unberührt bleibt. Das Katharsis-Erlebnis – ausbruchartige Reinigung von Psychoschrott und anschließende angenehme Erleichterung – wird dem Schauspieler erspart und versagt.

Das zweite Kapitel führt in die wissenschaftliche Methode des „Psychodramas" ein. Es wurde um 1930 von dem Wiener Psychotherapeuten Moreno entwickelt. Er wollte die identitätsverändernde Katharsis des antiken Dramas auf die Bühne zurückholen, um das „Unbewußte unverletzt durch das Bewußtsein steigen zu lassen." Die wichtigsten psychodramatischen Techniken werden vorgestellt, u.a. der Rollentausch, der Monolog und die Zukunftsprojektion. An Beispielgeschichten aus Supervision wird deutlich, welche Spontaneität und Selbstbewußtwerdungs-Schübe diese Verfahren entfesseln können.

Das dritte Kapitel führt in das Brechtsche Lehrstücktheater ein. Die Lehr- (oder besser: Lern-) Stücke sind für die Schauspieler selbst gedacht, um sich in die personalen Voraussetzungen für einen noch einzustellenden Sozialismus einzufühlen. Techniken wie die Historisierung, die Zwei-Weg-Fühlung des Rollentausches oder die Verfremdung sollen Lust am Erkennen wecken. „Katharsis wird erzeugt durch einen dialektischen Umgang mit Emotionen und Vernunft."

Politische Supervision ist keine Therapie für individuelles Leiden. Angesichts verbreiteter Arbeits- und Beziehungsprobleme in Kollektiven ist ihr Versprechen groß genug. Das Buch über die politische Supervision ist deshalb so wichtig, da es erstmals versucht, die politisch-ökonomische Analyse mit praktischen Supervisionstechniken zu verbinden. Leider gelingt es Reinald Weiß nicht, ein plastisches Bild der politischen Supervisionspraxis zu entwickeln. Vielmehr muß sich der/die Leser/in durch anspruchsvolle Theorien und psychologische Begriffsapparate druchschlagen, um anschließend ein Bild supervisorischer Hilfsmöglichkeiten für das eigene Projekt selbst zusammenzusetzen. Vielleicht gerade weil es mir-im-Kopf-nur-so-herumgeschwirrt ist, hat mir das Lesen viel Spaß gemacht.

Politische Supervision steht erst am Anfang. Da sie weiterentwickelt und -diskutiert werden muß, ist es wichtig, das Buch gegen die Mühen des Projektalltages zu lesen, Gespräche und Experimente mit Supervision unter den Projektmitgliedern anzuzetteln.

Wolfgang Beywl

Reinald Weiß, Bühne frei für eine politische Supervision, 1985, 21.– DM
Zu beziehen über:
AG SPAK
Publikationsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Der Theoriearbeitskreis Alternativ-Ökonomie in der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Aktionsgruppen (AG SPAK) bereitet Materialien zum Thema „Supervision und Gruppenberatung für Kollektiv-Betriebe und -Projekte" vor. Wir bitten Euch um Zusendung von Beschreibungen über:

- individuelle Erfahrungen und Verarbeitungen kollektiver Konflikte
- Beziehungsmuster in Kollektiven
- das Zusammenwirken von Beziehungs- und Arbeitsebene
- Erfahrungen mit Kollektiv-Supervision und -Beratung
- Kontaktadressen kompetenter Berater und Beraterinnen
- Stellungnahmen zum Thema „Psychologische Beratung von Kollektiven"

TAK AÖ Wolfgang und Martina

Bitte schickt Eure Post an:
Martina Rački
Lorettostraße 56
7800 Freiburg

Bremer Arbeitslosenhilfe e.V.

Der Verein **Bremer Arbeitslosenselbsthilfe e.V. (BRAS)** wurde Anfang 1983 aus eigener Betroffenheit heraus gegründet. Die Initiatorinnen/en waren zumeist Sozialarbeiterinnen/er und Sozialpädagoginnen/en, die bereits vielfältige Erfahrungen in verschiedenen Initiativgruppen gesammelt hatten und gemeinsam versuchen wollten, das Problem Arbeitslosigkeit in praktischer und konkreter Form anzugehen.

Das satzungsgemäße Ziel der BRAS ist es, Projekte sozialpädagogisch initiierter Arbeitslosenselbsthilfe, insbesondere bezogen auf Jugendliche und junge Erwachsene durchzuführen und zu fördern.

1. Ein Angebot im Bereich der Jugendberufshilfe für Jugendliche aus sozial benachteiligten Gebieten (Stadtteilen), für Mädchen und junge Ausländer zu schaffen, die aus gängigen Förderungsmaßnahmen herausfallen.
2. Dabei in Form und Inhalt der einzelnen Projekte darauf zu achten, daß neue Lernelemente, z.B.
   - keine Trennung von Lernen und Arbeiten,
   - selbstorganisiertes und kooperatives Arbeiten,
   - die konkreten Lebensbedingungen der Jugendlichen,
   - gesellschaftspolitische Ziele, z.B. Frieden, Ausländerfeindlichkeit, Emanzipation, „Dritte-Welt"

in die konkrete Projektarbeit miteinbezogen werden.

Daher sollen bei allen Projekten für die Teilnehmerinnen/er neue schulische oder berufliche Wege eröffnet werden, die auch eine berufliche Perspektive bzw. Beschäftigungsmöglichkeit bieten.

Für die BRAS gehören dazu vor allem folgende Bereiche:

- Berufsvorbereitende Maßnahmen, die in einer projektorientierten Organisation die sozialpädagogisch gestützte Integration in die Arbeitswelt fördert und gegebenenfalls die Erlangung des Hauptschulabschlusses ermöglicht.
- Außerbetriebliche Berufsausbildung in Berufsbereichen, die technologisch zukunftsorientiert sind und qualifizierter Handwerksarbeit bedürfen. Hierbei sollen vorhandene Berufsbilder so weiterentwickelt werden, daß sie den Zielen einer sozialen und ökologischen Lebensumwelt entsprechen.
  Selbsthilfeprojekte, die als Wirtschaftsbetriebe erste Schritte in die von ökonomischen Gesetzen bestimmte „freie Wirtschaft" unternehmen. Arbeitsgebiete dieser Betriebe könnten Wohnraumbeschaffung, Altbausanierung und ähnliches sein.
- Selbsthilfeprojekte, die das soziale und kulturelle Leben der Arbeitslosen fördern. Hierunter kann Kulturarbeit ebenso verstanden werden wie der Aufbau von Beratungsangeboten (Arbeitslosenzentren).

In ihrer Arbeit unterliegt die BRAS bei der Umsetzung der Projekte den gleichen unübersichtlichen und schwer zugänglichen Finanzierungsbedingungen wie alle Vereine, die im Bereich der Selbsthilfe angesiedelt sind. Wir unterstützen die Forderungen, die im Feb. 1985 im Rahmen einer EG-Anhörung in Bremen entwickelt wurden (einheitliche Projektfinanzierung, in die alle vorhandenen Finanzierungsrichtlinien und Mitteltöpfe eingehen und deren Vergabemodi durch die regionalen Ebenen mit verwaltet und kontrolliert werden können).

Zur Zeit werden in der BRAS folgende Projekte durchgeführt:

1. Arbeitsprojekt „Windkrafträder für Nicaragua" im Jugendfreizeitheim Horn-Lehe
2. Projekt Berufsvorbereitung mit Hauptschulabschluß mit türkischen Jugendlichen im Kulturzentrum Lagerhaus Schildstr.
3. Projekt Berufsvorbereitung mit Aufbau einer Holzwerkstatt, gemeinsam mit dem Jugendfreizeitheim Walle
4. Projekt Berufsvorbereitung und Aufbau einer Selbsthilfewerkstatt gemeinsam mit dem Jugendfreizeitheim Osterholz-Tenever

Weitere Projekte (Berufsvorbereitung für Mädchen, Arbeitsprojekt für junge alleinstehende/-erziehende Frauen, Berufsvorbereitung Bauhof und Ausbildungsprojekt) befinden sich in der Vorbereitung.

Kontakt:
BRAS e.V.
Bernhardstr. 7
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/78184

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 1/85) ist über die Vertriebsanschrift zu erhalten.

Redaktionen:

Bremen
Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, 2800 Bremen 1
Tel. (0421) 7 20 93

Berlin
STATTwerke e.V., c/o Michael
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: (030) 6 11 59 04

Frankfurt
blätterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning, c/o Oktoberdruck, Paul-Lincke-Ufer 44a,
1000 Berlin 36

Kultur:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel.: (0 70 71) 5 15 24
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrück 3
Tel.: (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg (Bremen), Michael Makowski (Berlin), Burghard Flieger (Freiburg), Jochen Reinalda (Oberursel), Dieter Poschen, Peter Tejkl (Heidelberg) Jochen Abeling (Hamburg), Robert F. Mayer (Fuldabrück), Torsten Martin, Dieter Reincke (Ökobank-Verein)

Herstellung
Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Druck
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147,
6000 Frankfurt/Main 11

Vertrieb
Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (0 61 71) 7 50 30

Konto
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr.: 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Was ist die AGÖF?

Im Sonner 1980 schlossen sich 15 unabhängig natur- und ingenieurwissenschaftlich ausgerichtete Institute zur „Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF)" zusammen.

Sie repräsentiert heute in 45 Instituten etwa 500 Wissenschaftler und hat die Funktion:

- die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsinstituten zu fördern und die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten zu koordinieren,
- die Akquisition von gemeinsamen, interdisziplinären Forschungs- und Entwicklungsprojekten zu unterstützen
- und die Belange der ökologischen Forschung und Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verstärken.

Die AGÖF Institute sind schwerpunktmäßig in folgenden Bereichen tätig:

Energie
Atomenergie
Abfall
Boden-, Wasser-, Luftreinhaltung und Verbraucherschutz
Landwirtschaft und Ernährung
Wirtschaft
Technologiefolgenabschätzung
Ökologisches Planen und Bauen
Dritte Welt
Bildung

Die Entwicklung der Wissenschaften bis zum heutigen Tage ist gekennzeichnet durch den zunehmenden Einsatz naturwissenschaftlicher Methodik und ihrem offensichtlichen Erfolg und technologischen Fortschritt. So nimmt die traditionelle Universitäts- und Auftragsforschung für sich in Anspruch, zu objektiven Erkenntnissen zu gelangen. Mit zunehmender Differenziertheit der Fragestellungen, insbesondere bei der wissenschaftlichen Untersuchung von lebendigen Systemen, ist diese postulierte Objektivität in Frage zu stellen. Die zunehmende Spezialisierung und Abkapselung der einzelnen Spezialwissenschaften voneinander bergen zusätzlich die Gefahr der Verlagerung der Verantwortung des Wissenschaftlers auf den Auftraggeber, der nur allzuoft in Unkenntnis der natürlichen und sozialen Auswirkungen die Forschungsergebnisse partikulären Interessen unterwirft.

Die Folgen dieses engen Wissenschaftsbegriffes treten heute immer häufiger und krasser in Erscheinung, großartige technische Leistungen (Raumfahrttechnik) und zunehmendes menschliches Leid (Hungerkatastrophen) im Wechselspiel mit einer weltweit zunehmenden Zerstörung der Natur und des menschlichen Lebensraumes stehen einander unversöhnlich gegenüber.

Merkmale für dieses Wissenschaftsverständnis sind u.a.:

1. Reduzierung einer gesamtheitlichen Fragestellung auf beliebig viele Detailprobleme
2. Ständisches Meritenwesen, Besitzstandsdenken und gegenseitiges Abgrenzen der Hochschulfakultäten
3. Absolute Dominanz der „Betriebswirtschaftlichkeit bei der Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse".

Inzwischen setzt sich bei kommunalen und privaten Auftraggebern die Einsicht durch, daß bei der Lösung von gesellschaftlichen Aufgabenstellungen die enge betriebswirtschaftliche Kostenrechnung zu kurz greift. Sie berücksichtigt nicht die volkswirtschaftlichen Kosten, die bei sozialen oder ökologischen Folgeschäden entstehen, und die die ehemaligen Einsparungen um ein Vielfaches übersteigen können.

Die AGÖF-Institute sind in der Lage, sich komplexen Aufgaben zu stellen und **ganzheitliche Lösungen** zu erarbeiten, die eine Problemstellung in ihrer Komplexität so weit erfassen, daß die Auswirkungen in angrenzenden Bereichen sichtbar werden, die **sozial- und umweltverträgliche Maßnahmen** anbieten und die an die speziellen **lokalen und regionalen Begebenheiten** angepaßt entwickelt werden.

Die Institute der AGÖF sind also – unter Berücksichtigung der jeweiligen Spezialisierung – einem ganzheitlichen Forschungsansatz verpflichtet, der interdisziplinäres Arbeiten im üblichen Sinne ebenso erfaßt wie die Integration von Alltagswissen.

Neben mehr angewandt wissenschaftlich ausgerichteten Forschungsinstituten sind daher auch Ingenieurbüros und Beratungsgesellschaften Mitglied der AGÖF.

Die Institute haben unterschiedliche Organisationsformen, wobei der Schwerpunkt auf dem eingetragenen, als gemeinnützig anerkannten Verein liegt.

Diese Form ermöglicht, auf der Basis von Mitgliedsbeiträgen und Spenden dem Vereinszweck der „Förderung von angewandter Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der Ökologie sowie der Erhaltung und Schaffung einer lebenswerten Umwelt – Mitwelt" durch intensive Eigenforschung nachzukommen.

Daneben ist eine umfangreiche Erfahrung in der Zusammenarbeit und Durchführung von Projekten mit privaten und öffentlichen Auftraggebern vorhanden. Die Geschäftsstelle der AGÖF wird im Wechsel von den Mitgliedsinstituten getragen. Zur Zeit ist sie der UTEC-GmbH in Bremen angegliedert.

Die AGÖF gibt einen Rundbrief zur internen Kommunikation heraus, der auch von Interessenten für DM 20,– pro Jahr bezogen werden kann.

Heute die 1. Folge von

Kollektiv & Recht

Arbeitsverhältnisse im Betrieb

In einigen Betrieben wird recht lax mit dem Verhältnis des/der Einzelnen zum Betrieb umgegangen – sie tragen ihn wie alle anderen mit und arbeiten dort ... ohne Gesellschafter zu sein und ohne daß ein Arbeitsvertrag besteht. Formal werden z.T. Werkverträge abgeschlossen, um im Falle eines Falles rechtlich geordnete Verhältnisse vorweisen zu können.

Doch diese unkomplizierten Verhältnisse können in Konfliktfällen in schwerwiegende Konsequenzen umschlagen: Sei es, daß die Krankenkassen den Betrieb auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigunsverhältnisse hin überprüfen (wie dies verstärkt von der AOK in letzter Zeit getan wird) – sei es, daß ein Konflikt im Kollektiv dazu führt, daß ein Kollektivist plötzlich seinen Arbeitnehmerstatus entdeckt und seine Arbeitnehmerrechte vor dem Arbeitsgericht einklagt.

Denn:
1) freie Mitarbeit (aufgrund von Werkverträgen)
2) Arbeit ohne Vertrag
kann ein Arbeitsverhältnis im arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Sinne begründen.

zu 1) Freie Mitarbeit
Bei dem Abschluß von Werkverträgen ist aufzupassen: Denn ein Werkvertrag, auch wenn er als solcher ausdrücklich bezeichnet ist, kann zur Sozialversicherungspflicht führen bzw. die Geltung von Kündigungsschutzbestimmungen, Arbeitsschutzvorschriften usw. auslösen, wenn

- andere Kollektivmitglieder, die mit den gleichen Arbeiten befaßt sind, als Arbeitnehmer angestellt sind (Gleichbehandlungsgrundsatz)
- die Betreffenden derart in die Organisation des Betriebes eingebunden sind, daß regelmäßig mit ihren Arbeiten zu rechnen ist
- derjenige „Weisungen" anderer unterliegt (typisches Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Verhältnis).

Solltet Ihr mit Werkverträgen arbeiten bzw. welche abschließen wollen, so checkt ab, ob sie wirklich stichfest sind!

zu 2) Arbeit ohne Vertrag
ein Arbeitsverhältnis entsteht nicht erst, wenn z.B. die GmbH oder der Verein mit einem Kollektivmitglied einen Arbeitsvertrag unterzeichnet, sondern allein durch den Umstand, daß jemand für den Betrieb anfängt zu arbeiten, denn:

- damit „bietet er seine Arbeitsleistung an", und
- der selbstverwaltete Betrieb nimmt sie entgegen.

Wenn auch noch klar ist, daß die Arbeitsleistung bezahlt werden soll (die Höhe tut nichts zur Sache), so ist nach bürgerlichem Recht ein Arbeitsvertrag geschlossen. Folglich wird aus dem/der Kollektivist/in ein/e Arbeitnehmer/in.

Damit nicht erst im Konfliktfall Inhalte und Folgen dieses Arbeitsverhältnisses im Streit geklärt werden, sollte der „formale Status" aller Kollektivmitglieder vorab festgelegt werden, indem einfache schriftliche Arbeitsverträge unterschrieben werden. Entsprechende Muster könnt Ihr über den AK-Recht erhalten.

§

Soziale Absicherung in Kollektivbetrieben

Red. Bremen **Abgesehen davon, daß die Wahl der Rechtsform des Betriebes die Wahl zwischen Versicherungspflicht und privater Vorsorge vorbestimmen kann, bestimmen auch die Kapitalsituation sowie der zu erwartende Gewinn den Rahmen der Absicherungsmöglichkeiten.**

Das „Paradoxe" an diesem Sozialstaat ist, daß Menschen mit wenig Einkommen – und dieser Zustand kommt nicht nur in selbstverwalteten Betrieben vor – sich nicht umfassend und dem notwendigen Einkommen entsprechend zur Erhaltung des Lebensstandards adäquat absichern können.

Am Beispiel der GmbH kann dieses besonders gut verdeutlicht werden. Je nach Gestaltung des Gesellschaftervertrages und der Kapitalbeteiligung besteht hier die Möglichkeit der Wahl zwischen dem Status eines Selbständigen und eines Angestellten. Jede Wahl zieht aber bestimmte Konsequenzen nach sich. Allerdings auch hier gibt es noch die Einschränkung, daß die Wahlmöglichkeit nur bis zu einer bestimmten Zahl von Kollektivmitgliedern möglich ist. Hierzu aber noch später. Ungeachtet rechtlicher Problematiken, die sich aus der unterschiedlichen Statuswahl ergeben, besteht bei der Gründung eines Kollektivbetriebes die Möglichkeit, zwischen dem Status eines Unternehmers, eines Arbeitnehmers oder eines Arbeitnehmers, der zugleich Gesellschafter ist, zu wählen. Hierbei können steuerrechtliche oder haftungsrechtliche Überlegungen relevant sein.

Zu den Grundbausteinen der sozialen Absicherung in erster Linie zähle ich die finanzielle Absicherung

- für den Fall der Krankheit (ambulante und stationäre Behandlung, Medikamente, medizinische Hilfsmittel, Zahnbehandlung und Zahnersatz)
- für den Fall der Arbeitsunfähigkeit (im Wesentlichen langandauernde Erkrankung)
- die Berufsunfähigkeit, resp. die Erwerbstätigkeit.

In zweiter Linie folgt für mich die Absicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit, dem Verlassen des Kollektivs, aufgrund welcher Ursachen auch immer.

Die Tatsache, daß dem Kollektiv nur ein begrenztes Kapital zur Verfügung steht, folglich Einsparungen auch beim Einkommen vorgenommen werden, zieht nach sich, daß unabhängig vom Status nur ein Teil des gesamten Spektrums der sozialen Absicheung ausgewählt werden kann. Die Statuswahl ist aber entscheidend für die Wahlmöglichkeiten, wobei – dieses soll an den nachfolgenden Beispielen deutlich gemacht werden – zwischen der Absicherung der Arbeitskraft (Berufsunfähigkeit) und der Arbeitslosigkeit gewählt werden muß.

In diesem „Sozialstaat" ist eben nur Menschen mit einem hohen Einkommen vorbehalten, sich **umfassend**, das heißt, ihrem Lebensstandard adäquat, absichern zu können.

Beispiel 1

Alle Gesellschafter sind Arbeitnehmer der GmbH mit realem Einkommen. D. h., das für die Existenzsicherung benötigte Geld wird auch real als Lohn oder Gehalt gezahlt.

In diesem Fall sind alle sozialversicherungspflichtig. Gem. RVO sind Beiträge an die gesetzliche Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung zu zahlen, sowie auch an die gesetzliche Unfallversicherung. Das bedeutet, auf das zu zahlende Entgelt eine Belastung von derzeit 19,2% Rentenversicherung, 4,1% Arbeitslosenversicherung und zwischen 10 und 13% Krankenversicherung. Letztere Beiträge sind je nach Kasse verschieden, z. B. HKK Bremen 10,8%, DAK 12,3%. Die Gesamthöhe der Sozialausgaben beträgt rd. 35%. Sie werden je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer erbracht. Das bedeutet beispielsweise bei einem Bruttoeinkommen von 2.000 DM Sozialabgaben in Höhe von rd. 700 DM. Die Gesamtbelastung für den Betrieb beträgt 2.350 DM, das Einkommen unversteuert 1.650 DM. Beiträge für die gesetzliche Unfallversicherung sind hierbei noch unberücksichtigt.

Nicht eingerechnet sind ferner Beiträge für Umlageverfahren der AOK gemäß §10 Lohnfortzahlungsgesetz, nach welchem durch zusätzliche Beiträge für Arbeiter in Betrieben mit nicht mehr als zwanzig Arbeitnehmern 80% der Lohnkosten an den Arbeitgeber im Krankheitsfall für die ersten sechs Wochen durch die Krankenkasse erstattet werden.

Nach diesem Beispiel wären abgedeckt

- die Krankenversicherung
- die Arbeitslosenversicherung (der Anteil von 63% resp. 68% würde zumindest einen eingeschränkten Erhalt des Lebensstandards erlauben)
- die Erwerbs- und Berufsunfähigkeit wären teilweise abgedeckt, sofern die Wartezeiten erfüllt und in den letzten fünf Jahren 36 Pflichtbeiträge entrichtet worden sind.

Diese Form hätte ferner den Vorteil, daß durch kurzfristige Erhöhung des Einkommens für den Fall der Arbeitslosigkeit ein höherer Anspruch erzielt werden könnte. Darüberhinaus könnte sich das Kollektiv vermittels des Bezugs von Arbeitslosengeld seiner Kollektivmitglieder kurzfristig subventionieren lassen.

Zur Rentenversicherung ist anzumerken, daß die wenigsten Kollektivmitglieder die Wartezeit erfüllt haben. Zudem hängen Rentenhöhe und Höhe der eingezahlten Beiträge voneinander ab. Sofern also Ansprüche bestehen, fallen diese i. d. R. gering aus.

Beispiel 2

Alle Kollektivmitglieder sind Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen, zwecks Kostensenkung durch Einsparung von Sozialabgaben. Alle sind somit sozialversicherungspflichtig und es sind Beiträge an die Berufsgenossenschaft zu entrichten.

Gehen wir von einem Beispiel von 400 DM monatlich aus, so sind auch hier wieder rd. 35% Sozialabgaben zu entrichten, also ca. 140 DM. Die finanzielle Belastung des Kollektivs ist gering. Die Krankenversicherung ist preiswert abgesichert, der Anspruch auf Arbeitslosengeld unbedeutend.

Für den Fall der Berufs- und Erwerbsunfähigkeit ist die Absicherung schlecht (sofern überhaupt Ansprüche vorhanden sind). Ebenfalls abgesichert ist die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, allerdings bei lang andauernder Krankheit in einer absolut nicht ausreichenden Höhe. Das Kollektivmitglied wäre auf andere Einnahmequellen angewiesen.

Zu den zusätzlichen Einnahmequellen würden für den Fall der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit eine private Berufsunfähigkeitsversicherung gehören und für den Fall der langdauernden Krankheit eine Krankentagegeldversicherung.

Hier tauchen jedoch folgende Probleme auf:

Mit einer Berufsunfähigkeitsversicherung können nur i. d. R. 2/3 des Einkommens abgesichert werden, welches der Versicherte bezogen hat. Die zu versichernde Mindestrente muß mindestens 500 DM im Monat betragen. Folglich wäre ein Kollektivmitglied mit nur 400 DM Einkommen nicht versicherbar. Selbst bei einem Einkommen von 1000 DM wäre eine Absicherung unzureichend.

Ähnliches gilt für die Krankentagegeldversicherung. Diese sichert nur ein Einkommen in der Höhe ab, wie es bezogen wurde, bzw. bezogen wird. Absicherbar sind etwa 70% der Einkünfte aus Gewerbebetrieb bei Freiberuflern, 80% der Betriebseinnahmen bei Gewerbetreibenden und 80% der Einnahmen bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit (bei GmbH-Gesellschaftern die zugleich Angestellte sind zuzüglich der Gewinnanteile).

Wird also ein niedriges Einkommen zwecks Einsparung der Kosten gezahlt, ist auch hier nur eine unzureichende Absicherung möglich.

Die Absicherung der Arbeitskraft (Berufsunfähigkeit) wäre nur über eine Unfallversicherung möglich, ggfs. gekoppelt mit einer Krankentagegeldversicherung. Die Unfallversicherung schließt aber Leistungen für Invalidität durch Krankheit aus. Leistungen werden nur bei bedingungsgemäßen Unfall erbracht, das gilt natürlich auch für das Unfall-Krankentagegeld. Diese Variante läßt also nur eine bedingte Absicherung zu.

Das Problem der Krankentagegeldversicherung kann nur insoweit umgangen werden, als daß andere Einkommen vorhanden sind. Hiervon sind jedoch Einkommen durch Vermietung, Verpachtung und Kapitalvermögen ausgenommen.

Beispiel 3

Alle Gesellschafter haben Unternehmerstatus. Bei zwei GmbH-Gesellschaftern ist dieses unproblematisch. Bei mehreren Gesellschaftern können jedoch Probleme auftreten. Die Rechtssprechung tendiert in die Richtung, diejenigen als Unternehmer zu bezeichnen, die aufgrund der Kapitatbeteiligung einen entscheidenden Einfluß auf die Entscheidungen der GmbH nehmen können. Teilweise geht die Rechtsprechung soweit, daß eine Arbeitnehmereigenschaft bereits dann ausgeschlossen ist, wenn der Gesellschafter über eine Sperrminorität verfügt oder bei seiner Geschäftsführung keinerlei Weisungen unterliegt und seine Tätigkeit entsprechend den Belangen des Unternehmens, die im Ergebnis mit seinen eigenen identisch sind, selbst frei bestimmen kann.

Ebenfalls kann von der Befreiung der Versicherungspflicht ausgegangen werden, wenn alle Gesellschafter zu Geschäftsführern bestimmt sind und sie zudem aufgrund ihrer Kapitalbeteiligung an der GmbH ein erhebliches Unternehmerrisiko tragen.

Von der finanziellen Belastung her hat die Befreiung von der Versicherungspflicht Vorteile, denn Sozialversicherungsbeiträge sind nicht zu entrichten. Steuerrechtlich handelt es sich aber bei den zu zahlenden Entgelten um Kosten (Gehälter), die gemäß §8 KStG in Verbindung mit §4 EStG den Gewinn mindern, folglich auch die Gewerbesteuerbelastung niedrig halten, bzw. sogar zu Verlusten führen können. Der Selbständige kann in der Krankenversicherung zwischen der privaten Krankenversicherung und der freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenkasse wählen. Gleiches gilt für das Krankentagegeld (zu den unter 2 genannten Modalitäten). Die Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit ist nur privat absicherbar, aus der Arbeitslosenversicherung fällt der Selbständige gänzlich heraus, weil hier der Gesetzgeber eine freiwillige Mitgliedschaft nicht vorsieht.

Bei der Krankenversicherung gilt in der gesetzlichen Krankenversicherung das gleiche Prinzip wie beim Arbeitnehmer, nämlich, daß der Monatsbeitrag sich prozentual nach dem Einkommen richtet. Je nach Kasse und Ort kann jedoch auch ein branchenübliches Durchschnittseinkommen zur Grundlage gemacht werden. Das bedeutet für den Selbständigen, zwischen 140 und 450 eingestuft werden zu können (meist durch Satzung der Krankenkasse festgelegt). In der privaten Krankenversicherung sind Eintrittsalter, Geschlecht, Gesundheitszustand und die vereinbarten Leistungen für die Beitragshöhe entscheidend.

Legt das Kollektivmitglied wert auf eine Absicherung für den Fall der langandauernden Krankheit, so wird zwar das zu zahlende Entgelt entsprechend hoch ausfallen müssen, jedoch ist die gesamte Kostenbelastung niedriger, weil keine Sozialabgaben anfallen.

Das ganze wird für den Selbständigen zu einer Milchmädchenrechnung einerseits, andererseits zu einer Festlegung und Entscheidungsfindung über die zu vereinbarenden Leistungen, zumal in der privaten Krankenversicherung die Beitragshöhe noch drastisch durch eine Selbstbeteiligung im ambulanten Bereich gedrückt werden kann.

So müßte beispielsweise ein 29jähriger für eine private Krankenversicherung mit einer Selbstbeteiligung im ambulanten Bereich (Stand 3/85), die mit der gesetzlichen Krankenversicherung vergleichbar wäre, ca. 120 DM monatlich aufwenden, für eine private Krankentagegeldversicherung von 1.500 DM monatlich, zahlbar ab der 7. Woche, ca. 11 DM monatlich und eine Berufsunfähigkeitsversicherung in Höhe von 1.200 DM monatlich rd. 45 DM. Selbst wenn die Selbstbeteiligung voll ausgeschöpft würde, wäre die Gesamtbelastung gerade um 75 DM monatlich höher. Für rund 250 DM wäre eine Mindestabsicherung (unter voller Ausschöpfung der Selbstbeteiligung) zu vereinbaren. Für Frauen liegen die Beiträge höher. Teuer kann es auch werden, wenn der verheiratete Partner mitversichert werden muß. Ebenfalls wäre mit Risikozuschlägen oder gar einer Ablehnung zu rechnen, wenn der/die zu Versichernde aufgrund von Vorerkrankungen für den privaten Versicherer ein höheres finanzielles Risiko darstellen würde.

Bei Handwerkern können die Beiträge in der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung um 50 % höher liegen.

Dennoch, im Vergleich wird das einzelne Kollektivmitglied im privaten Absicherungsbereich, welcher genauso für Mitglieder von Personengesellschaften gilt, finanziell nicht so stark belastet, als wenn Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden müßten, wenn – und das ist die Voraussetzung – das reale Einkommen ausgezahlt werden soll.

Wenn man von dem Beispiel 1 mit 2.000 DM ausgeht, so würde die Er-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Für nähere Anfragen und Beratung haben wir Euch hier die uns bekannten Anschriften kollektiver Versicherungsbüros, die mit der Dienstleistung Versicherung anders umgehen, zusammengestellt:

Harald Deerberg, Iske & Koll.
Wulwestr. 25
2800 Bremen
Tel.: (0421) 7 20 93

Friedels Versicherungsbüro
Bundesallee 81
1000 Berlin 41
Tel.: (030) 852 90 31/32

Fersicherungsladen Jupp Wichers
Müschen 23
4518 Bad Laer
Tel.: (0251) 37 45 49

Fersicherungsladen Heiner Stede und Partner
Jakobstr. 13
3000 Hannover 91
Tel.: (0511) 44 29 59

Kollektive Versicherungsagentur, Alfred & Klaus, Märkische Str. 53, 4000 Düsseldorf
Tel.: (0211) 28 10 91 (10-15 Uhr)

Fortsetzung von Seite 6

sparnis für das Kollektiv monatlich pro Kollektivmitglied alleine 350 DM betragen, denn die Beiträge an die privaten Versicherer werden vom Kollektivmitglied abgeführt. Die Belastungen liegen um rd. 100 DM in diesem Beispiel niedriger, als wenn Sozialabgaben gezahlt werden müßten. Vergleichen wir das unversteuerte Einkommen nach Abzug aller „Sozialabgaben", so kann die Belastung für das Kollektiv somit rd. 450 DM monatlich pro Person betragen.

Das ganze soll jetzt nicht dazu dienen, private Versicherer anzupreisen. Das Solidarprinzip erscheint mir als ein sinnvolles Prinzip, welches an und für sich unterstützenswert ist. Der Situation jedoch, in welcher Kollektivmitglieder bei Existenzgründung stecken, kann es nicht gerecht werden, weil hier die pekuniäre Seite eine entscheidende Bedeutung hat.

Ein nicht unwesentlicher Nachteil der privatversicherten Selbständigen ist, daß sie nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert sind. An dieser Stelle ist aber zu fragen, was für den Einzelnen im Kollektiv wichtiger ist? Wie wird denn ein Kollektiv verfahren wollen, wenn ein Mitglied eine lange Zeit oder gar für immer ausscheiden muß. Kein Betrieb kann sich leisten, auf Dauer diese Person zu finanzieren. Anders ist es genauso von meinem Selbstverständnis her falsch, sie einfach „fallen" zu lassen. Bedingt durch die finanzielle Situation wird in den Betrieben oft nach der kostengünstigsten Absicherung gesucht. Das muß aber für den Einzelnen nicht das Beste sein. Eher wäre es denkbar, den Betrieb als mögliche Versorgung im Falle des Ausscheidens, also der Arbeitslosigkeit anzusehen. Diese Denkrichtung würde zumindest dazu führen, daß die Versicherung der Arbeitskraft und die Versorgung bei langandauernder Erkrankung einen ganz anderen Stellenwert bekommen würde.

Das Argument, daß ein Pflichtversicherter oder auch ein freiwillig Versicherter in der gesetzlichen Rentenversicherung Rentenansprüche erwirbt, erscheint mit bei näherer Betrachtung weniger wichtig. Unterstellen wir einmal, daß ein Großteil der im Selbstverwaltungsbereich tätigen Personen um die dreißig Jahre alt ist, folglich erst in rd. dreißig Jahren berechtigt wäre, aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Rente zu beziehen, und legen wir nach wie vor den Generationenvertrag zugrunde, nach welchem bereits jetzt die eingezahlten Beiträge rd. einen Monat später an die Rentenempfänger ausgezahlt werden, so ist bereits jetzt absehbar, daß dieses System langfristig nicht mehr tragbar ist.

Harald Deerberg
Beitrag AK Recht, Bis Bremen, August 1985

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Krankheit und Invalidität sind finanziell nicht kalkulierbare Risiken, weder für die einzelne Person noch für ein Kollektiv. Wie auch der nachfolgende Artikel von Holger Pappel zeigt, ist es nicht so einfach, eigene Versicherungen zu gründen. Selbst wenn es möglich wäre, ginge es hierbei dann nicht nur um die Frage von Beiträgen, sondern dann auch um Qualität, nämlich Leistungen, um die Beseitigung von der Benachteiligung von Frauen in der privaten Vorsorge und um die Ausgliederung sogenannter „höherer Risiken", zuletzt auch um ein anderes Bewußtsein mit dem Umgehen von Gesundheit. Nach meiner Einschätzung wird es in diesen Bereichen so schnell nicht möglich sein, eigene Einrichtungen aufzubauen. Dennoch, auch im Kleinen können Kollektive bei privater Vorsorge anfangen, anders mit den Beiträgen und dem Thema Gesundheit umzugehen, wie etwa

- *kollektive Töpfe zum Ausgleich von ungleichen Beiträgen (z.B. für Männer und Frauen) und von benachteiligten Menschen, den sogenannten „höheren Risiken", die von Versicherern mit Zuschlägen bedacht werden,*
- *stärkere Zusammenarbeit von Betrieben mit Initiativen aus dem Sozialbereich und Ärztekollektiven,*
- *bewußteres Umgehen mit Arbeitsbedingungen und -belastungen,*
- *Risikotöpfe zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, zwecks Senkung von Beiträgen,*
- *Gruppenverträge im Bereich der Unfallversicherung helfen Beiträge sparen,*
- *usw.*

Überlegungen für einen alternativen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Eine »eigene« Krankenversicherung

Red. Bremen **Die Frage der sozialen Absicherung führt in Alternativbetrieben in der Regel ein Schattendasein. Die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Sozialversicherung wird als notwendiges Übel in Kauf genommen, obwohl die hohen Beiträge kaum aufzubringen sind und eine prinzipielle Abneigung dagegen besteht, mit seinen Beiträgen das staatliche Zwangsversicherungssystem zu unterstützen. Für den Bereich der Krankenversicherung steht zwar der Majorität der Weg in die private Vorsorge offen, eine politisch vertretbare Lösung ist das aber auch nicht, solange mit den Prämien Konzerne finanziert werden, die ihr Kapital nach ihrem Gutdünken auf dem Weltmarkt einsetzen.**

Warum sollte also nicht versucht werden, die Krankheitsvorsorge in eigener Regie zu organisieren?

Private (Kranken-)Versicherungsunternehmen unterliegen grundsätzlich der staatlichen Aufsicht, die aber für bestimmte Unternehmensformen weniger stark geprägt sein kann. Eine dieser Organisation ist der kleine Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG).

Der kleine VVaG hat einen begrenzten Wirkungskreis, d.h. er ist auf eine bestimmte Region (Landkreis/Stadt) beschränkt, versichert nur ein bestimmtes Risiko (z.B. Krankheit) und nur einen bestimmten Personenkreis (z.B. Beschäftigte in selbstverwalteten Betrieben). Ein VVaG, der darüberhinaus noch von geringer wirtschaftlicher Bedeutung ist und keine Wagnisse versichert, die einer einheitlichen Überwachung bedürfen, unterliegt nicht der Aufsicht durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, sondern fällt in die Zuständigkeit der jeweiligen Landesbehörde. Bisher wurde die Landesaufsicht für Krankenversicherungsunternehmen bei einer Jahresprämieneinnahme von DM 500.000,– (Stand 1982) bejaht. Weitere Voraussetzungen für die Einschränkung der staatlichen Aufsicht werden in einer der nächsten Ausgaben erörtert werden.

Die innere Struktur eines kleinen VVaG entspricht weitgehend der des BGB-Vereins, also einer Rechtsform, die schon jetzt von vielen Kollektiven genutzt wird. Seine Rechtsfähigkeit erlangt der VVaG durch die Zulassung von der Aufsichtsbehörde. Der kleine VVaG ist kein Kaufmann, unterliegt nicht dem Handelsrecht und braucht nicht ins Handelsregister eingetragen werden.

Das oberste Organ des kleinen VVaG ist die Mitgliederversammlung, die alle Entscheidungen zu treffen hat, solange die Satzung nichts anderes vorschreibt. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich und führt die Geschäfte im Rahmen seiner satzungsgemäßen Kompetenzen. Einen Aufsichtsrat sollte der kleine VVaG nicht einrichten.

Versicherter und Versicherungsunternehmer kann nur ein Mitglied des Vereins sein. Die Versicherung fremder Personen gegen eine feste Prämie ist dem kleinen VVaG verboten.

Das Vermögen des Vereins gehört der juristischen Person, über das nur die Mitgliederversammlung oder die Satzung Dispositionen treffen kann. Der Nettogewinn des VVaG ist grundsätzlich zu verteilen. Die Satzung kann aber bestimmen, daß von den Überschüssen Rücklagen gebildet werden oder daß der verbleibende Gewinn in das nächste Geschäftsjahr übertragen wird. Außerdem kann die Satzung den Kreis der Anspruchsberechtigten begrenzen. Von Fall zu Fall kann die Mitgliederversammlung beschließen, den Nettogewinn nicht zu verteilen. Sollte ein Versicherter den Verein verlassen, so hat er keinen Anspruch auf eine Abfindung, es sei denn, die Satzung sieht eine solche ausdrücklich vor. Das Kapital, welches der VVaG zur Gründung benötigt, wird von sogenannten Garanten zur Verfügung gestellt. Diese brauchen nicht Mitglied im Verein zu sein und können von der Verwaltung des Vereins ausgeschlossen werden. Das Gründungskapital ist nicht kündbar, braucht nicht verzinst zu werden, ist aber zurückzuzahlen. Bei der Auflösung des Vereins hat eine Liquidation stattzufinden. Das nach der Liquidation verbleibende Restvermögen kann auf eine gemeinnützige Organisation übertragen werden. Zwischen Auflösungsbeschluß und Auszahlung des Vermögens muß mindestens ein Jahr liegen.

Problematisch für einen selbstverwalteten Verein gestaltet sich die Staatsaufsicht. Was die Aufstellung einer entsprechenden Satzung anbelangt, so muß mit den gleichen Schwierigkeiten gerechnet werden, die die Genossenschaften mit ihrem Verband haben. Die Aufsichtsbehörde hat zwar die Besonderheiten eines alternativen VVaG in ihrer Ermessensentscheidung zu berücksichtigen und ist in allen ihren Beschlüssen an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden, trotzdem muß hier mit einem langwierigen Verfahren gerechnet werden. Zusätzlich kontrolliert die Aufsicht die persönliche und fachliche Eignung der Vorstandsmitglieder und ist berechtigt, gegebenenfalls gegen deren Bestellung zu intervenieren. Insofern gilt für die Versicherungsaufsicht nichts anderes wie für die Bankenaufsicht.

Eingriffe der Versicherungsaufsicht in den Geschäftsbetrieb des VVaG sind nur legitimiert, wenn begründete Interessen der Versicherten mit hinreichender Wahrscheinlichkeit gefährdet sind. Die Aufsichtsbehörde muß diese Gefährdung nachweisen. Im Allgemeinen wird eine Gefährdung angenommen, wenn die jederzeitige Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge nicht mehr gewährleistet ist. Die weitreichende Kontrolle der Versicherten über die Geschäftsführung des Vorstands dürfte aber diesen Tatbestand nicht sehr wahrscheinlich machen. Darüberhinaus ist die Staatsaufsicht befugt, Mißstände zu beseitigen, die die Versichertenin teressen gefährden könnten. Dabei muß sie allerdings auf die jeweilige Unternehmensform Rücksicht nehmen, so daß hier auch die Selbstverwaltung in die Beurteilung durch die Aufsicht mit einezogen werden müßte. Je weitgehender die Verflechtungen zwischen den Versicherten und dem Versicherer ausgestaltet sind, desto geringer ist die Schutzbedürftigkeit und folglich die Legitimität eines Eingriffs der Staatsaufsicht.

Trotz dieser relativ strengen Anforderungen an die Eingriffsvoraussetzungen der Aufsichtsbehörde können Maßnahmen ihrerseits nicht endgültig ausgeschlossen werden. Die Palette der Befugnisse ist äußerst weit gespannt. Sie reicht von Auskunftsrechten über Anweisungen bis zu direkten Eingriffen in die Verwaltung des VVaG. In der Regel entspricht die Versicherungsaufsicht der der Bankenaufsicht nach dem Kreditwesengesetz, bleibt sogar stellenweise hinter dieser zurück. In extremen Fällen kann sie aber den VVaG dominieren. Bei schwierigen Fehlern der Verwaltung des Vereins, die die Versicherteninteressen gefährden, kann die Versicherungsaufsicht entweder einen Sonderbeauftragten bestellen oder ganz den Geschäftsbetrieb untersagen. Der Sonderbeauftragte tritt an die Stelle des Organs für das er bestellt ist. Er übernimmt sämtliche Rechte und Pflichten des Organs. Der Widerruf der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb wirkt wie ein Auflösungsbeschluß und zieht die Liquidation des Vereins nach sich. Diese beiden Maßnahmen sind allerdings sehr selten und dürfen erst ergriffen werden, wenn alle anderen Mittel, die Gefahr zu beseitigen, versagt haben.

Die Gefahr der Fremdbestimmung durch die Aufsichtsbehörde besteht zwar latent, sollte meiner Meinung nach aber nicht die Beschäftigten in den selbstverwalteten Betrieben daran hindern, die Gründung eines „eigenen" Krankenversicherungsvereins auf Gegenseitigkeit ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Holger Pappel

Literaturhinweise:

Proelss, E.: Versicherungsaufsichtsgesetz Kommentar, 9. Aufl., München 1983
Kisch, W.: Das Recht des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit; 1951

Vorsicht bei Versicherungsverträgen – falsche Vorsorge kostet langfristig viel unnötiges Geld.

Vorgenossenschaft gegründet

Gründungsmitglieder der Ökobank-Vorgenossenschaft Foto: Schultes Fotografie

Fortsetzung von Seite 1

Darüber hinaus sollte durch die Aufnahme „öffentlicher Gewährsträger" sichergestellt werden, daß auch in Zukunft all die Gruppierungen direkt Einblick in die Geschäftspolitik der Bank nehmen können, die mit ihrer Einlage die Gründung der Bank überhaupt erst möglich gemacht haben.

Der Vorstand beschloß, eine Reihe von Personen anzusprechen, die auf Grund ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Stellung, eine solche Aufgabe glaubhaft übernehmen können. Dabei gelang es ihm, u.a. Lukas Beckmann von den Grünen und Michael Müller von der SPD zu einem Eintritt in die Vorgenossenschaft zu bewegen. Hier eine vollständige Aufstellung der Gründungsmitglieder der Vorgenossenschaft.

Gründungsmitglieder der Vorgenossenschaft

Hartmut Bäumer	Richter, Mitinitiator der Initiative „Richter und Staatsanwälte für den Frieden"
Lukas Beckmann	Sprecher des Bundesvorstandes der GRÜNEN
Dr. Michael Berger	Historiker an der Uni Freiburg, engagierter Vorarbeiter und -denker im Verein
Karl Bergmann	Vertreter für Selbstverwaltung und Gründungsmitglied der ASH-Krebsmühle
Diethelm Damm	Mitglied im Landesarbeitsausschuß des BDP (Bund Deutscher Pfadfinder); div. Veröffentlichungen zur Finanzierung selbstverwalteter Arbeitsplätze/Jugendarbeit und Jugendpolitik
Luise Gubitzer	Assistentin an der Uni Wien, Volkswirtschaftlerin, Mitglied des ÖSB (Österr. Studien- und Beratungsges. für SV-Betriebe); Mitarbeit bei der Alternativen Liste Österreich
Dr. Hans-Jürgen Kühn	engagierter Vertreter des Landesverbandes Bayern
Reinhard Böttger	Mitglied der Münchner Friedensinitiative, Bankkaufmann und Vertreter des LV-Bayern
Agnes Lewe	Aktiv in der Frauenbewegung; wissenschaftl. Arbeitsschwerpunkt: Genossenschaftswesen
Torsten Martin	Diplom- und Bankkaufmann, Verfasser des Ökobank-Bankkonzeptes, Verhandlungsführer mit BAK und Genossenschaftl. Prüfungsverband
Michael Müller	Mitglied im Arbeitskreis Genossenschaftswesen im Parteivorstand der SPD, MdB
Gustav Rentzing	Sozialsekretär der evang. Kirche in Hessen und Nassau
Rolf Saake	Mitbegründer des A3W, Aktion dritter Weg, Selbstverwaltung und Anthrosophie
Rolf Schwendter	Sozialwissenschaftler, Professor für Devianz-Forschung an der Gesamthochschule Kassel, Gründungsmitglied der AG-SPAK; div. Veröffentlichungen zur Alternativen Ökonomie
Nikolaus Simon	Leiter der Bundesjugendschule des DGB in Oberursel
Maria Springenberg	langjährige Gewerkschaftlerin, div. Publikationen zur Genossenschaftsbewegung, Ökonomie
Ulrich Waltz	Vertreter des Landesverbandes Berlin und Vorstandsmitglied der Vereinigung für ökolog. Wirtschaftsforschung

Geld Macht Männer

Die Entscheidung des Vorstandes des Ökobankvereins, die Gründung der Vorgenossenschaft noch vor Ablauf des Jahres 85 vorzunehmen, ist nicht auf einhelligen Jubel gestoßen. Aus den Regionen kam teilweise heftige Kritik an der Art und Weise wie der Vorstand diese Entscheidung getroffen hat. Der Landesverband Bayern meldete den Anspruch auf einen zweiten Sitz (oder gar keinen) an, NRW pochte ebenfalls auf einen weiteren Vertreter (für den Bereich 3. Welt), Niedersachsen beanspruchte ebenfalls Sitze und alles endete damit, daß Bayern mit zwei Vertretern in der Vorgenossenschaft sitzt, der Vertreter Nordrhein-Westfalens und des Bereiches Ökologie auf seinen Sitz verzichtete, und Niedersachsen auf die Delegiertenratssitzung vertröstet wird, die dann über die weiteren Vertreter der Regionen in der Vorgenossenschaft entscheiden will.

Hierzu ein (ganz) persönlicher Kommentar von Dieter Reincke vom Büro in Frankfurt.

Der Vorstand, von der Mitgliederversammlung gewählt, hat Entscheidungen getroffen. Er hat sich verpflichtet gefühlt, das zur Gründung der Bank notwendige Gremium einer Vorgenossenschaft so zusammenzustellen, daß es die bis zum Bankgründungstermin zu leistende Arbeit schnell und unbürokratisch erledigen kann. Er hat darüber hinaus dafür gesorgt, daß alle politischen Strömungen im Verein (wenn da was strömt) in diesem Gremium vertreten sind, um auszuschließen, daß eine bestimmte Gruppierung die rechtlichen Möglichkeiten einer solchen Vorgenossenschaft zum Nachteil anderer nutzt.

Hat der Vorstand damit eine vernünftige Arbeit geleistet? Offenbar nicht! Aus den Regionen jedenfalls wurde heftige Kritik laut. An der Gründung der Vorgenossenschaft? Nein. An den Personen, die der Vorstand gebeten hat, die Gründung vorzunehmen? Nein. Die Kritik gilt dem „Demokratieverständnis" des Vorstandes. Es sei „ein unmögliches demokratisches Vorgehen, eine Anmaßung", von sich aus Leute in dieses Gremium zu berufen, dieses Recht habe einzig und allein die Region, hätten einzig und allein die Landesverbände.

An diesem Punkt hätte der Vorstand die weiße Fahne hissen müssen. Er hätte in aller Öffentlichkeit erklären sollen, daß er für das Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik, auf das sich der Verein mit der Bankgründung begibt, ein anderes Verständnis von politischer Arbeit und Entscheidungsfindung hat und vertritt, als das, welches offensichtlich in den Regionen vorherrscht, daß er aber selbstverständlich die Realitäten des Vereins akzeptiere, die Vorstellungen der Regionen darum berücksichtige, den politischen Widerspruch aber so stehen lasse und an die Mitglieder zur Klärung weiterreiche.

Dies jedenfalls ist mein Verständnis von politischer Arbeit. Ich sehe darin vor allem einen „Prozeß", in dem Widersprüche durch theoretische-, durch praktische Arbeit und durch gemeinsam gemachte Erfahrungen zu politischen Lösungen gebracht werden. Ein Prozeß, in dem Niederlagen keine persönliche Katastrophe bedeuten. (In wievielen Projekten wurde das Projekt nicht schon „tot gesiegt"?) Der Vorstand hätte mit der Delegation einer kontroversen politischen Auffassung zur Klärung an die Mitglieder die dringend notwendige Diskussion um die politische Perspektive des Vereins begonnen.

Er hat das nicht gemacht. War es die (patriarchalische?) Angst das Gesicht, die Autorität zu verlieren, wenn von einem einmal gefaßten Beschluß öffentlich abgerückt werden muß? Obwohl doch deutlich wurde, daß dieser Beschluß so nicht mehr durchzusetzen war. Stattdessen griff der Vorstand nun seinerseits zu dem kleinbürgerlichen Demokratieverständnis, das weniger nach Inhalten und mehr nach Ritualen schaut, und das er zuvor noch vehement beklagt hatte. Er setzte die berühmte Abstimmungsguillotine in Gang, um von seinen politischen Vorstellungen zu retten, was eh nicht mehr zu retten war.

Aus Angst, Führungsschwäche zu zeigen, ruinierte er so den Führungsanspruch eines Gremiums, aus Angst vor dem Verlust von Autorität ruinierte er die Autorität des Vorstandes. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser Verein sich effektive Entscheidungsgremien geben muß, wenn er dem politischen Anspruch, den er öffentlich anmeldet, gerecht werden will. Es war darum für mich äußerst deprimierend zu sehen, wie ein solches Entscheidungsgremium sich selbst ruiniert.

In den Diskussionen des Vorstandes war oft die Rede davon, um wieviel sachlicher das Diskussionsklima im Vorstand geworden sei, seit er paritätisch mit Frauen besetzt ist. Ich teile diese Auffassung. Denke aber nicht, daß das daran liegt, daß „Frauen die besseren Menschen", oder intelligenteren – oder gar weniger agressiv sind, sondern daß das eher daran liegt, daß mit der zunehmenden politischen Präsenz der Frauen, zunehmend auch ihre Vorstellungen, Wertungen und Wahrnehmungen in der politischen Diskussion an Bedeutung gewinnen und die scheinen sich tatsächlich weniger zu Positions- und Machtkämpfen zu eignen als die Wertungen und Wahrnehmungen der männlichen Psyche.

Als Mann kann ich wohl schwerlich behaupten, emotionalen Zugang zu dieser Form der Wahrnehmung zu haben, aber ein immerhin abstraktes Verständnis hat mir ein sehr theoretischer (was Wunder) Text einer französischen Analytikerin möglich gemacht. Ich kann nicht behaupten, diesen Text begriffen zu haben, ich kann darum auch nicht sagen, ob es ein gescheiter Text oder ein weniger gescheiter Text ist, ich kann nur sagen, daß seine zentrale These „eine Frau hat qua ihres Geschlechts eine andere Form der Wahrnehmung der Wirklichkeit", für mich spontan sehr einleuchtend war, denn wieso sollte ein Mensch, der biologisch so unmittelbar an der Entstehung von Leben beteiligt ist, nicht eine andere Art der Wahrnehmung von Leben haben, eine differenziertere, komplexere vielleicht, als ein Mensch, der diesen biologischen Zugang zum Leben nicht hat, und der Leben deswegen weniger komplex, weniger differenziert, weniger widersprüchlich erfährt und so unbefangener zu eindeutigen Interpretationen Zuflucht nehmen kann. Merkwürdigerweise hat mir die Anerkennung einer solchen These keine Angst, sondern vielmehr Erleichterung verschafft. Der „Verlust" der Eindeutigkeit meiner Wahrnehmung macht mich nicht mehr so verantwortlich für die „Wahrheit" und „Richtigkeit" meiner Weltinterpretation. Wenn die Thesen stimmen, daß in Kulturen, die stärker auf weiblichen Formen der Wahrnehmung aufbauen weniger eindeutige Werte den gesellschaftlichen Zusammenhang garantieren, daß sie mehr von polyzentristischen, polymythischen und polytheistischen Vorstellungen geprägt sind denn von monozentristischen, -mythischen, -theistischen, so sehe ich darin Definitionen politischer und gesellschaftlicher Werte, die mir bei der Gestaltung unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Utopien von zentraler Bedeutung zu sein scheinen, weil sie die politische Perspektive aufzeigen, in der z.B. ein nichtzentristisches, nicht monopolistisches „Wirtschaften von unten" erst möglich sein wird. Denn diese politischen Inhalte scheinen eine Form von Zusammenleben möglich zu machen, in der die Definition von Ansichten und Meinungen nicht primär über Ab- und Ausgrenzungen läuft. In der Positionen nicht unbedingt wie Bastionen verteidigt werden müssen, in der also auch einmal gefaßte Entscheidungen nicht so bedeutungsvoll sind, daß sie nicht variiert und verändert werden können. Ich denke, daß das die politischen Inhalte sind, nach deren Einhaltung gefragt werden sollte. Reaktionäre oder dogmatische Positionen werden nicht weniger reaktionär oder dogmatisch, nur weil sie basisdemokratisch verabschiedet worden sind. (In der 68er Bewegung sind nicht wenige im Kampf gegen verkalkte Autoritäten zu autoritären Frühgreisen geworden.) Ich vermag mich nicht zu der Plattheit versteigen, diese politischen Inhalte könnten glaubhaft nur durch Frauen vertreten werden, da baue ich doch auf die weniger divergierenden Wahrnehmungs- und Interpretationsmöglichkeiten der beiden Geschlechtern gemeinsamen kleinen grauen Zellen; nein, doch scheint es Frauen noch leichter zu fallen, sich auf diese politischen Inhalte hin abfragen (kontrollieren) zu lassen als das Männern offenbar möglich ist. Und so hege ich die dumpfe Hoffnung, daß es doch verstärkt diese Fähigkeiten sein werden, die dem Verein Entscheidungsgremien schaffen, die weniger starr, weniger zentristisch aber nicht weniger effektiv die politische Arbeit des Vereins vorantreiben.

Wirtschaft von unten oder alternative Oasen

In der letzten Ausgabe der CONTRASTE haben wir versucht, die Diskussion über Inhalte alternativer Wirtschaftspolitik anzufangen. Dies möchten wir hier fortsetzen, indem wir einen Artikel aus dem VORWÄRTS über die Gründung der Berliner Haftungsassoziation e.G. auszugsweise veröffentlichen, sowie einen persönlichen Leser-Brief von Torsten Martin, Büro Frankfurt.

Lieber Henning,

ein paar Worte zu einem Artikel aus dem Vorwärts, der mir heute auf den Tisch flatterte. Ich gehe mal davon aus, daß Du daran mitgearbeitet hast: Der Artikel lautet „Die Szene hat ihre erste eigene Bank", von Annegret Leister.

Ich finde, daß zwei Punkte der Klarstellung und Ergänzung bedürfen.

Da ist einmal die mehrfache Aussage des „Vorausseins" der Berliner Haftungsassoziation. Ich denke, daß man hier zwei Dinge vergleicht, die einfach so nicht verglichen werden können. Die Berliner Stattwerke haben als logische Konsequenz ihrer Arbeit eine Bürgschaftsbank konzipiert und gegründet. Wie Du weißt, ist dies ein Spezialinstitut und ist daher mit weit weniger Aufwand organisatorisch auf die Beine zu stellen. Außerdem brauchen sie, da sie keine Vollkonzession beantragen, auch nur 1 Mio DM. Wir brauchen mindestens sechs Millionen DM und müssen eine umfangreiche Bankplanung, die sowohl juristische Arbeit, wirtschaftliche Planung als auch eine detaillierte Aufbau- und Ablauforganisation umfaßt, vorlegen. Unsere Satzung hat allein 32 Seiten und 49 Paragraphen.

Und auch politisch ist eine Bank mit Vollkonzession mit wesentlich mehr Sprengstoff behaftet als eine Bürgschaftsbank. Allein die vielen müßigen Diskussionen über Fragen wie: Sollte man das Geld abschaffen? oder: Müssen die Banken abgeschafft werden? kosten eine Menge Zeit, sind aber unbedingt notwendig. Wir haben jetzt fast 1800 Vereinsmitglieder, davon etwa 120 Aktive. Was da täglich abgeht, kannst Du Dir sicherlich vorstellen. Man kann das einfach so nicht vergleichen und streng betriebswirtschaftlich nachschauen, wo die beiden Projekte sich Konkurrenz machen. Damit komme ich zu meiner zweiten, meiner grundsätzlichen Kritik.

Ich halte es nach wie vor für fatal, daß man im Bereich der alternativen Wirtschaft versucht, mit den alten Überlegungen zu messen. Eine Ökobank allein kann ebenso wie eine Bürgschaftsbank, die allein arbeitet, nichts erreichen. Nichts heißt für mich, keine Änderung der traditionellen Wirtschaftsweise herbeiführen. Einer Wirtschaftsweise, die allmählich unsere Grundlagen zerstört. Der Begriff „Wirtschaft von unten" beinhaltet doch mehr, als einzelne Initiativen, die jede für sich vor sich hinarbeitet. Leider ist dies zu oft so und es liegt zusätzlich noch an den Alternativen selbst. Oder wie Rolf Schwendter einmal sagte: „Die Selbstverwaltungswirtschaft hätte eine größere Chance der Verwirklichung, wenn die Leute dort sich mehr mögen würden." Diese Tatsache darf uns aber doch nicht blind machen, zu sehen, daß wir nur zusammen diese „Wirtschaft von unten" aufbauen können. Dies muß aber unser Ziel bleiben. Wir müssen versuchen, all diejenigen Kräfte in unser Wirtschaftsmodell zu integrieren, die bereit sind, diese Wirtschaft aufzubauen.

Vor diesem Hintergrund bekommt die Frage der Konkurrenz eine ganz andere Bedeutung. In der CONTRASTE-Ausgabe Dezember, die ich Dir beigelegt habe, ist ein Artikel von Helmut Kreutz (auf der Ökobankseite). Kreutz macht dort doch ganz eindeutig klar, daß die wirtschaftliche Bedeutung einer Ökobank im besonderen und ich schlußfolgere weiter, der alternativen Wirtschaft im allgemeinen, gering ist. Unsere momentane Bedeutung rührt doch her aus der Tatsache, daß wir politische Arbeit machen. Daß wir versuchen, Alternativen anzubieten zur traditionellen Wirtschaft.

Eine Bedeutung, würde man sie in der Tat am Bruttosozialprodukt oder ähnlichen Größen messen, kann doch nur kommen, wenn die Alternativen zusammenarbeiten. Die Bürgschaftsbank mit ihrem Bürgschaftsvolumen von 5 Mio DM ist ebenso winzig wie eine Ökobank, die im optimalsten Fall nach einem Jahr eine Bilanzsumme von 100 Mio DM hätte.

Das heißt doch ganz konkret, daß wir versuchen müssen, gemeinsam die politische Diskussion zu führen über die einzelnen Vorstellungen von alternativer Wirtschaft. Daß wir sehen müssen, wo Berührungspunkte sind, wo Konsens herrscht. Schaffen wir die Integration all derjenigen, die diese Wirtschaftsform verändern wollen nicht, bleiben wir Randgruppen, wenn nicht sogar Randerscheinungen. Wer kann denn sicher sein, daß eine Ökobank allein besehen nach einigen Jahren ohne Einbindung in ein alternatives Wirtschaftskonzept nicht mal mehr eine Randgruppe ist.

Und damit hängt doch auch wieder zusammen, daß wir Strukturpolitik machen müssen. Viele einzelne regionale Initiativen, die über ein alternatives Wirtschaftskonzept verbunden sind, nur die können die Wirtschaft von unten aufbauen.

Deswegen finde ich es völlig gleichgültig, ob die Ökobank „mithalten kann", ob sie hinterherhinkt oder ob ihr jemand zuvorkommt. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß die Berliner ein wichtiger Bestandteil alternativer Wirtschaft sein können. Aber eben nur ein Bestandteil. Und wenn sie ehrlich sind, müssen sie das auch sich selbst eingestehen. Das gleiche trifft auf uns zu.

Auch die Überlegung, ob die Berliner für uns als Konkurrenz anzusehen sind, halte ich nicht für wichtig. Da lugt doch auch schon wieder die alte Konzeption um die Ecke. Ich sehe in den Berlinern keine Konkurrenz und muß, will ich ehrlich zu mir selber sein, deren Leistung anerkennen.

Aus all dem Gesagten ziehe ich für mich den Schluß, daß wir die gemeinsame Diskussion suchen müssen. Und zu dieser Diskussion über Inhalte gehörst Du, ebenso wie andere.

Die Wirtschaft von unten hat nur dann eine Chance, wenn sie von einer breiten Bewegung getragen wird. Kriegen wir diese Bewegung nicht hin, spielt sich alles in Einzelgruppen ab, in alternativen Oasen. Und das wäre das Ende der alternativen Wirtschaft.

Torsten Martin

aus VORWÄRTS

Evangelische Kirche hat sich unter die alternativen Kapitalisten gemischt

Die Szene hat ihre erste eigene Bank

Von Annegret Leister

Mit der Haftungsassoziation hat die Szene ihr erstes Geldinstitut. Die Berliner kamen damit der inzwischen bekannten „Ökobank" zuvor, die erst im März 1987 gegründet werden soll, sofern bis dahin das erforderliche Eigenkapital von sechs Millionen Mark zusammengekommen ist.

Mit der Gründung der Berliner Haftungsassoziation bricht nun in der Alternativszene der Streit um den richtigen Weg zum großen Geld neu aus.

Schon vor Jahren stießen die beiden Richtungen aufeinander: Die einen wollten eine eigene Bank schaffen, um von den großen Geldinstituten unabhängig zu sein und „das Geld der Bewegung" nicht gegen die eigenen Ziele arbeiten zu lassen. Die anderen hielten diesen Anspruch für zu hoch und propagierten den schrittweisen und behutsamen Weg.

.....

Rund 500 neue Arbeitsplätze erhoffen sich die Initiatoren durch die verbürgten Kredite.

.....

Die geplante Ökobank kann bei diesem Vergleich nicht mithalten, denn sie muß zunächst etwa drei Jahre lang Kapital sammeln, damit das Geldinstitut überhaupt gegründet werden kann. Und während sich die Haftungsassoziation mit der Evangelischen Kirche einen großen Geldgeber angelte, wollen die Ökobanker das Eigenkapital in Klein- und Kleinstbeträgen aufbringen. Das dauert länger, ist mühseliger und extrem verwaltungsaufwendig.

Trotzdem hält Torsten Martin von der Bundesgeschäftsstelle des Ökobank-Vereins in Frankfurt den Streit um die reine Lehre der alternativen Kapitalbeschaffung für überflüssig. „Das sind doch alte Kamellen. Da wittert der eine im anderen eine Konkurrenz, obwohl wir beide Instrumente brauchen." In der Tat haben sich beide Institute so unterschiedliche Geldgeber ausgesucht, daß keiner die Quellen des anderen anzapft.

Inzwischen haben die Ökobanker die Hälfte des erforderlichen Eigenkapitals auf ihrem Treuhandkonto. Im Dezember wird die Vorgenossenschaft der Bank gegründet, spätestens im Februar sollen die Vorstandsmitglieder vorgestellt werden; fünf geeignete Kandidaten haben sich bereits beworben.

Selbst dabei sind die Bürgschaftsbanker den alternativen Kollegen voraus. Denn der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende einer Berliner Bank sitzt bereits im Vorstand der Haftungsassoziation, ein pensionierter Mitarbeiter der Bank für Gemeinwirtschaft, so sickerte inzwischen durch, will im Januar in den Vorstand eintreten – rechtzeitig zum Geschäftsbeginn.

Dann entsteht, wenn auch zunächst nur in Berlin, doch eine echte Konkurrenz zur Ökobank. Denn selbst wenn die Kapitalgeber verschieden sind – die Kunden der beiden Banken sind die gleichen, nämlich die Alternativbetriebe.

Termine

Hessen:

26. Januar 1986: Regionaltreffen Südhessen um 16 Uhr. Ort bitte erfragen unter Tel.: (0651)42 33 95 (Jochen Pohl)

28. Januar 1986: 20 Uhr in der Krebsmühle in Oberursel. Erstmalig trifft sich der „Gesprächskreis Frankfurter Bankfachgruppe". Siegfried Schwenke aus Berlin hält ein Referat über „Deutsche Schule der Geldfreiheit von 1932". In einer anschließenden Diskussion soll die Frage nach Bedeutung und Bezug zu heutigen Reformideen reflektiert werden. Gäste sind willkommen.

15. Februar 1986: Landesmitgliederversammlung. Ort im Büro Frankfurt erfragen.

11. und 12. Januar 1986: Sitzung des Delegiertenrates in der Krebsmühle in Oberursel. Beginn Samstag 13 Uhr, Schluß Sonntag 17 Uhr.

1. März 1986: Mitgliederversammlung des Vereins Freunde und Förderer der Ökobank. Dieses Treffen findet voraussichtlich in Düsseldorf statt.

Nordrhein-Westfalen:

14. Januar 1986: Regional-Mitgliederversammlung um 19.30 Uhr im Bildungswerk für Ökologie und Gesellschaftspolitik, Herwarthstrasse 22, Köln.
Tagesordnung:
- Wahl der Landesdelegierten
- Aktuelle Information zum Stand des Ökobank-Projektes
- Vorbereitung auf die nächste Bundesmitgliederversammlung
- Sonstiges

Treugeldstand p. 16.12.85	DM 3.100.461,49
Treugelder	7.403
Vereinsmitglieder	ca. 1.840

Wirtschaftsstrategien für einen Stadtteil

Der berühmteste Alternativ-Stadtteil der Republik – Kreuzberg – war mal wieder Gegenstand einer Untersuchung. Die Senatsverwaltungen Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie Wirtschaft beauftragten einen größeren Beraterstab, um „Wirtschaftsstrategien für Kreuzberg" zu entwickeln. Dieses reichlich aufgeblasene Projekt (9 Berater aus den Bereichen Betriebswirtschaft, Energie, Planung, Umwelt, Architektur, diverse Verwaltungsgremien, ca. 1 Mio. Gesamtkosten) war im großen ganzen ein Schuß in den Ofen. Und die Verwaltungen sind zur Zeit sehr darum bemüht, nicht allzuviel von diesem Projekt in die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Zwei der 9 Berater kommen aus der Szene. Sie sollten die Bedürfnisse alternativer Betriebe miteinfließen lassen und sie teilten sich dafür etwa 5% der zur Verfügung stehenden Honorarmittel. Im folgenden werden nun Auszüge aus dem 50-seitigen Papier der Alternativ-Berater Uwe Abraham (ehemals Komet, jetzt Industriemontagen) und Michael Makowski (immer noch Stattwerke) abgedruckt. Herausgegriffen wurde die Förderproblematik und eine Einschätzung des selbstverwalteten Wirtschaftssektors.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Einschätzung des Förderinstrumentariums

Eine Beurteilung der Wirksamkeit der Förderinstrumentarien der Berliner Wirtschaft im Rahmen des Projektes „Wirtschaftsstrategien für Kreuzberg" kann nur selektiv und im Ansatz geleistet werden. Selektiv, weil nur bestimmte Fördermittel in den Beratungen nachgefragt wurden und ansatzweise aufgrund der begrenzten Dauer des Projektes. Über einen Teil, der mit unserer Hilfe beantragten Gelder ist noch nicht entschieden worden. Eine Erfolgskontrolle über den sinnvollen Einsatz von Fördergeldern kann natürlich erst in 2–3 Jahren durchgeführt werden.

Vorweg läßt sich für die von uns beratenen Projekte sagen, daß die ins Auge gefaßten Fördermittel greifen, und dort, wo eine Entscheidung noch aussteht, die Wahrscheinlichkeit, daß der Antrag positiv entschieden wird, relativ hoch ist.

Der Informationsstand über Förderinstrumente ist durchweg gut, was die Existenz dieser angeht, verhältnismäßig schlecht, was die Beantragungsverfahren und die Modalitäten angeht. So kannten alle Betriebsinhaber/Kollektivbetriebe die gängigen Förderprogramme (mit Ausnahme der speziellen Innovations- und High-Tech-Förderungen). Bei dem Kenntnisstand über die Inanspruchnahme ist zu unterscheiden zwischen Steuervergünstigungen, Investitionsmittel und Arbeitsamtmittel. Steuervergünstigungen einschließlich Investitionszulagen werden in der Regel wahrgenommen, was auf die Hilfestellung durch den Steuerberater zurückzuführen ist. Allerdings muß einschränkend hinzugefügt werden, daß die Ertragskraft der meisten Betriebe in Kreuzberg nicht sehr hoch ist, so daß steuerliche Vergünstigungen im Sinne von Anreizen für bestimmte Maßnahmen nur selten ziehen. Arbeitsamthilfen werden so gut wie nie in Anspruch genommen, da der Beantragungsaufwand als zu hoch eingeschätzt wird und der Erfolg dieser Maßnahmen als zu niedrig. Hinzu kommt meistens die Angst, einer Behörde zu tiefe Einblicke in den Betrieb geben zu müssen. Dies ist im übrigen bei Kollektivbetrieben und traditionellen Kleinbetrieben gleichermaßen ausgeprägt. Investitionshilfen werden selten beansprucht, da zum Teil gebrauchte Maschinen angeschafft werden (die nicht förderfähig sind), die Beantragung zu umständlich erscheint und die Erstkontakte mit Banken wenig ermutigend sind. Bei einigen Betrieben herrscht zudem noch eine gewisse Scheu, sich in größerem Umfang zu verschulden.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Nicht-Inanspruchnahme von Fördermitteln in erster Linie durch psychologische (= betriebsinterne) Hemmnisse begründet ist und weniger von den Rahmenbedingungen her vorgegeben ist. Schließlich beruht diese „Zurückhaltung" auf Spekulationen und weniger auf konkreten Erfahrungen. Dementsprechend erwies sich unsere Beratung auch in den Fällen als besonders sinnvoll, wo es darum ging, dieses Vorurteil abzubauen. Natürlich fiel es uns leichter – als Vertreter einer staatlichen Institution – bei den verschiedenen Stellen erstmal die ernsthafte Bereitschaft zu wecken, sich mit den herangetragenen Problemen auch auseinanderzusetzen. Das bedeutete, daß durch uns der Erstkontakt erleichtert wurde und auch ermutigt hat.

Auch Erfahrungen außerhalb des Projektes bestätigten den Eindruck, daß sich Hartnäckigkeit in der Regel – im wahrsten Sinne des Wortes – auszahlt. Das impliziert, es existieren für die meisten Klein- und Mittelbetriebe keine strukturellen Probleme beim Förderinstrumentarium sondern eher betriebsindividuelle.

Schlußfolgernd aus dieser Erkenntnis ließe sich zwar die Forderung nach mehr Beratung auf diesem Gebiet aufstellen. Das halten wir allerdings für zu kurzsichtig, da hier auf lange Sicht neue Abhängigkeiten entstehen würden und der Spezialfall der Gratisberatung (wie in unserem Fall) wohl kaum verallgemeinbar ist. Vielmehr denken wir, daß Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, in denen kooperative Zusammenhänge zwischen den Gewerbetreibenden entstehen, die einen regen Informations- und Erfahrungsaustausch auch über fördertechnische Angelegenheiten gewährleisten.

Aus einzelwirtschaftlicher Sicht gibt es bei der Gesamtbetrachtung des Förderintrumentariums zwei diesen Programmen immanente Probleme. Zum einen fallen bei den Investitionshilfen gebrauchte Anlagen völlig aus den Programmen heraus und zum anderen gibt es bei bestimmten Programmen Beschränkungen auf einzelne Vorhaben, Branchen oder Arten von Vorhaben. Allerdings halten wir aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine Änderung dieser Bedingungen für wenig sinnvoll. Die Berücksichtigung von gebrauchten Investitionsgütern würde erhebliche Kontrollprobleme bei der programmgemäßen Verwendung der Gelder bedeuten. Dies würde vom Aufwand her in keinem Verhältnis zu den daraus resultierenden Effekten stehen. Die Branchenbeschränkungen sollten aus strukturpolitischen Gründen aufrechterhalten werden. D.h., es wird immer Branchen geben, wo es einen zusätzlichen Bedarf (von neuen Betrieben) geben wird, wie z.B. die Kleinindustrie, und solche, wo der Markt ganz offensichtlich gesättigt ist (z.B. Kneipen).

Auch wenn unsere Einschätzung des Förderinstrumentariums keine existentielle Kritik beinhaltet, halten wir dennoch zur Förderung einer lokalen, stadtteilnahen Ökonomie eine Umgestaltung des Fördersystems in bestimmten Bereichen für notwendig. Dies erscheint uns aus zwei Gründen sinnvoll: Erstens wird eine Förderung, die bundes- oder landesweit ausgerichtet ist, nicht optimal auf lokale Besonderheiten reagieren können. Zweitens halten wir die Einbindung von Betriebsvertretern über die Kammern für unzureichend, d.h. die Gewerbetreibenden sollten unmittelbar an den Förderprozessen beteiligt werden.

Um diesen formulierten Ansprüchen gerecht zu werden, schlagen wir vor, bestimmte Förderbereiche, nach dem Konzept der kanalisierten Förderpolitik umzustrukturieren. Darunter verstehen wir die Übertragung von Förderaufgaben auf intermediäre Organisationen, d.h. Organisationen, die von betroffenen Betrieben (eines Stadtteils, einer Region) getragen werden und das Vertrauen staatlicher Stellen genießen. Dabei ist nicht an ein neues, regional organisiertes Kammersystem gedacht, vielmehr an lokal arbeitende Finanzierungsinstitutionen (Haftungsfonds, Beteiligungsgesellschaften, Risikofonds, Leasinggesellschaften), die rechtlich unabhängig von der Verwaltung sind, jedoch über Rückbürgschaften, Refinanzierung und Beteiligungen u.ä. staatliche Förderleistungen erhalten und an die einzelnen Betriebe weiterleiten. Dies hat auch den Vorteil, daß keine radikale Umstrukturierung des Förderinstrumentariums vonnöten ist, eher einzelne Elemente (z.B. Sicherungsleistungen) dieser kanalisierten Form angepaßt werden können. Gemäß dem try-and-error-Prinzip sind entsprechende Fördermodelle (regional und zeitlich begrenzt) auszuprobieren, um entsprechende Erfahrungen zu sammeln und sie dann zu verallgemeinern.

Ein erster Modellversuch für den Bereich der selbstverwalteten Betriebe läuft in den nächsten Wochen an. Es wird eine sogenannte Haftungsassoziation (Bürgschaftsbank) von selbstverwalteten Betrieben und der evangelischen Landeskirche (als treuhänderischer Kapitalgeber) gegründet, die Bürgschaften an selbstverwaltete Betriebe vergeben wird und selbst mit pauschalen Rückbürgschaften des Wirtschaftssenates ausgestattet ist.

Die Bedeutung der selbstverwalteten Betriebe

Auch wenn in Kreuzberg die größte Dichte selbstverwalteter Betriebe (wahrscheinlich von ganz Europa) zu verzeichnen ist, würde eine gesonderte Betrachtung unter quantitativen Aspekten nicht zu rechtfertigen sein. Das ausländische Gewerbe z.B. ist in Kreuzberg um ein mehrfaches umfangreicher. Dennoch hat der Sektor „selbstverwalteter Betriebe" qualitativ eine wichtige Bedeutung. Unter politisch und ökonomisch schwierigen Rahmenbedingungen ist es einer beachtlichen Zahl von Betrieben gelungen, eine tragfähige Existenz aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen.

In einer Zeit, wo hunderttausende von Arbeitsplätzen im industriellen Sektor vernichtet wurden, sind einige tausend Arbeitsplätze dort neu geschaffen worden.

Doch wodurch sind selbstverwaltete Betriebe charakterisiert? Kurz zusammengefaßt ist ein selbstverwalteter Betrieb gekennzeichnet durch direktdemokratische Entscheidungsstrukturen, nicht-hierarchische Organisationsstrukturen, nach allen Seiten offene Kommunikations- und Informationskanäle, die Ganzheitlichkeit von Arbeitsprozessen (Zrückdrängung der taylorischen Arbeitsteilung), gemeinsame Eigentumsverfügung durch die Mitarbeitenden oder Kapitalneutralisierung, kooperatives Verhalten im Betrieb und gegenüber anderen selbstverwalteten Betrieben. Dies ist allerdings eine idealtypische Beschreibung, die sich in der Realität meist etwas modifiziert wiederfindet.

Weitere Merkmale sind hoher Idealismus, politische Motivation der Selbstverwalter und der Aufbau eigener kultureller Zirkel (umfaßt Lebens-, Arbeits-, und Umgangsformen). Schließlich sei noch auf einige Merkmale hingewiesen, die insbesonders Kollektivbetriebe in der Anfangsphase charakterisieren (Betriebsdauer unter 5 Jahre), die allerdings einen beträchtlichen Teil der Selbstverwaltungsbetriebe ausmachen (etwa 60–70%).

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Dazu gehören: 1. Fehlende Qualifikation (d.h. ein Teil der Mitarbeiter muß erst angelernt werden) und 2. Unterkapitalisierung mit der Folge, daß die Maschinenausstattung schlecht ist und dadurch die Qualität der Arbeit gewisse Mängel aufweist, bzw. dieses Defizit im Anlagenbereich durch verstärkten Arbeitseinsatz kompensiert werden muß. Rein ökonomisch können keine besonderen, von Selbstverwaltungsbetrieben ausgehenden Effekte gemacht werden. Dementsprechend sind weder eine gesonderte Statistik für selbstverwaltete Betriebe noch Sonderprogramme der Wirtschaftsförderung erforderlich. Das Phänomen selbstverwalteter Betrieb ist in erster Linie ein einzelwirtschaftliches und hinter dem – makroökonomische Zusammenhänge suggerierenden – Begriff „alternative Ökonomie" verbirgt sich ein theoretisches Konzept, was auf seine Umbesetzung wartet.

Sicherlich klingt diese Einschätzung des alternativen Sektors nicht so euphorisch, wie sie die Medien verbreiten. Dennoch bedeutet die kritische Betrachtung nicht, daß die Selbstverwaltungsbetriebe keinerlei Bedeutung für die Entwicklung ökonomischer Ansätze haben. Allein die Tatsache von existierenden und funktionierenden Selbstverwaltungsbetrieben ermutigt weitere Kreise von Personen eine Existenzgründung (kollektiv) anzugehen. Das bedeutet, das Existenzgründungspotential wird dadurch größer. Trotz anfänglicher Qualifikationsdefizite gelingt es den meisten Kollektivbetrieben, sich am Markt zu etablieren. Daraus ergibt sich, daß durch die Selbstverwaltung bemerkenswerte Qualifikationseffekte gefördert werden. Weiterhin läßt sich feststellen, daß Betriebe, denen es gelungen ist, eine tragfähige Existenz aufzubauen (d.h., die nicht mehr gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt durch andere Quellen zu finanzieren, wie das häufig bei Gründungsinitiativen der Fall ist), eine relativ geringe Insolvenzrate haben. Diese liegt in Berlin für den Zeitraum 1981–83 bei unter 2%. Schließlich gelingt es inzwischen in einigen Branchen, sich einige (Sympathisanten-) Märkte aufzubauen, die weniger Konjunkturanfällig sind, da sie politisch besetzt sind. Beispiele sind politische Druckerzeugnisse und gesunde Nahrungsmittel. Dies ergibt sich insbesondere daraus, daß der sich in der Gesellschaft vollziehende Wertwandel auch Einflüsse auf das marktwirtschaftliche Versorgungssystem hat und weitere – neben Preis und Menge – nicht quantifizierbare Parameter herausbildet. Selbstverwaltete Betriebe haben häufig einen lokalen Bezug, d.h. sie versuchen lokale Versorgungsdefizite aufzuheben. Der letzte hier noch aufzuführende Impuls, der von selbstverwalteten Betrieben ausgeht, ist das kooperative Wirtschaftsprinzip, das eine Alternative zum marktwirtschaftlichen Konkurrenzprinzip darstellt und den alternativen Charakter dieser Betriebe letztlich ausmacht.

Für die Entwicklung regionaler oder stadtteilnaher Wirtschaftsstrategien können die Erfahrungen selbstverwalteter Betriebe wie folgt einfließen:

1. Nutzung des höheren Gründungspotentials

Offensichtlich sind eine größere Anzahl von Personen in der Lage und willens, eine Existenzgründung gemeinsam und kollektiv anzugehen als in eigener, alleiniger Verantwortung. Demzufolge sind Existenzgründungshilfen (besonders im Beratungs- und Qualifizierungsbereich) auch darauf abzustimmen.

2. Erhöhung des Qualifikationspotentials

Durch die starke Identifizierung mit dem Betrieb wird nicht nur ein stärkeres Engagement für betriebliche Belange erzielt, sondern steigt auch die Motivation zur Qualifizierung. Das betrifft sowohl fachliche Belange als auch betriebswirtschaftlich-rechtliche Angelegenheiten. Insbesondere für die vielen Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsämter und der Gewerkschaften sind hieraus wichtige Schlüsse zu ziehen. Schlagwort: Selbstverwaltungsbetriebe statt Übungs(schein-)firma!

3. Lösung von Nachfolgeproblemen durch Belegschaftsübernahmen

Der Service, der in einigen Ländern eingerichteten Nachfolgeagenturen sollte um die Beratung und Qualifizierung von Belegschaften der betroffenen Firmen (als kollektiver Nachfolger) erweitert werden. Zusätzlich sind entsprechende Förderinstrumente zu entwickeln, die der Belegschaft die Übernahme (finanziell) erleichtern.

4. Prinzip der kanalisierten Wirtschaftsförderung

Zur Entbürokratisierung und zur stärkeren Einbindung der Betroffenen erscheint das Prinzip der kanalisierten Wirtschaftsförderung äußerst sinnvoll. Hier werden bei der Haftungsassoziation für selbstverwaltete Betriebe (Rückbürgschaften durch den Senat) und einem Beteiligungsfonds für Rehabilitationsbetriebe (Refinanzierung durch ERP-Mittel) in unmittelbarer Zukunft wichtige Erfahrungen gesammelt werden.

Nachtrag: Interessanterweise ist die Wirtschaftsverwaltung zur Zeit sehr bemüht, Ideen und Vorschläge des alternativen Beraterteams aufzugreifen, um wenigstens irgendein Ergebnis aus dem Strategieprojekt präsentieren zu können. Hingegen erwies sich die Arbeit des renommierten Beratungsunternehmens „ubw" (Unternehmensberatung für die Wirtschaft, vom Wirtschaftssenat und verschiedenen Industrie- und Handelskammern getragen) als nutzlos. Die um ein mehrfaches besser dotierten ubw-Berater waren ziemlich hilflos gegenüber den Problemen des Klein- und Kleinstgewerbes – auch des traditionellen.

Anzeige

Der dritte Band der Karl-May-Reihe ist da!

Matthias Neuling Auf fremden Pfaden
Ein Leitfaden der Rechtsformen für selbstverwaltete Betriebe und Projekte

Wie muß ein Betrieb strukturiert sein, um den Ansprüchen nach Selbstverwaltung und Kapitalneutralisierung gerecht zu werden?
Gibt es bei den bürgerlichen Rechtsformen die Chance, alternative Betriebsmodelle zu verwirklichen?

Der Autor befaßt sich mit diesen Kernfragen sehr detailliert - und siehe da - es läßt sich durchaus unter den Röcken der vorhandenen Rechtformen selbstverwaltet leben.

Wie man das zu machen hat, gegen den internen Zoff und vor dem Notar, dafür liefert der Autor eine Vielzahl von praktischen Beispielen.

184 Seiten, DM 16 ISBN 3-922778-08-9

Wer die Karl-May-Leitfäden komplett bestellt, bezahlt nur DM 37.

Der Verlag für sachdienliche Hinweise.
STATTBUCH
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
☎(030) 691 30 94/5

FINANZIERUNGSKONGRESS

Berlin, ist immer noch eine (Kongreß-)Reise wert?

Red. Berlin Nach den Wintertagen am Anfang des Jahres war ohne Zweifel eine gewisse Tagungsmüdigkeit auszumachen. Immer die gleichen Diskussionen, immer die gleiche Hilfslosigkeit bei den immer wiederkehrenden Problemen. Daraufhin wurde erstmal die Organisierung einer bundesweiten Projektmesse nicht weiter verfolgt und das Berliner Organisationsteam widersprach allen Gerüchten um weitere Wintertage vehement. Null Bock!

Dementsprechend gingen wir - STATTwerker - mit durchaus sehr gemischten Gefühlen an unser Kongreßprojekt. Und es sprach wirklich einiges dagegen:

- Tagungen in Berlin sind – nicht zuletzt auch wegen der weiten Anfahrt – sehr unbeliebt.
- Zentrales Thema war die „Finanzierung" – als wenn es auf der Projektmesse '84 nicht schon genügend Zündstoff gegeben hätte.
- Professionelle Aufmachung (man betrachte nur die Einladungskarten) und ein reichhaltiges Aufgebot auch etablierter Referenten.
- Ein traditionelles Tagungskonzept.

Doch diese Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet. Knapp 250 zahlende Teilnehmer fanden sich im winterlichen Berlin ein – davon kamen etwa 2/3 aus der Szene – und in 2 1/2 Tagen wurde die ganze Palette alternativer und traditioneller, staatlicher und autonomer Finanzierungsmöglichkeiten „durchgehechelt". Zugegeben, es gab wenig Raum für Diskussionen, und die Diskussionen die geführt wurden, denen fehlte die Schärfe und Stringenz. Auch die großen Arbeitsgruppen von 80 - 120 Leuten wurden zurecht bemängelt. Allerdings: die zu solchen Anlässen altbekannten Eklats blieben aus.

Als Resumee wurde festgehalten, daß sicherlich nicht alle Erwartungen erfüllt wurden, jedoch das Ziel der Tagung, alle relevanten Finanzierungsinitiativen zusammenzubringen und vorzustellen und einen Dialog mit den traditionellen Financiers (Banken und staatliche Institutionen) zu eröffnen, wurde erreicht. Es wurde zumindest ein Anfang gemacht und es ist klar, daß Vertiefungen und Erweiterungen folgen müssen. Natürlich nicht in solch einer Art von Tagung. Dennoch: hin und wieder scheinen derartige Massenveranstaltungen auch notwendig zu sein. So hätte eine kleine Arbeitstagung sicherlich nie eine vergleichbare Öffentlichkeitswirkung gehabt. Und, wie resumierte ein Teilnehmer: „Inhaltlich war – wie immer – nicht viel interessantes dabei. Aber erstens habe ich eine Menge bekannter Leute wiedergetroffen und zweitens haben doch am Rande ganz gute Gespräche stattgefunden".

Für uns – STATTwerke – gilt, daß wir vorläufig erstmal keinen Massenkongreß organisieren werden und wir sind froh, daß die Weihnachtspause naht. Für uns war das

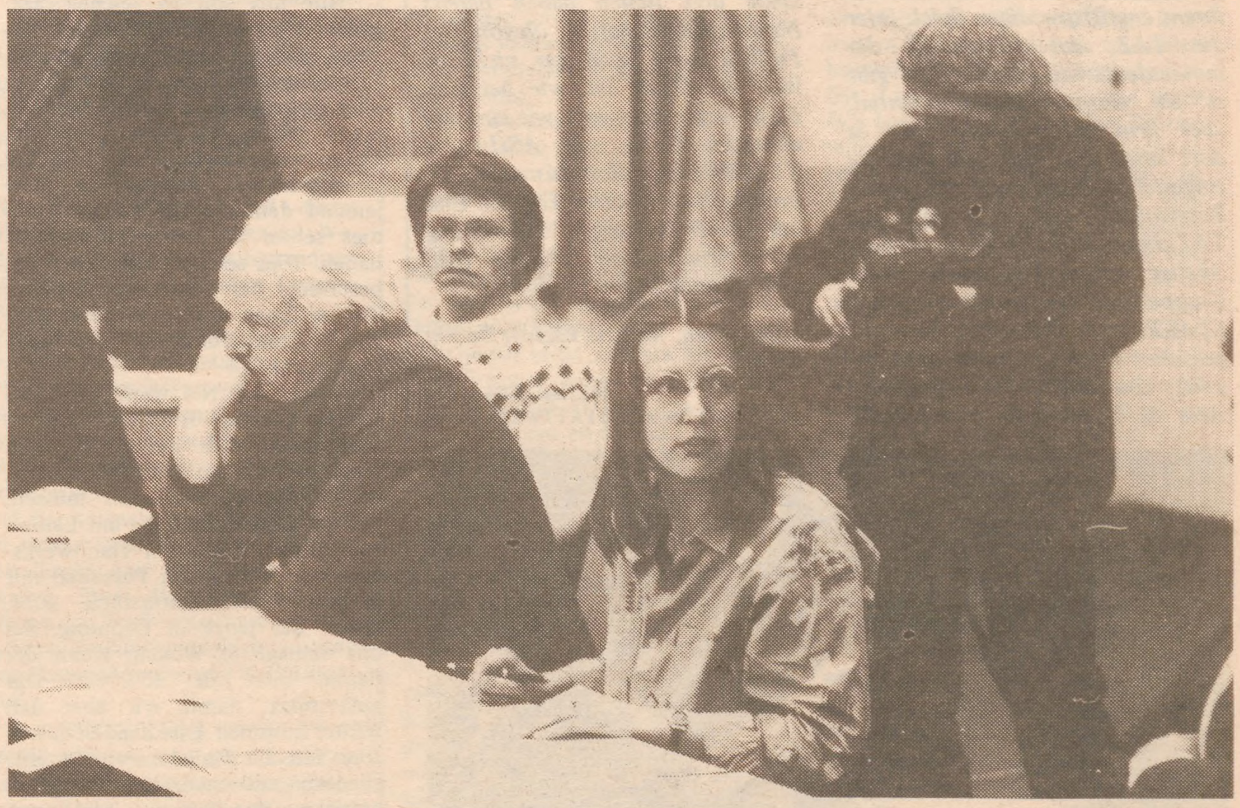


Foto: Holger Kullok

Ganze ebenfalls ein Novum. Zum erstenmal haben wir alle recht intensiv an einem gemeinsamen Projekt gearbeitet und trotz des erheblichen Streßes war die Stimmung unter uns durchaus nicht stressig. Als Fazit für uns bleibt, daß es wichtig ist, die auf der Tagung angerissenen Themen weiterzuverfolgen und auch so etwas wie einen kontinuierlichen Diskussions- und Kommunikationszusammenhang aufzubauen.

Für alle, die sich zukünftig um die Organisation solcher Massenaufläufe kümmern, sei noch der Tip angefügt: Weniger Informationsprogramm und viel mehr Gelegenheit für die allseits beliebten „Flurgespräche". Kleinere Arbeitsgruppen natürlich und eine strenge Selektion der Themen. Aber solche großangelegten Treffen können nach wie vor das motivierende Gefühl vermitteln, wie viele Leute doch an den gleichen Projekten rummachen.

Wie in der Bundesliga

Ein Thema, das bisher völlig aus dieser Zeitung ausgeblendet war, ist der Sport. Scheinbar kein Thema für die Szene. Klar gibt es schon mal ein Tischtennismatch am Rande eines Seminars und auch der gemeinsame Saunagang ist bei Kollektiven keine Ausnahme. Die TAZ und das Kerngehäuse (Projektzentrum in Berlin-Kreuzberg) haben sogar Betriebssportgruppen. Ganz zu schweigen von der UFA, die durchaus – vom Angebot her – mit manchem Sportverein mithalten können.

Guckt man sich mal den Spitzensport an, so sieht das da noch trister aus. Kein Alternativer unter den Fußballstars oder mit Chance auf Teilnahme bei den olympischen Spielen. Und Boris Becker ist wohl auch meilenweit davon entfernt auch nur eine müde Mark von seinen Millionen in alternative Finanzkanäle zu leiten. Im großen ganzen gibt das Thema Selbstverwaltung und Sport nicht viel her. Diese Erfahrung mußten auch die Stattbüchler machen, als sie für ihren alternativen Stattführer zu diesem Thema ganze 8 Seiten (von 1000) zusammenbekamen.

Doch kein Grund zur Resignation. Ist denn das ganze Alternativgewusel nicht Sport genug. Treibt uns nicht die Selbstverwaltung täglich zu sportlichen Höchstleistungen. In so mancher Tischlerei (oder Schreinerei) wird die Fertigstellung und der Verkauf eines Möbelstückes wie ein Weitsprungrekord gefeiert. Wenn die eine oder andere Druckerei endlich mal wieder einen Teil ihrer Außenstände bei kränkelnden Kleinverlagen reingeholt hat kommt das einem Sieg bei einer Meisterschaftsqualifikation gleich. Und auch für diverse Tagungen gilt das olympische Motto: dabei sein ist alles!

Sieht man sich nun die Landschaft der selbstverwalteten Betriebe an, so sind sehr schnell Parallelen zur Fußballbundesliga erkennbar.

Da gibt es z.B. den Altmeister ASH Krebsmühle (Arbeiterselbsthilfe in Oberursel bei Frankfurt). Seit 10 Jahren mischt dieser Verein in der Spitze der Selbstverwaltungsbewegung mit. Gut, des öfteren wird den Spielern unfaire Spielweise vorgeworfen. Aber sie erfreuen die Zuschauer immer noch mit ihrem angriffsfreudigen Spiel. Oder die TAZ, das Flaggschiff der bundesdeutschen Szene. Dort gibt es ein enormes Spielerpotential, aber kein guter Spieler hält es dort lange aus. Eine sehr defensiv eingestellte Mannschaft mit wenig Torerfolgen. Jedoch konnte die TAZ dieses Jahr sich noch vor dem Abstieg retten. Die erfolgreichste Gruppe des Jahres ist zweifellos STATTwerke. Diese von der evangelischen Kirche gesponserte Mannschaft überzeugt durch kaltschneuziges Spiel, moderne Spieltechnik und hohe Torausbeute. Gerade wurde der Deutschen Bankenpokal errungen. STATTwerke-Spieler sind überall vertreten: in der CONTRASTE-Auswahl, der Kicker-Gruppe des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK und in der Europa-Auswahl Elise (Informationsnetzwerk in Brüssel). Eher abstiegsgefährdet ist Netzwerk Berlin. Ehemals die unbestrittene Star-Truppe im alternativen Dschungel, nun eher ein Alt-Herren-Club, der hin und wieder bei Prominenten-Spielen von sich Reden macht. Insgesamt wirken die Netzwerk-Spieler farblos und ohne Ideen.

Nicht zu vergessen sind die Bremer Clubs. Die bekanntesten sind ISKE-Versicherungsvermittlung und AN-Maschinenbau. ISKE, als durchaus schlagkräftige Gruppe, die eigentlich in die Spitzengruppe der Bundesliga gehört, spielt allerdings lieber in der Regionalliga. AN hat zur Zeit massive Probleme mit der Mannschaft. Trotz importiertem Star-Trainer aus Berlin scheint sich der Abstieg nicht verhindern zu lassen.

Was noch sehr unterentwickelt ist, ist die Aufstellung einer Nationalmannschaft. Es gibt zwar eine Reihe von Regional- und Branchenauswahlmannschaften und die bereits erwähnte, eher zufällig zusammengesetzte bundesweite Spielerformation CONTRASTE.

Der strategisch geplante Aufbau eines Nationalteams über den Ökobank-Verein scheint erstmal auf halber Strecke steckengeblieben zu sein. Ein Großteil der Spitzenstars verweigern nach wie vor das Mitspielen. Den Kern bilden eine Reihe von „APO-Kickern", die zwar nichts von ihrem Spielwitz verloren haben, aber bei all ihrer Verspieltheit nicht ans Tore schiessen denken. Insgesamt ist auch hier ein großes Spielerreservoir, aber das Verfahren, eine Spielerauswahl aufzustellen, ist viel zu kompliziert, als daß sich Star-Kicker darauf einlassen würden. Aber bis zu einer wirklichen Nationalelf ist es noch ein weiter Weg. Dabei scheint das in anderen Ländern viel einfacher zu sein. Frankreich, England, die Niederlande und Italien haben bereits Nationalmannschaften, obwohl der Fußball dort noch gar nicht so weit entwickelt ist, wie bei uns. Es ist bemerkenswert, wie einzelne deutsche Clubs, wie ASH oder STATTwerke, durchaus mit Nationalteams mithalten können. Und bei dieser zufälligen Mitwirkung auf internationalen Turnieren wird es wohl auch erstmal bleiben.

Mal sehen, was die nächste Saison bringt.

Michael, Kicker von Rot-Schwarz STATTwerke Berlin

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Konflikt Netzwerk/UFA-Fabrik friedlich beendet

Abrüstungsgespräche in Berlin

Ein Aufschrei geht durch die Alternativszene. Netzwerk hat eine Klage gestellt vor einem Bürgerlichen Gericht – die UFA's haben die Summe von 5.000,– DM an Netzwerk nicht zurückbezahlt. Wie ist dies alles nur passiert?

Die UFA-Fabrik kam mit ihren Zahlungen in Verzug, weil sich die Verhandlungen um einen Erbpachtvertrag mit dem Land Berlin jetzt drei Jahre hingezogen haben. Seit drei Jahren arbeiten 70 Mitarbeiter der UFA-Fabrik unter katastrophalen Bedingungen, mit einem halbjährlich kündbaren Vertrag. Das heißt, ein enormes Risiko bei größeren Investitionen, keine Möglichkeit auf einen langfristigen Kredit bei der Bank, keine Chancen, einen Antrag beim Senat durchzubekommen, weil eben allen die Vertragsdauer zu kurz erscheint. – Nur uns soll es reichen. Ungeachtet davon wird von uns verlangt, daß wir ungebrochen weiter Höchstleistung bringen. Wenn Besucher das schöne Grün auf dem Gelände sehen, die gute Laune im Circus miterleben, da könnte bei oberflächlicher Betrachtung glatt jemand denken, daß wir das Paradies schon zu Lebzeiten erreicht haben. Dies schafft natürlich Neid, besonders bei denen, die denken, daß es ihnen noch schlechter geht als der Kommune in der ehemaligen Traumfabrik.

Als wir bei Netzwerk um Aufschub unseres Kredites fragten, interessierte sich keiner aus dem Vorstand für die Verpflichtungen, denen wir nachkommen müssen, um die ganzen Betriebe am Laufen zu halten. Wenn ein Handwerkskollektiv von sieben Personen mit 20.000,– DM unterstützt wird, findet das jeder in Ordnung. Bei uns schlägt es Wogen, wenn der Beirat uns mit 30.000,– DM unterstützt, damit wir über den Winter kommen. Hier handelt es sich aber um ein Projekt von 70 Mitgliedern mit mehreren Kollektivbetrieben, wie Bäckerei, Täschnerei (Ausbildungswerkstatt), Gästehaus, Kino, Laden, Veranstaltungen, Freizeitbereich und nicht zu vergessen die größte nicht subventionierte Kulturgruppe Berlins, den UFA-Circus.

Hier hat Netzwerk doch Aktivitäten finanziert, die genau nach seinen Kriterien arbeiten. Warum läßt der NW-Vorstand das alles in einer negativen Politik gipfeln, in Hetzereien in den Rundbriefen ausarten. Bei einer solchen fantasielosen Politik wundere ich mich heute nicht, daß das Netzwerk Mitgliederschwund hat. „Kohlen für den Circusdirektor" schrieb Gerd Nowakowski, und im nächsten Rundbrief war ein Foto von Diepgen und mir mit einem falschen und polemischen Zitat, was nie so gesagt wurde. Bei der Fink'schen Aktion „Ich für Dich" bin ich hingegangen, damit dort über Geld geredet wird. Ich habe die finanziellen Ansprüche von Alternativprojekten zur Sprache gebracht. Daß die Senatskohle dann nicht sofort auf dem Tisch liegt, war mir auch klar. Da müssen alle mehr Druck machen.

Für uns stand auch nie außer Frage, daß der alte Kredit zurückbezahlt wird, schließlich sind 15.000,– DM in den letzten Jahren trotz unserer schlechten Situation an Netzwerk zurückgeflossen. Daß wir Probleme haben mit diesem beschissenen Mietvertrag, das macht uns doch nicht zu schlechten Menschen. Viel eher hätte hier der Vorstand eine wunderbare Öffentlichkeitsarbeit machen können, hätte er uns in diesem Kampf gegen den Senat unterstützt.

Josef Huber, Gründungsmitglied von Netzwerk, meinte dazu: „Da komme ich nicht mehr mit, wenn ich dieses Verhalten des Netzwerkvorstandes heute sehe und die Sache mit der Klage gegen die UFA in der Zeitung lese. Bei der UFA-Fabrik kann man doch genau sehen, daß das Geld richtig eingesetzt wurde. Wenn ich mir dann überlege, wieviel wir in all den Jahren auf Sand gesetzt haben, dann verstehe ich die überhaupt nicht mehr."

Inzwischen hat es eine Einigung von Netzwerk und der UFA-Fabrik gegeben, und die Klage ist zurückgezogen, was aber 500,– DM an Gerichtsgebühren gekostet hat. Ein Gespräch auf dem UFA-Plenum wäre billiger gewesen. Hoffentlich hat diese Kampagne wenigstens ein paar neue Mitglieder gebracht und nicht etwa abschreckend gewirkt. Schließlich haben wir auch viele Freunde, die Netzwerkmitglieder sind, und die Wert darauf legen, daß die UFA-Fabrik der Berliner Alternativ-Szene erhalten bleibt. Mit dem neuen NW-Vorstand ist für die Zukunft eine bessere Zusammenarbeit zu erwarten und wir wünschen Netzwerk steigende Mitgliederzahlen.

Seit dem 11.11.'85 liegt uns jetzt unterschriftsreif ein Erbpachtvertrag des Landes Berlin über 35 Jahre vor. Damit sind wir noch nicht aus dem Schneider, aber es wird unsere Grundlage für die Zukunft verbessern, und es ist ein Erfolg unserer jahrelangen Arbeit. Heißt aber auch, daß eine Menge neuer Kosten auf uns zukommt. Um einen kleinen Überblick zu geben, was hier jeden Monat an laufenden Posten zu bewältigen ist, möchte ich die größten Summen kurz erwähnen: 12.000,– DM Miete pro Monat, alle zwei Monate 15.000,– DM Strom, im letzten Winter in der härtesten Zeit jeden Monat 24.000,– DM Heizkosten (leider stammen die Häuser aus einer Zeit, wo das Öl noch acht Pfennig gekostet hat), dazu Gas, Wasser, Straßenreinigung, Versicherung usw.; von neuen Investitionen und Arbeiten für den Erhalt der Gebäude gar nicht erst zu sprechen.

Hier wird wohl jedem deutlich, daß die UFA-Fabrik auch in Zukunft, um am Leben zu bleiben, weiter auf die Hilfe von vielen Freundinnen und Freunden angewiesen ist. Deshalb haben wir gerade eine Spendenaktion gestartet und Möglichkeiten in die Wege geleitet, Projekte auf dem Gelände als stille Teilhaber zu unterstützen. Verluste werden hier vom Finanzamt zurückerstattet und brauchen nicht eingeklagt zu werden.

Allen Netzwerkmitgliedern, die uns geholfen haben, möchte ich hier im Namen der ganzen Kommune nochmals danken, und wir hoffen, daß Ihr weiter zu uns haltet.

Juppy von der UFA-Fabrik

Informationen darüber, in die Konzertagentur der UFA-Fabrik als stille Teilhaber einzusteigen, schicken wir auf Anfrage zu.
Spenden an unseren gemeinnützigen Verein können von den Steuern abgesetzt werden.
Freunde der UFA-Fabrik
Viktoriastr. 10-18
1000 Berlin 42
Bank für Sozialwirtschaft, Kto.-Nr. 3183300, BLZ 100 205 00

Schreinertreffen

Schreinertreffen in Krefeld bei der Legno Tischlerei vom 6.-8. Sept. 1985

Folgende selbstverwaltete Betriebe waren anwesend:
Die Werkstatt, Mühlheim; Biira Boom, Stetten; Möbil, Köln; Der Tischler, Wuppertal; Werkstatt Hasselbrinkstr., Bochum; Haidhauser Kistler, München; Holzcoop Aachen; Arge Bethanien, Berlin; Freie Holzwerkstatt, Freiburg; Elephant Holzwerkstatt, Oberursel, Feinschnitt, Leverkusen; WEKO Holzwerkstatt, Grünkraut.

Am Anfang des Treffens war die Stimmung ein wenig bedrückt, da nur ca. 35 Menschen anwesend waren (Samstags kamen noch 5 hinzu), obwohl sich über 55 angemeldet hatten. Abgesehen von dem überflüssigen Mehraufwand an Kosten und Arbeit für die Ausrichter machte die offensichtliche Teilnahmslosigkeit der anderen angeschriebenen Kollektive betroffen (ca. 75 Betriebe).

Folgende Themen wurden behandelt:
1. Idee-Design-Material
2. Kalkulation-AG Stilles Kämmerlein
3. Ausbildung
4. Wer oder was sind Kollektive – Ideologischer Überbau?

Das nächste Schreinertreffen wird Anfang '86 in München stattfinden. Der genaue Termin kann bei uns erfragt werden. Interessenten schikken wir auch das Protokoll der Kalkulation-AG zu.

Bis dann
Werner

Legno Tischlerei Kollektiv-Gmbh
Krüserstr. 22
4150 Krefeld 29
Tel.: 02151/735260

Arbeitsgruppe AUSBILDUNG
Das Thema: Wie kann Ausbildung in Kollektiven besser werden mit Blick auf die Zukunft unseres Berufs. Es beginnt die Suche nach dem roten Faden.

– Jeder im Kollektiv sollte sich vorher henau überlegen, ob er/sie in der Lage ist, sich Zeit für gute Ausbildung zu nehmen. Die Vorstellung, man könne einen Lehrling einfach so mitlaufen lassen, in der Hoffnung, daß es für beide Seiten schon irgendetwas bringen würde, ist naiv und bringt im günstigsten Fall beiden Seiten nur Unzufriedenheit.

– Der Betrieb sollte aus dem „gröbsten" raus sein. Wirtschaftliche Schwierigkeiten belasten jemanden, der vor der Gesellenprüfung steht noch mehr, als die anderen.

Die Lehrlinge in Kollektiven sind zwangsläufig und meistens bewußt stärker an den Betriebsabläufen beteiligt, als anderswo. Pünktlicher Feierabend, abschalten und „Leck mich am Arsch, Chef!", sind deshalb auch nicht unbedingt angesagt. Wenn man sich das mal bewußt macht, liegt die Gefahr der Überforderung gar nicht so fern. Daß wir uns richtig verstehen, ich bin nicht der Meinung, man solle Lehrlinge wie rohe Eier behandeln. Ich übe Selbstkritik und ich finde, daß wir uns mehr Gedanken machen sollten. Von den paar Lehrlingen, die bisher in Kollektiven ihre Ausbildung gemacht haben, haben viele spätestens nach der Prüfung die Schnauze voll und warum? –

Wir haben uns zusammen einige Thesen und Fragen überlegt, die wir für wichtig halten und die Anregungen für Gedanken und Praxis sein sollen.

– Die eigenen Arbeitstechniken mal überdenken, die chaotischen ändern, die professionellen vermitteln.
– Ist es wichtig, daß der Lehrling auch die normalen Arbeitspraktiken (z.B. Spanplatten) lernt?
– soll die Ausbildung so sein, daß er/sie später in der Lage ist, in einer normalen Bude zu arbeiten?
– Qualität sollte zählen, nicht Produktivität
– Eine neue Qualität würde erreicht, wenn wir auch an die Zukunft unseres Berufs denken würden, indem wir dem Lehrling Zeit einräumen für neue Ideen und neues Design. Ein Luxus, den wir uns wohl selber meist nur in der Freizeit leisten (wenn überhaupt).
– Während der Ausbildung Aufträge dazu ausnutzen, daß der Lehrling die Sicherheit für die Prüfung kriegt (z.B. Schubkästen, Rahmentüren)
– den Lehrling immer in die Arbeitsbesprechungen miteinbeziehen, d.h. auf die Frage: „Was mache ich diese Woche?" darf nicht mit „mal sehen", geantwortet werden.
– Jeder Lehrling sollte einen festen Ansprechpartner haben (kann rotieren)

Jedermensch, der im Kollektiv die Ausbildung machen will, sollte sich aber auch ein paar mehr Gedanken machen, z.B.:

– Sich nicht alles so locker vorzustellen (ich kann die vielen Anfragen von Leuten, die dem Modetrend gehorchen, schon längst nicht mehr hören).
– Ein großes Problem scheint die Unsicherheit und das sich Kleinfühlen zu sein. Lernen ist wachsen, d.h., daß der Lehrling sich selbst auch ein bißchen als „klein" akzeptieren muß, sonst verzettelt er/sie sich in zu hohen Ansprüchen an sich selbst. Einer von den Lehrlingen formulierte das so: ... dahinzukommen, wo man eigentlich steht, daß Anspruch und Wirklichkeit nicht so weit auseinanderklaffen. Viel Frust kommt daher, daß der Lehrling mehr von sich erwartet, als er kann.

Doris
Bethanien, Berlin

Anmerkung:
Unsere Idee beim Schreinertreffen war – am Beispiel eines Betriebes – Probleme und ihre Lösungen darzustellen und in Diskussion zu stellen. Leider lehnte es der zuständige Redakteur ab, den Artikel in seiner vollen Länge (jetzt 2 statt 6 Seiten) zu veröffentlichen. Begründung: zu Schreinerspezifisch und kein Platz. Wir finden, daß der Artikel in seiner jetzigen Form kaum Aussagekraft hat. Interessierten bieten wir die Möglichkeit, den Artikel in seiner vollen Länge bei untenstehender Anschrift (Elephant) anzufordern.

Liebe Schreiner/innen,
habt Ihr wirklich erwartet, daß Eure Protokolle in CONTRASTE abgedruckt werden? Sechs Seiten Protokoll von Rainer hätten in dieser Zeitung 1 1/2 Seiten eingenommen. Schlimm genug, daß ein zuständiger (?) Redakteur benötigt wird, um ein Protokoll in eine einigermaßen lesbare Fassung zu bringen.

Vielleicht können wir uns darauf einigen: Protokolle sind für die Teilnehmer Eurer Treffen bestimmt und sollten in Form eines Rundbriefes verschickt werden.

Für CONTRASTE gilt folgendes: kurze, lesbare, die Allgemeinheit interessierende Beiträge. Und die werden auch abgedruckt. Ehrlich!

Eure Endredaktion in Heidelberg

Baufachfrauen werden aktiv

Weiterbildung in Ökologie und Ökonomie im Frauenbildungshaus Osteresch

Obwohl zunächst in der Öffentlichkeit Programme wie „Mädchen in Männerberufe" sehr positiv dargestellt wurden und viele Frauen die sich daraus ergebenden Möglichkeiten einer Ausbildung im Handwerk für sich als einen Schritt zu größerer Selbständigkeit gesehen haben, ist die Situation nach wie vor völlig unbefriedigend. **Denn was kommt nach der Lehre/Umschulung?**

In den seltensten Fällen werden Gesellinnen eingestellt, Frauen waren gut genug, solange sie als Auszubildende billig arbeiteten und „nebenbei" zur Verbesserung des Betriebsklimas eingesetzt werden konnten. So bleibt den Frauen nur die „Wahl", ihre durch einen erfolgreichen Lehrabschluß bescheinigten Kenntnisse privat zu nutzen oder ansonsten weitere Ausbildungen (Standardbeispiel Studium) anzuschließen bzw. auf alte Ausbildungen zurückzugreifen.

Das Bedürfnis vieler Frauen, später selbständig einen kollektiven Frauenbetrieb aufzubauen, scheitert nicht nur an der Art und Weise, wie von Männern Kenntnisse übermittelt wurden, sondern schon strukturell an den geforderten 3-5 Gesellinnenjahren, damit frau eine Meisterschule besuchen kann.

Hinzu kommt, daß die Ausbildungen in Bereichen stattfinden, die kaum Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt haben und gesellschaftlich abgewertet sind. Entgegen offizieller Werbekampagnen wird somit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung weiter zementiert: den Frauen die unterbezahlte, stupide (Fabrik-)Arbeit und den Männern das Geld und den Ruhm.

Sind Frauen Architektinnen und Planerinnen, so haben auch sie nach wie vor mit den gängigen Vorurteilen und der Konkurrenz zu kämpfen. Und sie können andere inhaltliche Vorstellungen wie Aufgeben der strikten Trennung von Planung und Ausführung mit der einhergehenden starren Hierarchie nirgends durchsetzen.

Doch der Wunsch und die Notwendigkeit nach einem befriedigenden und existenzsichernden Arbeitsplatz bleibt bestehen. Dazu müssen neue Wege gesucht und gefunden werden.

Als einen Schritt zu diesem Ziel haben wir vom Frauenbildungshaus Osteresch in Zusammenarbeit mit der vor einem Jahr gegründeten Initiative „Baufachfrau" ein intensives Weiterbildungsangebot geplant für **Handwerkerinnen** und **Architektinnen** und **Interessierte,**

– **die ihr Wissen über ökologisches Bauen praktisch und theoretisch erweitern und vertiefen wollen.**

Dabei gehen wir von der Annahme aus, daß der weite Bereich ökologisches Bauen gerade für Frauen eine Chance bietet, weil er aufgrund seiner Neuheit geschlechtsspezifisch noch nicht so festgelegt ist und natürlich weil der Umgang mit weniger umwelt- und gesundheitszerstörenden Materialien und Techniken sowohl den Anwenderinnen als auch den späteren Benutzerinnen zugutekommt.

– **die über ihr spezielles Fachwissen hinaus Kenntnisse aus anderen Bereichen erwerben wollen.**

Die Weitergabe von Kenntnissen und Erfahrungen aus anderen Handwerken und auch der Planung und Finanzierung soll die produktive Zusammenarbeit fördern.

– **die sich informieren und austauschen wollen über Möglichkeiten kollektiver (Frauen-)betriebe.**

Die Angebote zu rechtlichen, finanziellen und inhaltlichen Fragen soll alle ein Stück weiterbringen auf der Suche nach einem neuen Weg zwischen Anpassung und Resignation.

– **die einen längerfristigen Austausch und Lernprozeß mit anderen (Fach-)frauen wollen.**

Wir hoffen, daß durch das Zusammentragen von Wissen und Austausch unter den Teilnehmerinnen und Kursleiterinnen für alle ein persönlicher Gewinn entsteht.

Wir bieten im Verlauf dieses Jahres insgesamt zwölf einzelne Wochenkurse und vier Wochenendveranstaltungen zu folgenden Themen an:
ökologische Baumaterialien – Ökoklo und Schilfkläranlage – Holzschutz und Biofarben – Gründungs- und Existenzprobleme von kollektiven (Frauen-)betrieben und Projekten – Solaranlagenbau – Elektroinstallation bzw. Heizungsbau und Sanitärtechnik – Buchführung für gewerbliche Projekte – Kosten kalkulieren und finanzieren – Reflexion über die Situation von Frauen in Bauberufen und unsere Träume/Realisierungsideen – und eine längere Sommerzeit über Lehmbau!

Nähere Informationen über Termine, Preise und Teilnahmemöglichkeiten bitte anfordern. Bitte legt einen frankierten Rückumschlag bei und teilt uns Eure Vorkenntnisse und speziellen Interessen mit.

Die Kurse finden statt im
Frauenbildungshaus Osteresch
Zum Osteresch 1
4447 Hopsten-Schale
Tel.: 05457/1513 montags bis donnerstags 11-15 Uhr.

Arbeitsteilung – Notwendigkeit und Grenzen

Einstieg in eine Diskussion
Soll ein Betrieb nicht ständig in den roten Zahlen wirtschaften, muß schon recht frühzeitig überlegt werden, wie das bewerkstelligt werden kann, ohne gleich Schema F des Kapitalismus einzuführen. Eine von mehreren Möglichkeiten ist die Arbeitsteilung – bei uns Verteilung von Schwerpunkten weil der andere Begriff zu negativ besetzt ist –. Die Größenordnung der Verteilung von Schwerpunkten richtet sich nach Anzahl der Betriebsmitglieder, Art der Produkte und Umsatz.

Da wir eine relativ kleine Gruppe sind, zwingen uns schon Krankheit, Urlaub und sonstige Unterbrechungen dazu, jederzeit den Schwerpunkt des anderen übernehmen zu können. Neben diesen Zwängen ist es auch ein Bedürfnis von uns, daß jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten alle mit dem Betrieb zusammenhängenden Arbeiten erledigen kann. Auch wollen wir dem Bedürfnis vorbeugen, daß aus Bequemlichkeit bestimmte unliebsame Arbeiten nicht übernommen werden, oder – weil der andere das so gut macht – sich Informationsvorsprünge und Hierarchien entwickeln, die wir grundsätzlich ablehnen.

Viele werden denken, daß Rotation ein alter Zopf ist und daß wir mit unserem Modell nur Halbheiten produzieren: Wäre es nicht sinnvoller unter dem Gesichtspunkt der Effektivität und der Vereinfachung Aufgaben einmalig zu verteilen, so daß sich jeder optimal auf seinem Gebiet einarbeiten kann?

Wir sagen nicht, daß wir das Idealmodell schon gefunden haben, wir sagen nur, daß wir alles tun werden, um neue Wege zu finden und nicht in die alten Schnittmuster verfallen wollen. Wir haben alle einige Erfahrungen in sogenannten normalen Betrieben gesammelt und lehnen deren Strukturen größtenteils ab. Wir wissen, daß nicht die Person Chef Hierarchien entstehen läßt, sondern die Tatsache, daß Informationen nur bei einer Person zusammenlaufen, sie – abgesehen vom Kapital – in die Lage versetzt über andere bestimmen zu können. Es wäre müßig im Rahmen dieses Papiers weiter auf diesen Punkt einzugehen.

Wir wollen mit der Rotation erreichen, daß jeder genügend Informationen hat um alle Entscheidungsprozesse gleichberechtigt mittragen zu können. Wir lehnen daher die Art von Arbeitsteilung ab, wie sie in manchen selbstverw. Betrieben praktiziert wird: ohne Rotation sondern in Richtung von Trennung zwischen Hand und Kopfarbeit. Wir wissen, daß dadurch Informationsvorsprünge entstehen und somit Hierarchien. Einer ungerechtfertigten Vertrauenshaltung nach dem Motto „die werdens schon wissen, die werden schon in unserem Sinne richtig entscheiden" wird damit Vorschub geleistet, die Parallelen zur Farm der Tiere geradezu aufgedrängt.

Für uns wirft sich dann sofort die Frage auf, worin wir uns noch von den normalen Betrieben unterscheiden, wenn wir die gegebenen Mechanismen stückchenweise übernehmen. Wir denken, daß durch Arbeitsteilung ohne Rotation Kontrolle nur noch in einem bestimmten Rahmen möglich ist. Informationsvorsprünge werden manifestiert und statt ab- aufgebaut. Die Vielseitigkeit des einzelnen wird auf wenige Handgriffe beschränkt, Kreativität wird auf einen Teilbereich konzentriert, der Blick für das Ganze, Gesamte und Einheitliche geht verloren. Zwischen den einzelnen Arbeitsbereichen können Konkurrenzen entstehen, die dazu führen können, daß Informationen unterbleiben oder bewußt verfälscht werden. Die Liste der Negativfolgen ließe sich beliebig fortsetzen. Das Einzige worauf diese Art von Selbstverwalteten Betrieben aufgebaut ist, ist das gegenseitige Vertrauen. Man kennt sich und weiß der andere wird schon nichts machen was ihm oder dem anderen schadet. Lassen wir das Vertrauen weg, bleibt nur noch ein Betrieb mit normalen Strukturen übrig. Außerdem halte ich gegenseitiges Vertrauen zwar für wichtig, jedoch um einen Betrieb zu führen nicht für ausreichend. Ausserdem ist ein solches Modell nicht übertragbar, geschweige denn langfristig lebbar. Wie soll man dieses Modell den nachfolgenden Generationen vermitteln? Hätten wir anderen geglaubt die sagten ihr müßt uns nur vertrauen, wir wissen schon was richtig ist? Wohl kaum.

Nur um so effektiv wie möglich zu arbeiten, sollten wir unsere Ideale – zumal machbare – nicht unter den Tisch kehren. Meine Thesen sollen der Beginn eines Diskussionsprozesses zum Thema „Arbeitsteilung in selbstverwalteten Betrieben" sein. Weitere Diskussionsbeiträge bitte an die Frankfurter CONTRASTE – Redaktion oder direkt an uns.

Rainer Neske
Elephant Holzwerkstatt
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5

Wilfried Heidt

Die Perspektiven einer anderen Republik

Die gesellschaftliche Gesamtentwicklung

I. Die Ausgangslage

Die gesellschaftliche Gesamtentwicklung befindet sich in einer tiefen Krise, und die Krise hat weltweite Ausmaße. Im ökologischen, ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Bereich sowie in den zwischenstaatlichen Beziehungen kommen zahlreiche Krankheitserscheinungen inzwischen so massiv zum Ausdruck, daß es sich erübrigt, sie an dieser Stelle im einzelnen zu erwähnen – die Dinge sind bekannt. Jetzt geht es darum, Vorschläge zu machen und zu diskutieren, auf welche Weise wir diese Krise erfolgversprechend überwinden können. Und es geht darum zu erkunden, welcher Weg der Krisenbewältigung von der Mehrheit der Bevölkerung gewollt wird.

Die großen Herausforderungen der Gegenwart und nächsten Zukunft zeigen es deutlich: Je eher und je konsequenter wir brechen mit den Ordnungen und Triebkräften, welche die letzten Jahrzehnte bestimmt haben, und je eindeutiger wir uns entscheiden für die Alternative grundlegend neuer Rahmenbedingungen für unser gesellschaftliches Handeln, desto größer ist unsere Chance, die Ausweitung der Krise in unabsehbare ökologische, wirtschaftliche, soziale und militärische Katastrophen noch zu verhindern. Diese Chance besteht durchaus, und wir können sie wahrnehmen, wenn wir jetzt den Mut aufbringen zu einer wirklichen Wende, zum *Einsteigen in eine neue Republik*.

Es gibt Wege zu diesem Ziel. Von einem bestimmten, dem in unseren Augen besten, weil in jeder Hinsicht realistischen, wollen wir im folgenden berichten.

Schauen wir auf „dieses unser Land": seine Verfassung, das Grundgesetz des Provisoriums BRD, will eine andere Republik als diejenige, die wir heute haben. Heute leben wir in einer Republik der Massenarbeitslosigkeit, der zerstörten Umwelt, der sozialen Zerrüttung, der Macht des Kapitals und der Herrschaft von Parteien. Und wir leben in einer Republik, die jederzeit das atomare Schlachtfeld der Großmächte werden kann. Das alles widerspricht den Intentionen unserer Verfassung zutiefst.

Gewiß: dieses Grundgesetz von 1949 ist in seinen Bestimmungen offenbar nicht durchdacht genug entworfen worden, um solche Fehlentwicklungen, wie sie nun gekommen sind, wirksam zu verhindern. Dennoch ist ganz klar, daß es nach den Erfahrungen mit der NS-Staatskatastrophe von der Idee einer Republik ausgeht, von der nach Osten wie nach Westen praktische Friedensimpulse erwartet werden, die sich die Aufgabe der Überwindung und Versöhnung alter sozialer Gegensätze durch eine Partnerschaft zwischen den Menschen stellt, die keine privilegierten Minderheiten kennen und die *demokratische Gleichheit und die gleichen Freiheitsräume für jeden Bürger* verwirklichen und sichern soll und in der das *Grundrecht auf Leben und Gesundheit* insbesondere auch geschützt ist durch eine intakte Umwelt, durch reine Luft, sauberes Wasser und gesunde Böden.

Die Republik, die wir heute haben und die entstanden ist als Folge der politischen Entscheidungen der etablierten Parteien, steht demnach in krassem Widerspruch zu der republikanischen *Idee* unserer Verfassung. Wenn sie in formaldemokratischer Hinsicht mit der geschriebenen Verfassung dennoch in Einklang steht, so liegt das daran, daß wesentliche Regelungen des Grundgesetzes auf eine für viele nur schwer durchschaubare Weise unzulänglich oder widersprüchlich gefaßt sind. Und das ist dann der Grund dafür, daß das, was uns jetzt als Krise ins Haus steht und unsere Zukunft bedroht, ganz legal – also nicht gesetzwidrig – ist.

Man muß in dieser Situation, so denke ich, den Mut aufbringen, ganz deutlich zu sagen, daß wir die anstehenden Probleme der Umweltzerstörung, der Arbeitslosigkeit, der Inflation, des Abbaues sozialer und demokratischer Rechte, des Welthungers, der Rohstoff- und Energievergeudung, der militärischen Gefahren usw. nur meistern können, wenn wir bald einsteigen in eine neue Republik mit einer neuen Verfassung, welche die Konsequenzen zieht aus den Widersprüchen der jetzigen. Dieser Schritt ist unumgänglich. Das wird auch die Bevölkerung immer mehr begreifen, trotz aller Versuche der rückwärts gewandten politischen Kreise, eine solche Perspektive schon im Ansatz dadurch zu diskreditieren, daß man sie verdächtigt, ein „kommunistisches" Projekt zu sein. Mit antikommunistischen Parolen hat man ja die ganzen Jahre über alle Versuche, die in Wahrheit einen dritten Weg jenseits privatkapitalistischer und staatskommunistischer Ideologien und Interessen das Wort redeten, mundtot gemacht.

Doch diese Strategie greift immer weniger, je deutlicher die Zerfallserscheinungen des hiesigen Hauses zutage treten. Wenn jetzt die vielen aufgeklärten und kritischen Bürger, die zur Friedens- und Ökologiebewegung zählen, durch eine geistig-politische Offensive über die zahlreichen Einzelziele hinaus das Bild einer alternativen Republik als unseren letztlich entscheidenden Beitrag zu einer europäischen und Welt-Friedensordnung ins Auge fassen und propagieren, dann werden wir sehr bald wissen, daß auch die Mehrheit der Bevölkerung diese Wende will.

II. Grundbedingungen eines demokratischen Wandels

In der Bundesrepublik ist das Parlament – vornehmlich der Bundestag– dasjenige Instrument, mit welchem wir auf demokratische Weise im Prinzip den erforderlichen gesellschaftlichen Wandel beschließen – legalisieren – können. Wenn die Bewußtseinsveränderung in der Bevölkerung weit genug verbreitet ist, können durch Wahlen die erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten zustandekommen, die man für das Beschließen der neuen Rechtsgrundlagen benötigt. Nun ist gerade in den Reihen der Ökologie- und Friedensbewegung Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus verbreitet; hat man doch längst durchschaut, daß die wichtigen Entscheidungen über die politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen heute nicht vom Parlament, sondern in den Chefetagen der einflußreichsten Interessengruppen vorweg getroffen und dann lediglich noch parlamentarisch umgesetzt werden. Deshalb sieht man in außerparlamentarischen Kämpfen den realistischeren Weg oder die wichtigere Aktionsebene zur Durchsetzung der neuen Ziele. Die parlamentarische Arbeit – z.B der GRÜNEN – gilt als nachgeordnet (= „Spielbein").

So verständlich diese Anschauung aus der sozusagen positivistischen Erfahrung mit dem Parlamentarismus hierzulande auch ist: sie sollte unvoreingenommen überdacht werden. Nicht um außerparlamentarische Aktivitäten einzuschränken, sondern um zu prüfen, ob dem parlamentarischen Wirken nicht doch eine größere Bedeutung zukommt als nur die eines „Spielbeins" der Bewegung.

Gehen wir diese Frage einmal systematisch durch. Nach dem Grundgesetz ist das Parlament der gesellschaftliche Ort, der bevollmächtigt ist, die für alle verbindlichen Gesetze (Verteilung von Rechten und Pflichten) zu gestalten. Vom Verfahren des demokraischen Beschließens (durch unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse) ist nur das Zurücknehmen und Einschränken von Grundrechten ausgeschlossen, alles andere könnte nach dem Willen des Parlamentes geändert werden; selbstverständlich sind auch neue Grundrechte oder das Erweitern von bestehenden möglich, und jede derartige Änderung des Grundgesetzes wäre völlig legal vorgenommen, wenn sie durch eine entsprechende qualifizierte Mehrheit beschlossen ist. Damit hat das Parlament wirklich die Macht, alle zur Lösung der heutigen Probleme notwendigen gesetzlichen Entscheidungen zu treffen, vorausgesetzt, das Notwenige ist erkannt und auch gewollt. Es bedarf lediglich der jeweiligen, verfassungsrechtlich vorgesehenen Mehrheit.

So einfach ist es in der Tat: Einsicht in das Notwenige und Mehrheitswillen, im Sinne des Erkannten gesetzgeberisch zu handeln. Wenn die bisher im Bundestag vertretenen Parteien eine Gesetzgebung geschaffen haben, aus der sich – wie wir jetzt sehen und erleben – krankmachende Prozesse im gesellschaftlichen Leben ergeben haben, so kann dies nur eine dreifache Ursache haben: entweder sie haben das Richtige und Notwendige nicht erkannt, oder nicht gewollt, oder sie waren ih ihrem Willen nicht unabhängig, also am Gängelband mächtiger Interessengruppen, die ihnen verwehrten, im Sinne des Gesamtwohles zu handlen.

Es ist also im Prinzip durchaus möglich, daß der Bundestag solche Gesetze verabschiedet, durch welche dann die Bedingungen geschaffen sind für eine gesunde Entwicklung des sozialen Organismus, des gesellschaftlichen Lebens in all seinen Bereichen und Zweigen; gesund heißt: frei von hindernder Macht und manipulierenden Einflüssen, so daß geschehen kann, was jeweils aus der Sache heraus zum Wohle des Ganzen nötig ist.

Dies – nicht mehr aber auch nicht weniger – hat Politik im demokratischen Sinn dieses Begriffes zu leisten. Freilich: man braucht die entsprechenden Mehrheiten. An diesem Punkt lag bisher das hauptsächliche Problem. Mehr als drei Jahrzehnte nach Gründung der BRD hat es gedauert, bis mit den GRÜNEN eine neue Partei als maßgeblich von der Ökologie- und Friedensbewegung getragene Organisation den Sprung über die 5%-Hürde schaffte. Ob es gelingen wird, die GRÜNEN so zu profilieren, daß sie in absehbarer Zeit mehrheitsfähig sind, ist unserer Ansicht nach nicht unmöglich aber eher unwahrscheinlich, weil in den GRÜNEN doch zu gegensätzliche Ideologien und Strategien rivalisieren.

Vielleicht muß doch – auch parteimäßig – unabhängig von den GRÜNEN ein neues Element hinzukommen, das mit einem anderen Duktus neben den GRÜNEN und im Parlament dann mit den GRÜNEN zu neuen Mehrheiten führt. Denn „den direkten Übergang von Schwarz zu Grün", worüber Bahro neuerdings nachdenkt, wird es mit diesen GRÜNEN, wie sie sich jetzt gebärden, bestimmt nicht geben. Sie werden auf ihre Weise in absehbarer Zeit kaum mehr als 5 bis maximal 10% der Bevölkerung für die neuen Ziele der ökologisch, sozial und gewaltfrei orientierten Gesellschaft mobilisieren können. Wenn wir das Notwendige tun wollen, brauchen wir aber Zweidrittelmehrheiten. Das muß man illusionslos bedenken.

Die größten Chancen, an einer unseres Erachtens entscheidenden Stelle des heutigen gesellschaftlichen Systems diese Konzentration erreichen und den Hebel für wesentliche Veränderungen ansetzten zu können, sehen wir in gegenwärtiger Zeit hinsichtlich der Forderung, die Arbeit des Parlamentes durch das Ermöglichen von direkter Demokratie, d.h. durch das Recht auf Volksbegehren und Volksabstimmungen wirksam zu kontrollieren. Eine Partei, welche diese Forderung an die Spitze ihres Programmes stellten würde, hätte wahrscheinlich gute Aussichten, auf Anhieb die Mehrheitsverhältnisse drastisch zu verändern, denn sie wäre darin glaubwürdig, daß es ihr nicht um die Macht geht oder um Vorteile für eine bestimmte Interessengruppe, weil sie ja auch ihre eigenen Ziele der Kontrolle durch die direkte Demokratie unterwerfen möchte.

Daß sich Die GRÜNEN trotz ihres basisdemokratischen Anspruches um diesen Punkt herumdrücken und bisher nicht bereit sind, im Bundestag eine entsprechende Gesetzesinitiative zu ergreifen, läßt den Verdacht aufkommen, daß es den in den GRÜNEN dominierenden Kräften trotz all der vielen anderslautenden Worte in der Tat doch auch mehr um die autoritäre Parteidemokratie als um wirkliche Volkssouveränität geht.

Fortsetzung in der kommenden CONTRASTE.

Selbstverwaltetes Unternehmen im Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg sucht Mitarbeiter/in für

Verkauf und Akquisition

Kenntnisse der Mikroelektronik sind notwendig.

CCS Mikrotechnik GmbH, Flotowstraße 23, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040-2205817

KOLLEKTIVE VERSICHERUNGSAGENTUR ALFRED & KLAUS

Altersversorgung
für selbstverwaltete Betriebe:

Direktversicherung – steuersparend!
Bitte anrufen!

Wir versichern Personen, Gruppen, Betriebe, Sachen, Projekte und vieles mehr.
Märkische Straße 53 4000 Düsseldorf
0211 – 281091 (10 – 15 Uhr)

RUNDBRIEF: Pädagogik Paulo Freire

Viel wird, sowohl in der „3. Welt", als auch bei uns über Bewußtseinsbildung gesprochen. Unser Interesse am Freire-Rundbrief ist, in Theorie und Praxis, die vielfältigen Fragen bewußtseinsbildender Arbeit vorzustellen, zu vertiefen, auf Erfahrungen hinzuweisen, die Diskussion zu führen. Paulo Freire ist natürlich für uns kein „Bildungs-Guru", sondern die mit dieser Methodik der „Bewußtseinsbildung" gemachten Erfahrungen und Ansätze müssen in unserer Arbeit hier immer mehr Eingang finden.
Ein Probeexemplar ist gegen Einsendung von 1,-- DM in Briefmarken erhältlich bei:
AK Freire in der AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Wiederholt sich die Geschichte?

P. J. Proudhon
Die Volksbank

1849 initiierte der französiche Philosoph und Wirtschaftstheoretiker Pierre Joseph Proudhon die erste Bank, die alternativen Richtlinien verpflichtet war. Proudhons Absicht war, dem derzeit immer noch herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem ein Modell entgegenzustellen, welchem ein neuer Ansatz im Wirtschafts- und Geldrecht zugrunde lag. Für ihn begründet sich die Macht des damaligen/derzeitigen Gesellschaftssystems mit seinen negativen Auswirkungen auf ungezählte Menschen durch die Geldschöpfung der Banken, durch ihre Zinsen und ihre Sparer. Pierre Joseph Proudhon versuchte in den Statuten und in der Praxis seiner „Volksbank" die Folgen des geschlossenen Papiergeldsystems auszuschalten. Die Volksbank sollte ihre Spesen bekommen, aber keine Gewinne machen. Die Mächtigen seiner Zeit reagierten prompt, nach zwei Monaten eines erfolgversprechenden Beginns, wurde die Bank aufgelöst. Alle Einzahlungen mußten zurückgezahlt werden. Das kleine Buch kann eine wichtige Anregung aus der Geschichte der Alternativökonomie für die heutige Diskussion sein.

Pierre Joseph Proudhon: Die Volksbank. Monte Verita, Wien, 1985, 28 Seiten, 3,50 DM, ISBN 3-90043-11-5

Robert F. Mayer

Anarchismus als Antwort auf die Suche nach der Freiheit?

J. H. Mackay
Der Freiheitssucher

Mackay beschäftigt sich in diesem Buch mit der Bedeutung und dem Sinn einer anarchistischen Weltanschauung.

Es wird eine Biographie konstruiert, in der sich ein Mann auf die Suche nach der Freiheit begibt. Aufgrund von Erfahrungen und Erkenntnissen wendet er sich einer anarchistischen Lebensanschauung zu.

Mackay analysiert Bereiche der Gesellschaft nicht in theoretischen Abhandlungen, sondern bindet diese Analyse in eine interessante Lebensgeschichte ein.

Das Wort Anarchismus fällt erst spät, der Schwerpunkt des Buches liegt auf den Erkenntnissen des Titelhelden in Bezug auf die Gesellschaft und der Frage nach der Freiheit.

Das Buch ist verständlich, anschaulich, fast spannend geschrieben, jedoch sollte man sich mit dem Lesen Zeit nehmen, um sich in diese Lebensgeschichte hineinversetzen zu können.

Das Buch gibt dem Leser kein Konzept, keine klare Definition von Anarchismus, es gibt Anstöße, Möglichkeiten weiterzudenken.

John Henry Mackay: Der Freiheitssucher. Mackay-Gesellschaft, Freiburg/Br., 1982, 255 Seiten, ISBN 3-921 388-03-01

Kerstin Schmidt

Hilfe zur Selbsthilfe

Harald Bischoff/Diethelm Damm
Arbeitsplätze selber schaffen, finanzieren und behalten.

Dieses Buch ist eine gelungene Analyse der Selbstorganisations-„szene". Es kann ein erster Leitfaden für all diejenigen sein, die sich ihre Arbeitsplätze selber schaffen wollen. Der Leser wird in acht Kapiteln darüber informiert, wie er finanzielle Mittel für sein Vorhaben erschließen kann. Die Palette der untersuchten Geldquellen reicht von privaten Geldgebern, alternativen Banken und Stiftungen über Wirtschaftsförderung, ABM-Maßnahmen, Berufsausbildungshilfe bis hin zu Hilfen aus Ökofonds und Kunstfonds. Öffentliche wie private Geldgeber werden gleichermaßen untersucht. Das Buch will aber nicht nur beschreiben, es will auch vor bestimmten Finanzierungsquellen, wie z.B. der Bußgeldzuweisung warnen und macht auf Tücken dieser Finanzierungssysteme aufmerksam.

Im Buch finden sich ferner praktische Tips und Hinweise für den Umgang mit Behörden und Institutionen. Selbstgestecktes Ziel der beiden Autoren Harald Bischoff und Diethelm Damm ist es, die oft unbegründete Angst vor einem Kontakt mit Behörden abzubauen. Behörden und Institutionen sind Mittel zum Zweck.

Sie verstehen ihr Buch als einen Beitrag zur Konsolidierung und Erweiterung alternativer Projekte. Denn oftmals hängt an der ausreichenden Finanzierung das Sein oder Nichtsein eines Projektes. Die beiden Autoren haben in ihrem Buch eine Fülle von nützlichen Adressen, Kontaktgruppen und Publikationen aufgeführt, die den Leser zu einem weiteren Studium der Materie anzuregen vermögen.

Besonders interessant sind die 10 Interviews mit selbstorganisierten alternativen Betrieben und Selbsthilfegruppen. Die 10 Projekte berichten schlaglichtartig über die jeweilige Absicht, die zur Gründung führte, über die Schritte der Verwirklichung, beziehungsweise über das Scheitern der Projekte. Aus der Reflexion über diese zehn konkreten Versuche altenativen Arbeitens können viele wichtige und nützliche Anregungen für den Aufbau und die Organisation von alternativen Projekten gezogen werden.

Das Buch ist für jeden wichtig, der sich über das Sein und die Zukunft von Alternativprojekten Gedanken macht. Es gibt Tips, wie neue Arbeitsplätze finanziert und eingerichtet werden können. Trotz einer fehlenden Betrachtung und Analyse von Fremdfinanzierung im Blick auf Abhängigwerden und Verbiederung, ist dieses Buch eine wichtige Hilfe zur Selbsthilfe.

Harald Bischoff/Diethelm Damm: Arbeitsplätze selber schaffen, finanzieren und behalten. Biederstein, München, 1985, 240 Seiten, 20,– DM.

Katrin Best-Mayer

Buchbesprechungen

Werner Wilhelm Engelhardt

Allgemeine Ideengeschichte des Genossenschaftswesens

Angesichts der viel beschworenen Renaissance des Genossenschaftswesens in Form kleiner selbstverwalteter Betriebe will der Autor einen Beitrag zur Genossenschaftstheorie auf historischer Basis leisten. Dies geschieht durch Herausarbeiten geschichtlicher Entwicklungslinien kooperativer Strukturen und Funktionen. Dabei erwartet den Leser keine Genossenschafts- bzw. Kooperationsgeschichte, die „erzählt". Charakteristisch für die Ausführungen ist vielmehr eine sehr komprimierte Darstellungsweise vor allem typisierender, systematisierender und einteilender Art. Auf diese Weise gelingt es dem Verfasser einen Überblick über die Vielfältigkeit genossenschaftlicher Ansätze sowie die unterschiedlichsten theoretischen Bezugsrahmen und Betrachtungsweisen zu geben. Einseitige Bilder, Analysen und Einschätzungen über die historische Realität der Genossenschaften werden so relativiert bzw. durch die Fülle der genossenschaftlichen Ideen-, Real- und Lehrgeschichte widerlegt.

Im einleitenden Grundlagenteil charakterisiert Engelhardt Genossenschaften als „weltanschaulich und gesellschaftlich tief verwurzelt." „Schon deshalb können sie normalerweise nicht als reine Organisationssysteme oder wertfreie Instrumente betrachtet werden, die sich für beliebige wirtschaftliche und außerwirtschaftliche Zwecke einsetzen lassen, wie dies gelegentlich geschieht." Nach seiner Einschätzung laufen sie hinaus auf Ordnungen und Wege „dritter" Art. Denn: „Wer Utopien oder Programme der gemeinsamen Selbsthilfe durch Genossenschaften und genossenschaftsartige Kooperationen i.e.S. vertritt, wendet sich zweifellos gegen die Annahme, daß sich die Angelgenheiten einer Volkswirtschaft und Gesellschaft allein durch individuelle Selbsthilfe oder mit Hilfe von Märkten erledigen lassen. Er sieht Grenzen solcher wirtschaftspolitischer Lösungen, die ausschließlich auf Kombinationen von Egoismen und gleichsam mechanisch oder automatisch wirkenden Märkten vertrauen." Eine ähnlich distanzierende Stellung der Genossenschaften gilt gegenüber dem Staat und seinen Einrichtungen. Wenn sie also über Eigeninitiative „mehr" Staat durch „bessere" Gesellschaft zu ersetzen versuchen, geschieht dies – in Übereinstimmung mit älteren sozialphilosophischen Bestrebungen – durch freiwillige Übernahme sozialer Verantwortung. Trotzdem lassen sich Genossenschaften nicht grundsätzlich als gemeinwirtschaftlich bezeichnen.

Der erste Teil des Buches schließt ab mit der Herausarbeitung verschiedener Betrachtungsweisen einer geschichtswissenschaftlichen Genossenschaftsforschung. Mögliche Hauptfragestellungen, die letztlich eine Abfolge darstellen, sind:

1. der Utopie-Konzeptions-Ansatz als Ausgangspunkt genossenschaftlicher Ideengeschichte;
2. der Mitglieder-Lebenslage-Ansatz als Fundament der genossenschaftlichen Realgeschichte;
3. der Entstehungs-Entwicklungs-Ansatz als Hauptgegenstand der genossenschaftlichen Realgeschichte und
4. der Aspekte-Dogmen-Ansatz als Hauptgegenstand der genossenschaftlichen Lehrgeschichte.

Der Autor selbst legt ein Schwergewicht auf den Utopie-Konzeptions-Ansatz, weil er von der Vermutung eines letztlichen „Vorrangs der Ideen vor den Realitäten" ausgeht. Auch wird von ihm die Wirkung von „Tagträumen eines Menschen" höher eingeschätzt als die Wirksamkeit erlernten Wissens. Nach seiner Auffassung lassen sich keine Reformen initiieren und durchführen, bevor nicht einzelne Personen individuelle Leitbilder, Weltbilder oder Utopien entwickelt haben. Durch Übertragung ihres „Glaubens" auf Personenmehrheiten oder Gruppen können diese dann wirksam werden.

Im zweiten Teil gibt Engelhardt einen Überblick über die allgemeine Ideengeschichte der Kooperation. Historisch geht er hier sehr weit zurück, indem er auch Ansätze erläutert, nach denen Genossenschaften auf die grundlegende, gemeinschaftliche Verbundenheit früher lebender Menschen zurückzuführen ist. Als Genossen gelten diejenigen, die in irgendeiner Form mit anderen genießen, gleichzeitig aber auch mit ihnen gemeinsam produzieren und Eigentum nutzen.

Als Ausgangspunkt der Analyse der industriellen Genossenschaften dient in dem Buch deren Utopien- und Ideenvielfalt. Als Idealtypen werden hier genannt die individuelle Selbsthilfe und Erwerbsstreben, private Fremdhilfe, rein subjektive Selbsthilfe, Gemeinschaft, gemeinsame Selbsthilfe, staatliche Fremdhilfe sowie staatliche Versorgung. Aktuelle Entwicklungen sieht Engelhardt vor allem durch Leitbilder und Weltbilder gemeinsamer Selbsthilfe bzw. solidarischer Selbsthilfe bestimmt. Ihre Umsetzung in gemeinschaftliche und nichtgemeinschafltiche Genossenschaften nichtdenaturierter Art hält er in einer postindustriellen Gesellschaft für möglich, „sofern Erscheinungen des Markt- und Staatversagens im heute erkennbaren Ausmaß weitergehen oder sich noch verstärken."

Dieser verkürzte Hinweis auf mögliche Hintergründe bei der zukünftigen Verbreitung neuer genossenschaftlicher Ansätze verdeutlicht Engelhardt Einstellung zu seiner Ideengeschichte der Kooperation. Er beabsichtigt nicht „von den potentiell und aktuell betroffenen Menschen in ihren konkreten Lebensbedingungen" zu abstrahieren. Nach seiner Auffassung eignet sich in einer dazugehörigen Realgeschichte der aus der Soziallehre bekannte Begriff der „Lebenslage" als Erklärungsansatz. Er umfaßt den komplexen Faktor Umwelt und seine Wechselwirkung auf die betroffenen Menschen. Mit seiner Hilfe können die Bedürfnisse und Interessen von Genossenschaftsmitgliedern sowie die situationsbedingenden Umstände analysiert werden, die für die Entstehung und Entwicklung der jeweiligen Genossenschaften wichtig waren.

Trotz oder gerade wegen seiner gedrängten wissenschaftlichen Darstellung kann das Buch von Engelhardt als Grundlage für eine intensivere Auseinandersetzung mit genossenschaftstheoretischen und -historischen Fragen dienen. Es lädt vor allem zur Vertiefung theoretischer Betrachtungen ein. Bei einem Einstieg in das Thema Genossenschaften bzw. die Theorie der Kooperation ohne Vorkenntnisse könnten die Ausführungen allerdings überfordernd sein. Hierzu fehlt es an einer ausreichenden Beschreibung einzelner Ansätze, die in den Typologien, Systematisierungen und Einteilungsversuchen aufgeführt werden. Auch die interessanten eigenen Vorstellungen des Autors kommen zu kurz. Für Fortgeschrittene aber dürften die weiteren geplanten Bände über die neuere Ideengeschicte, die Real- und die Lehrgeschichte ähnlich wie der vorliegende von besonderem Interesse sein. Zusammen versprechen sie ein wichtiges Grundlagenwerk mit enzyklopädischem Charakter zu werden.

Engelhardt, Werner Wilhelm: Allgemeine Ideengeschichte des Genossenschaftswesens. Einführung in die Genossenschafts- und Kooperationslehre auf geschichtlicher Basis, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1985 (Grundzüge Bd. 59, 192 S., 47,– DM)

Wege zu einer neuen Gesellschaft

Hanspeter Padrutt

Der epochale Winter – Zeitgemäße Betrachtungen

Der schweizer Autor Hanspeter Padrutt, der von Haus aus Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie in Zürich ist, wagte sich mit diesem Buch in eine fast gelungene Reflexion über die Alternativbewegung. Er beschreibt aber weniger die Neurosen und Gruppendynamiken, die sich in der Alternativszene tummeln, sondern versucht vielmehr, die geistigen Ideologien und Grundanschauungen der „Grünen", wie er die gesamte Alternativbewegung nennt, hermeneutisch herauszuarbeiten und zu bewerten.

Im ersten Teil beschreibt er die Verhaftung der Alternativbewegung in überkommenen traditionellen Denkgewohnheiten. Padrutt weist dies anhand der Literatur der letzten 15 Jahre nach, wobei er alle Schriftsteller, die sich als Mütter oder Väter der Bewegung fühlen könnten, behandelt. In diesem ersten Kapitel mit der Überschrift „Fehlt den Grünen eine Weltanschauung?" gelangt er zum Schluß, daß es nicht darum geht, ein anderes Weltbild dem antiquierten entgegenzusetzen, sondern mit einer radikal anderen Grundhaltung das gesellschaftliche Treiben zu überwinden.

Es folgen Analysen über die moderne Technik und des „überhandnehmenden Maschinenwesens" (Goethe). Sodann untersucht Padrutt die heutige Sprache. Er deutet sprachliche Degenerierungserscheinungen an, die auf menschliche Degenerierungs- und Zerstörungstendenzen hindeuten. Die moderne ökonomisch-technische Sprache sei „Basis für's Volk". Gerade alternativ sich verstehende Menschen sei ein aufmerksames Durchlesen dieses Kapitels anheimgegeben. Zu leicht kann es passieren, daß gerade im alternativen Betrieb Anpassungen an gesamtgesellschaftliche Unterdrückungs- und Sprachsysteme erfolgen und diese stillschweigende Systemkonformierung nicht oder nur sehr schwer erkannt wird.

Padrutt greift in seinem 382-seitigen Buch auf vorökologische Daseinsanalysen, die insbesondere dem heideggerschen Denkansatz entsprungen sind, zurück, um mit ihnen die heutigen Probleme zu beschreiben und Lösungsansätze anbieten zu wollen. Die Komplexität und Dynamik aktueller ökonomischer, gesellschaftlicher und ökologischer Strukturen spielen bei ihm eine eher untergeordnete Rolle.

So gesehen, bleiben viele Mängel in seiner Analyse alternativen Daseins, die aber dennoch seinem Buch keinen allzugroßen Schaden bereiten, denn gerade diese Mängel sind es, die das Buch interessant machen, da sie zu einem aktiven Widerspruch anregen. „Der epochale Winter" ist ein wichtiges Buch der Alternativliteratur, das lohnt, gelesen zu werden, und das seinen Zweck in der ständigen Mahnung für ein tätiges Herauslösen aus der Gefangenschaft überkommener ökonomischer Unterdrückungsstrukturen findet.

Hanspeter Padrutt: Der epochale Winter – Zeitgemäße Betrachtungen. Diogenes, Zürich, 392 Seiten,
ISBN 3 257 016 743, 36,– DM.

Gunar Seitz

Achtung: Redaktionsschluß geändert

»Bunte Seiten«

Die meisten von Euch wissen es schon: so soll eine Beilage zu CONTRASTE heißen, in der viele Adressen von selbstverwalteten Betrieben und Projekten aufgeführt sind, übersichtlich nach Regionen und Branchen geordnet.

Einerseits ist das für die Betriebe eine (preiswerte) Werbung, andererseits, und das ist eigentlich unser Anliegen, sollen die BUNTEN SEITEN aufzeigen, inwieweit die Vernetzung in der Selbstverwaltungs-Szene fortgeschritten ist.

Zwar gibt es in einigen größeren Städten schon Wegweiser zu selbstverwalteten Betrieben und Projekten, doch viele Regionen und (Klein-)Städte in der BRD sind noch weiße Flecken auf der Selbstverwaltungslandkarte. Bundesweit existiert noch kein derartiges Verzeichnis.

Für die Anzeigen bieten wir die drei nachstehenden Größen an: 2-spaltig, Querformat (10,8 x 7 cm), 1-spaltig, Hochformat (5,2 x 14 cm) und die Kleine: 1-spaltig Hochformat (5,2 x 7 cm).

Die Anzeigen werden von uns nach Regionen und Städten geordnet. Zusätzlich wollen wir vermerken, ob der Betrieb schon Mitglied in einer regionalen Selbstverwaltungsorganisation ist. Bitte schickt diese Information mit der Anzeige. Als Preis haben wir DM 60,– für die Großen und DM 30,– für die Kleine festgelegt, eine Summe, die noch unter dem Selbstkostenpreis liegt. Um den Preis so niedrig anzusetzen, brauchen wir von Euch reproduktionsfähige Vorlagen, wenn wir Satz bzw. Gestaltung machen sollen, wird das extra in Rechnung gestellt. Wir können Eure Anzeige nur „verarbeiten", wenn Ihr mit der Druckvorlage einen Scheck schickt oder DM 60,– bzw. DM 30,– auf das Konto der Heidelberger Volksbank (BLZ 672 900 00) Kto.-Nr. 100 183 315 (Dieter Poschen/AG SPAK) überweist.

Für die interessierten Betriebe werden wir für Werbezwecke (Verteilen etc.) zusätzliche Exemplare drucken, die ihr zum (niedrigen) Selbstkostenpreis anfordern könnt.

Endgültig letzter Annahmetermin ist jetzt der **30. Januar 1986.** *Die reproduktionsfähigen Vorlagen schickt bitte pünktlich an:*
Zünd-Satz GbR, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg.

.... kein Problem mit den bunten Seiten Foto: Renke Reinders

VORANKÜNDIGUNG

erscheint im Frühjahr 1986
Rolf Schwendter (Hg.)
READER ZUR ALTERNATIVEN ÖKONOMIE
Es gibt zwischenzeitlich jede Menge Literatur zur Alternativen Ökonomie, jedoch keinen Band, der die weit verstreuten Aufsätze in geeigneter Form zusammenfaßt. Dies ist unser Interesse mit diesem ein- oder zweibändigen Werk. Mit den Schwerpunkten:

- Zur Geschichte der Altenativen Ökonomie
  (Vester, Buchez, Marx, Lassalle, Novy, Gross, Wissmann, Deppe, Rehberg)
- Zur Zeitgeschichte der Alternativen Ökonomie
  (Jungk, Gitych, Roszak, Bierter/Weizacker, Lowien, Th. Schmid, Schwendter, Kraushaar, Brückner, Jotter, Bergmann, Roth, Wagenbach)
- Zur alternativen Diskussion
  (Heinze/Olk, Teichert, Welhof, Mohr, Springenberg, Opielka, Bahro, Blechschmidt, Novy, Bollweg/Nowakowsky, Otten, Gubitzer, Kück)
- Grundsätzliche Kritik der Alternativen Ökonomie
  (Elsner, Goldberg/Sörgel)
- Zur nächsten Zukunft der Alternativen Ökonomie
  (Glücks, Scheda, Novy, Bargholz, Flieger, Kloeck, Sing, Witte, Bollweg, Huber, Deerberg Pinkus, u.a.)

Preis pro Band ca. 24 DM
Preis für beide Bände ca. 39 DM
Bitte fordern Sie eine detaillierte Ankündigung an bei:
AG SPAK
Publikationsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

AG SPAK

SAUFEN BIS TILT oder „KÖNIG ALKOHOL"?

Wir machen ein Buch über Alkohol und suchen dafür noch Geschichten, Texte, Lieder, Gedichte, Fotos, Graphiken etc. Dabei interessiert uns, wie ihr mit Alkohol umgeht. Welche Rolle spielt/e er in Deinem Leben, Deiner Wohngemeinschaft, Deiner Beziehung, DeinemArbeitsplatz ...?

Ist das Thema Alkohol so tabu, daß die verschiedenen Anzeigen „übersehen" werden, oder warum schreibt nur (k)einer? Rafft Euch doch mal zusammen und bringt das Thema auf den Tisch, sowohl auf Euern allerprivatesten als auch auf den in Eurer Gruppe, im Projekt.

Welche Rolle spielt die Flasche Wein oder Dose Bier in Deinem Leben? Oder innerhalb eines Projektes? Da wird nicht drüber geredet, da wird nur drauf getrunken? Aha, in mehr oder weniger linken Szenekreisen stellt Alkohol kein Problem dar, da wird nur über Sozialabbau, Formaldehyd und rot-grüne Koalition geredet? Wo wird denn die Politik gemacht, in der Kneipe? Alkohol als Stiller Gesellschafter ist mit dabei. Schreibt, dichtet, malt und schickt an uns Beiträge, massenhaft! Wer's alleine nicht will, macht's im Kollektiv, wo's Kollektiv nicht will, macht's allein.

Alkohol scheint in der Scene wie auch gesamtgesellschaftlich ein Tabuthema zu sein. Wir meinen: „Das muß anders werden!" Wir freuen uns über jeden Beitrag von Leuten, die (nicht) trinken können, wollen, müssen oder deren Freunden, Geliebten, Angehörigen etc. Bei anonymen Einsendungen behalten wir uns Kürzungen vor, um Längen, Wiederholungen - kurz Langeweile zu vermeiden. Bei Einsendung mit Adresse natürlich nur in Absprache mit dem Produzenten!

Einsendungen bitte gut leserlich an: Rainer Pawilowski, Borstelerstr. 21, 2806 Oyten-Bassen. Einsendeschluß ist der 30.1.86! Noch Fragen? Tel.: 0201/77 81 85

LESERBRIEF

Betr.: CONTRASTE November 1985 - „Alternativer Betrieb von Amis eingekauft!"

Liebe Freunde,
als Leser Ihres Blattes habe ich bereits in der Oktoberausgabe mit Interesse die Diskussion über die Frage ob oder ob nicht Lieferung an das amerikanische Konsulat Frankfurt seitens des Unternehmens Blätterwald gelesen. Kann es sein, daß eine solch wichtige (?) Diskussion bei Blätterwald die notwendige Organisation verhindert? Letztlich auch aus Sympathie zu Unternehmen und Produkt, habe ich anläßlich eines Besuches der Frankfurter Buchmesse am Blätterwald-Stand eine Anfrage bezgl. der Lieferung von Computerpapier hinterlassen. Selbige wurde freundlich entgegengenommen und blieb seitdem offensichtlich unbearbeitet. Eine solch schlampige Arbeitsweise bekommt keinem Unternehmen. Oder werden etwa Lieferungen an Baufirmen grundsätzlich nicht getätigt?

Gerhard Berndt

VERSCHIEDENES

Für Sommer 1986 suchen wir wieder Projektpartner für unsere internationalen work-camps. Durch sie wollen wir u.a. auch Alternativ-Projekte in der Aufbauphase unterstützen. Um die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit aufzuzeigen, haben wir deshalb „Leitfaden für Projekte" erstellt, der bei unserem Bonner Büro (SCI, Blücherstr. 14, 53 Bonn, Tel.: 0228-212086) angefordert werden kann.

Die Friedenswerkstatt Niederrhein ist ein selbstverwaltetes Tagungshaus der Friedens- und Ökologiebewegung. Zur Finanzierung unserer Arbeit im Atomwaffenzentrum Niederrhein vermieten wir unser Haus an alle Gruppen, die sich zu Tagungszwecken aufs Land verziehen wollen. Das Haus ist landschaftlich schön im Wald gelegen, im Naturpark Schwalm Nette. Nach Interesse können wir mit Euch Workshops zu verschiedenen Themen veranstalten. Höchstkapazität: 30 TN, Selbst- oder Vollverpflegung. INFO: Friedenswerkstatt Niederrhein, St. Ludwigstr. 35, 5144 Wegberg-Dalheim, Tel. 02436/533.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONTRASTE action

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: .....

Adresse .....

Die Überweisung von 42 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

O Umweltfreundliches Schreibset
O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,– DM (statt 14,– DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
O Unser Geldrausch – neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 3.– DM (statt 18.– DM) den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz-Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

AUFRUF

Als typisches Alternativprojekt (viel Chaos, viel Idealismus, wenig Geld) ist jetzt auch bei uns der Zeitpunkt gekommen, wo wir G E L D brauchen. Keine Spenden natürlich, sondern nur leihweise, als Kredit. Das Projekt hat zwar eine glänzende Zukunft, wie jeder leicht einsehen wird (es kann nur noch besser werden), steht zur Zeit jedoch noch etwas auf tönernen Füßen. Deshalb wollen wir möglichst kleine und viele Kreditbeträge. Und damit das mit den Zinszahlungen nicht so umständlich wird, wollen wir anstelle von Zinsen die CONTRASTE kostenlos anbieten. Bezogen auf 200 DM bedeutet die kostenlose Überlassung der CONTRASTE eine 12%ige Verzinsung im Jahr (= 24 DM eingespart). Dabei denken wir an 2-4jährige Laufzeiten – solange gibt es dann auch die CONTRASTE umsonst (für schon bestehende Abos gibt es eine entsprechende Aboverlängerung).

Sicherheiten gibt es keine – d.h. die 200 DM sind echtes Risikokapital. Also: Noch heute den Darlehensvertrag anfordern!

.....

Hiermit möchte ich Euch einen 200-DM-Kredit anbieten und bekomme dafür die CONTRASTE während der Laufzeit des Kredits umsonst.

Ich habe schon abonniert.
Meine Adressaufkleber-Nr. .....

.....

Name, Adresse

Datum, Unterschrift: .....

Tagungen

„Arbeitsplätze selber schaffen"
vom 24.-26.1.1986. Seminar für Leute, die ein Projekt planen und Wissen über Finanzierung, Rechtsformen usw. brauchen. HVHS Frille, Freithof 16, 4953 Petershagen, Tel.: 05702/9771

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

WOCHENENDSEMINARE – BILDUNGSURLAUB

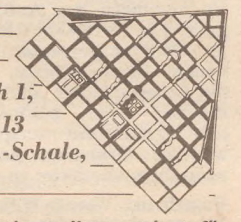
14.2. bis 16.2.1986 Wochenendseminar
PRAXISSTAND NATURNAHER ABWASSERREINIGUNG
Wurzelraumentsorgung und Abwasserteiche; Stickworte, die zur Zeit völlig kontrovers zwischen „Ökofans" und „Betonliebhabern" diskutiert werden. Am geplanten Wochende will ein Team von Fachleuten vertiefte Information über detailierte Bau- und Betriebserfahrungen mit naturnahen Klärverfahren geben. U.a. soll an Hand von Meßergebnissen an gebauten Anlagen geklärt werden, was diese Verfahren tatsächlich leisten. Angesprochen sind kommunalpolitisch interessierte und engagierte Leute und Mitarbeiter in Behörden.
Detailprogramm und Anmeldungsunterlagen sowie ein Programm mit ca. 30 weiteren Kursen im Energie- und Umweltbereich bitte anfordern bei:
Energie- und Umweltzentrum am Deister, Am Elmschenbruch 9, 3257 Springe 3

AG SPAK

Zwischen Demokratie und Marketing
Seminar der AG SPAK bei der Dortmunder Konsumgenossenschaft e.G. über die Dortmunder Konsumgenossenschaft e.G. vom 14.-16.2.1986 als Versuch, eine traditionelle Genossenschaft genauer kennenzulernen. Anfragen und Anmeldung bei Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg.

Rundbrief Alternative Ökonomie
Anfang Februar erscheint der Rundbrief Alternative Ökonomie Nr. 33. Aufgrund verteuerter Druckkosten beträgt der Einzelpreis 8.– DM, das Abo für 4 Ausgaben 28.– DM. Bestellungen werden nur nach Vorauszahlung, entweder bar, per Scheck oder Überweisung auf Postscheckamt Karlsruhe Nr. 1529 11 - 751, ausgeführt. Eine ausführliche Inhaltsangabe erscheint in CONTRASTE 17/86 (Februar). Themen der Ausgabe: Protokolle des Treffens des Arbeitskreises Alternative Ökonomie im November in Bielefeld zum Thema „Soziale Absicherung, Altersversorgung" und Vorbereitungspapiere zum Seminar „Dortmunder Konsumgenossenschaft" im Februar in Dortmund.
Informationen und Bestellung über:
Läufertsmühle
6934 Neckargerach
Tel.: (06263) 16 43

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.



zum Osteresch 1,
tel. 05457/1513
4447 Hopsten-Schale,

1986 Zwei Ökokursreihen geplant für Baufachfrauen (Handwerkerinnen und Archtitektinnen) und Interessierte
Die Kursreihe des 1. Halbjahres beginnt mit einem Orientierungswochenende vom 7. – 9.2.86 und umfaßt folgende Themen: Elektroinstallation – Ökologische Baumaterialien – Ökoklo und Schilfkläranlage – Holzschutz und Biofarben – Probleme von Selbständigkeit – Solaranlagenbau – Buchführung – Kosten kalkulieren und finanzieren – Situation von Frauen in Handwerk und Architektur – Lehmbauweisen
In Ausnahmefällen ist auch die Teilnahme an Einzelveranstaltungen möglich. Nähere Informationen über Termine, Preise und Teilnahmemöglichkeiten (mit fr. Rückumschlag) auf Anfrage.
Frauenbildungshaus Osteresch
zum Osteresch 1
4447 Hopsten-Schale
Tel.: 05457/1513

Weibliche Identität – Weibliche Spiritualität
Fr., 10.1.86 – S., 12.1.86
Kosten: 80.– 120 DM

Leben – Nicht gelebt werden
So., 12.1. – Fr., 17.1.86
Kosten: 190 – 250 DM

Deiner Angst begegnen
So., 19.1. – Fr., 24.1.86
Kosten: 190 – 250 DM

Frauenarbeit- und Leben im Laufe der Geschichte.
Wandel oder Kontinuität seit dem Frühkapitalismus (13. – 16. Jhd.) bis heute?
Fr., 24.1. – So., 26.1.86
Kosten: 80 – 120 DM

Performance – Eine weitere Möglichkeit des Ausdrucks
So., 26.1. – Fr., 31.1.86
Kosten: 190 – 250 DM

Ein ausführliches Programm kann mit fr. Rückumschlag angefordert werden:
Frauenbildungshaus Osteresch
zum Osteresch 1
4447 Hopsten-Schale

ZU VERKAUFEN

Gutlaufender Naturkostladen in Hamburg wegen Auswanderung zu verkaufen. Fester Kundenstamm in belebter Einkaufsstraße. Jahresumsatz ca. 310.000,– DM. Volle Existenzgrundlage. Eventuell Darlehensübernahme möglich. Tel.:040/4398321.

Kollektiv verkauft asturianischen Bauernhof + 2,5 ha Baumweiden und Garten. Nähe Pravia für 125 000,– DM.
Infos:
Colectivo el Castanedo
Quinzanas de Pravia 45
Asturias, Spanien.

Dringend gesucht

Peter, 20 Jahre, sucht dringend Lehrstelle für '86 in Schreinerei oder Druckerei – möglichst selbstverwaltet. (Ausbildungsbeginn für Schreiner erst '87, wegen vorausgehendem Berufsfachschuljahr!)
Peter Wiest, Bergstr. 11, 7252 Weil der Stadt 2

Verlagskaufmann, 21, sucht Arbeitsplatz im Zeitungs- und Zeitschriftenbereich. Thomas Hoffmann, Emil-Barth-Str. 117, 4000 Düsseldorf 13

Suche Selbstversorger-Projekt, möglichst in Schleswig-Holstein, mit Tagungshaus, Werkstatt o.ä. und netten Leuten zum längerfristigen Einstieg. Meike Ried, Waldstr. 13, 2070 Ahrensburg, Tel.: 04102/52530

Nach 8 Monaten Einkaufssperre, 11 Monaten Freizeitsperre, 6 Monaten Taschengeldsperre und 5 Monaten Sperre meines Geldes zum Kauf von Gebrauchsgegenständen habe ich hier von diesem „Kultur-Zentrum" und dem sog. humanen Strafvollzug allmählich die Schnauze gestrichen voll. Bin Mitglied der GRÜNEN und politisch sehr aktiv, so daß ich dringend Briefmarken, eine gebrauchte Schreibmaschine und/oder eventuell ein paar Märker für Schreibzubehör benötige. Wer kann mir also ein bißchen helfen? Briefmarken und eventuell Spenden dürfen im Brief geschickt werden, aber bitte unbedingt den vorgesehenen Verwendungszweck (z.B. für Schreibsachen und Briefmarken) angeben. Bitte schickt nicht einfach irgendwelche Päckchen, sondern schreibt zuerst an: Leo Stanek, Lerchesflurweg 37, 66 Saarbrücken.

Druckerei sucht Mitarbeiter/in mit Druck-Erfahrung und Mut, den Neuaufbau zu wagen. Tel.: 0241/25762

Krebsmühle Druckerei sucht Mitarbeiter/in für Reprographie und Montage.
ASH-Krebsmühle Druckerei
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 81

Arbeitslose, möglichst ABM-berechtigte, **Schreinerin/Restauratorin** (Kenntnisse in beiden Bereichen), gesucht. Gut wäre Berufserfahrung und pädagogische Fähigkeiten im Ausbilden von vorher obdachlosen und arbeitslosen Frauen ohne Berufsabschluß. Gut wäre auch, (nicht Bedingung), Erfahrung in einem selbstverwalteten Betrieb. Solltest Du/Sie nicht arbeitslos und nicht ABM-berechtigt sein, aber längere Berufserfahrung haben, können Sie sich trotzdem melden.
Arbeiterinnen-Selbsthilfe Stuttgart e.V.
Tel. 28 14 05

Wir suchen eine **FRAU für's TAGUNGSHAUS** zum Leben und Arbeiten für mindestens 1 Jahr. Arbeitsschwerpunkte: Küche (Vollwertkost), Tagungshaus, Planung.
Leben in einer von 3 WG's' Auch als Praktikantin möglich.
Näheres auf Anfrage: Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V., Am Elmschenbruch 9, 3257 Springe 3, Tel. 05044/380

Tagungshaus im Umbruch
Zum Neuen Jahr wünschen wir uns zwei Menschen (möglichst ♀ en), die Lust, Energie und Erfahrung für das Tagungshaus unseres selbstverwalteten Projektes mitbringen.
Das Tagungshaus und der Umbau unserer Häuser bedingen vorrangig folgende Arbeitsbereiche:
– Innenausbau/Schreinerarbeiten
– Gruppenbetreuung
– Verwaltung/Belegungsorganisation
– eigene Seminararbeit
– Hauswirtschaft
Telefon: (06263) 16 43

Schlauch